

# STEAG GmbH Essen

Testatsexemplar  
Konzernabschluss und Bericht über die Lage des Konzerns  
und der Gesellschaft  
31. Dezember 2014

Ernst & Young GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Building a better  
working world



Inhaltsverzeichnis

Bestätigungsvermerk

Rechnungslegung

Auftragsbedingungen, Haftung und Verwendungsvorbehalt

Allgemeine Auftragsbedingungen

Hinweis:

Den nachfolgenden Bestätigungsvermerk haben wir, unter Beachtung der gesetzlichen und berufsständischen Bestimmungen, nach Maßgabe der in der Anlage "Auftragsbedingungen, Haftung und Verwendungsvorbehalt" beschriebenen Bedingungen erteilt.

Falls das vorliegende Dokument in elektronischer Fassung für Zwecke der Offenlegung im Bundesanzeiger verwendet wird, sind für diesen Zweck daraus nur die Dateien zur Rechnungslegung und im Falle gesetzlicher Prüfungspflicht der Bestätigungsvermerk resp. die diesbezüglich erteilte Bescheinigung bestimmt.

## Bestätigungsvermerk

An die STEAG GmbH, Essen

Wir haben den von der STEAG GmbH, Essen, aufgestellten Konzernabschluss - bestehend aus Gewinn- und Verlustrechnung, Gesamtergebnisrechnung, Bilanz, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang - sowie den Konzernlagebericht, der mit dem Lagebericht der Gesellschaft zusammengefasst wurde, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Aufstellung des Konzernabschlusses nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und des Konzernlageberichts nach den Vorschriften des § 315 HGB liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und über den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach §317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdar-

Stellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

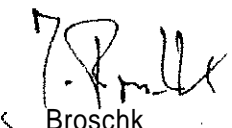
Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

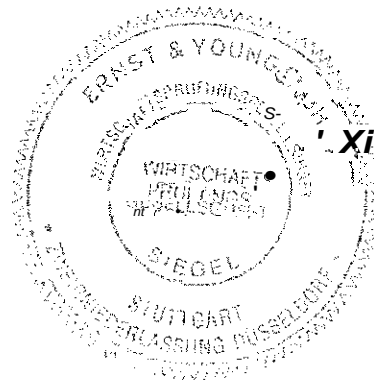
Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, 13. März 2015

Ernst & Young GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

  
Hollweg  
Wirtschaftsprüfer

  
Broschk  
Wirtschaftsprüfer



Gewinn- und Veriustrechnung STEAG-Konzern

in Millionen €	Anhang	Jahr	
		2014	2013
Umsatzerlöse	(5.1)	3.129,0	2.936,4
Bestandsveränderung der Erzeugnisse		2,9	0,1
Andere aktivierte Eigenleistungen		1,6	4,5
Sonstige betriebliche Erträge	(5.2)	302,8	346,3
Materialaufwand	(5.3)	-2.242,9	-2.038,9
Personalaufwand	(5.4)	-405,6	-411,2
Abschreibungen und Wertminderungen	(5.5)	-204,1	-110,4
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(5.6)	-408,2	-422,7
<b>Ergebnis vor Finanzergebnis und Ertragsteuern</b>		<b>175,5</b>	<b>304,1</b>
Zinserträge	(5.8)	10,4	25,5
Zinsaufwendungen	(5.8)	-102,9	-64,0
Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen	(5.9)	-8,7	10,6
Sonstiges Finanzergebnis	(5.10)	14,2	2,7
<b>Finanzergebnis</b>		<b>-87,0</b>	<b>-25,2</b>
<b>Ergebnis vor Ertragsteuern</b>		<b>88,5</b>	<b>278,9</b>
Ertragsteuern	(5.11)	-55,0	-80,0
<b>Ergebnis nach Steuern</b>		<b>33,5</b>	<b>198,9</b>
Davon entfallen auf			
andere Gesellschafter		61,4	88,5
Gesellschafter der STEAG GmbH (Konzernergebnis)		-27,9	110,4

**Gesamtergebnisrechnung STEAG-Konzern**

in Millionen €	Anhang	Jahr	
		2014	2013
<b>Ergebnis nach Steuern</b>		<b>33,5</b>	<b>198,9</b>
Davon entfallen auf			
andere Gesellschafter		61,4	88,5
Gesellschafter der STEAG GmbH (Konzernergebnis)		-27,9	110,4
<b>Sonstiges Ergebnis, das künftig in den Gewinn oder Verlust umgegliedert wird</b>		<b>61,9</b>	<b>-10,8</b>
Davon entfallen auf			
Marktbewertung der zur Veräußerung verfügbaren Wertpapiere		-0,4	0,1
Marktbewertung von Finanzinstrumenten in Sicherungsbeziehungen		-21,4	26,9
Unterschiedsbetrag aus der Währungsumrechnung		77,3	-30,9
At Equity bewertete Unternehmen		-2,4	2,4
Latente Steuern		8,8	-9,3
<b>Sonstiges Ergebnis, das nicht in den Gewinn oder Verlust umgegliedert wird</b>		<b>-199,1</b>	<b>-16,6</b>
Davon entfallen auf			
Neubewertung der Nettoverpflichtung aus leistungsorientierten Versorgungsplänen		-237,0	-19,9
Latente Steuern		37,9	3,3
<b>Sonstiges Ergebnis nach Steuern (Other Comprehensive Income)</b>	(6.10)	<b>-137,2</b>	<b>-27,4</b>
Davon entfallen auf			
andere Gesellschafter		25,5	-5,2
Gesellschafter der STEAG GmbH		-162,7	-22,2
<b>Gesamtergebnis</b>		<b>-103,7</b>	<b>171,5</b>
Davon entfallen auf			
andere Gesellschafter		86,9	83,3
Gesellschafter der STEAG GmbH		-190,6	88,2

Bilanz **STE AG-Konzern**

in Millionen €	Anhang	31.12. 2014	31.12. 2013
Immaterielle Vermögenswerte	(6.1)	128,6	101,5
Sachanlagen	(6.2)	1.948,4	1.712,0
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	(6.3)	14,0	14,2
At Equity bilanzierte Unternehmen	(6.4)	71,6	89,1
Finanzielle Vermögenswerte	(6.5)	720,3	687,9
Latente Steuern	(6.15)	186,8	151,1
Laufende Ertragsteueransprüche	(6.15)	7,0	10,3
Sonstige Forderungen	(6.7)	36,2	33,9
<b>Langfristige Vermögenswerte</b>		<b>3.112,9</b>	<b>2.800,0</b>
Vorräte	(6.6)	287,6	266,2
Laufende Ertragsteueransprüche	(6.15)	19,3	14,5
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	(6.7)	443,0	353,8
Sonstige Forderungen	(6.7)	117,3	169,6
Finanzielle Vermögenswerte	(6.5)	690,3	377,2
Flüssige Mittel	(6.8)	686,9	576,4
		<b>2.244,4</b>	<b>1.757,7</b>
Zur Veräußerung vorgesehene Vermögenswerte	(6.9)	-	0,8
<b>Kurzfristige Vermögenswerte</b>		<b>2.244,4</b>	<b>1.758,5</b>
<b>Summe Vermögenswerte</b>		<b>5.357,3</b>	<b>4.558,5</b>
Gezeichnetes Kapital		128,0	128,0
Rücklagen		339,6	608,1
<b>Anteile der Gesellschafter der STEAG GmbH</b>		<b>467,6</b>	<b>736,1</b>
Anteile anderer Gesellschafter		510,7	520,2
<b>Eigenkapital</b>	(6.10)	<b>978,3</b>	<b>1.256,3</b>
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	(6.11)	1.085,6	826,0
Sonstige Rückstellungen	(6.12)	286,8	252,1
Latente Steuern	(6.15)	70,5	71,7
Finanzielle Verbindlichkeiten	(6.13)	1.373,5	818,8
Sonstige Verbindlichkeiten	(6.14)	114,2	119,2
<b>Langfristige Schulden</b>		<b>2.930,6</b>	<b>2.087,8</b>
Sonstige Rückstellungen	(6.11)	403,6	403,2
Laufende Ertragsteuerschulden	(6.15)	49,6	39,0
Finanzielle Verbindlichkeiten	(6.13)	501,5	400,2
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	(6.14)	357,2	278,0
Sonstige Verbindlichkeiten	(6.14)	136,5	94,0
<b>Kurzfristige Schulden</b>		<b>1.448,4</b>	<b>1.214,4</b>
<b>Summe Eigenkapital und Schulden</b>		<b>5.357,3</b>	<b>4.558,5</b>

**Eigenkapitaiveränderungsrechnung STEAG-Konzern**

Anhang 6.10 in Millionen €	Rücklagen				Anteile der Gesellschafter der STEAG GmbH	Anteile anderer Gesell- schafter	Summe Eigenkapital
	Gezeich- netes Kapital	Kapital- rücklage	Angesammelte Ergebnisse	Angesammelte andere Ergebnis- bestandteile			
<b>Stand 01.01.2013</b>	<b>128,0</b>	<b>77,5</b>	<b>544,2</b>	<b>-11,8</b>	<b>737,9</b>	<b>476,9</b>	<b>1.214,8</b>
Kapitalzuführungen/-herabsetzungen	-	-	-	-	-	56,2	56,2
Dividendenausschüttung/Ergebnisabführung	-	-	-89,0	-	-89,0	-95,7	-184,7
Anteilsveränderungen an Tochterunternehmen ohne Kontrollverlust	-	-	0,2	-	0,2	-0,5	-0,3
Ergebnis nach Steuern	-	-	110,4	-	110,4	88,5	198,9
Sonstiges Ergebnis nach Steuern	-	-	-16,5	-5,7	-22,2	-5,2	-27,4
Gesamtergebnis	-	-	93,9	-5,7	88,2	83,3	171,5
Sonstige Veränderungen	-	-	-1,2	-	-1,2	-	-1,2
<b>Stand 31.12.2013</b>	<b>128,0</b>	<b>77,5</b>	<b>548,1</b>	<b>-17,5</b>	<b>736,1</b>	<b>520,2</b>	<b>1.256,3</b>
Kapitalzuführungen/-herabsetzungen	-	-	-	-	-	-4,2	-4,2
Dividendenausschüttung/Ergebnisabführung	-	-	-77,9	-	-77,9	-93,2	-171,1
Anteilsveränderungen an Tochterunternehmen ohne Kontrollverlust	-	-	-	-	-	-	-
Ergebnis nach Steuern	-	-	-27,9	-	-27,9	61,4	33,5
Sonstiges Ergebnis nach Steuern	-	-	-198,9	36,2	-162,7	25,5	-137,2
Gesamtergebnis	-	-	-226,8	36,2	-190,6	86,9	-103,7
Sonstige Veränderungen	-	-	0,0	-	-	1,0	1,0
<b>Stand 31.12.2014</b>	<b>128,0</b>	<b>77,5</b>	<b>243,4</b>	<b>18,7</b>	<b>467,6</b>	<b>510,7</b>	<b>978,3</b>



**Kapitalflussrechnung STEAG-Konzern**

in Millionen €	Anhang	Jahr	
		2014	2013
Ergebnis vor Finanzergebnis und Ertragsteuern		175,5	304,1
Abschreibungen, Wertminderungen/Wertaufholungen langfristiger Vermögenswerte		142,0	12,0
Ergebnis aus dem Abgang langfristiger Vermögenswerte		5,0	-0,6
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge		-1,5	-
Veränderung der Vorräte		-15,1	-13,6
Veränderung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		-76,0	2,0
Veränderung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und der kurzfristigen erhaltenen Kundenanzahlungen		122,3	-29,6
Veränderungen der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		-6,9	-13,2
Veränderungen der sonstigen Rückstellungen		-6,6	263,2
Veränderungen der übrigen Vermögenswerte/Schulden		136,3	19,6
Zinsauszahlungen		-52,5	-45,1
Zinseinzahlungen		4,6	3,6
Dividendeneinzahlungen		13,8	14,0
Auszahlungen für Ertragsteuern		-48,2	-44,2
<b>Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit</b>	<b>(7.1)</b>	<b>392,7</b>	<b>472,2</b>
Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen, als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien		-317,3	-208,9
Auszahlungen für Investitionen in Unternehmensbeteiligungen		-21,0	-18,0
Einzahlungen aus Veräußerungen von immateriellen Vermögenswerten, Sachanlagen, als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien		8,3	8,8
Einzahlungen aus Veräußerungen von Unternehmensbeteiligungen		2,9	0,7
EinVAuszahlungen für Wertpapiere, Geldanlagen und Ausleihungen		-252,0	-20,0
<b>Cashflow aus Investitionstätigkeit</b>	<b>(7.2)</b>	<b>-579,1</b>	<b>-237,4</b>
Kapitaleinzahlungen/-auszahlungen		-58,3	41,0
Auszahlungen an andere Gesellschafter		-85,8	-95,7
EinVAuszahlungen aus Anteilsveränderungen an Tochterunternehmen ohne Kontrollverlust		-	-0,2
Ergebnisabführung des Vorjahres		-89,0	-103,2
Aufnahme der Finanzschulden		666,0	283,4
Tilgung der Finanzschulden		-160,7	-318,3
<b>Cashflow aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>(7.3)</b>	<b>272,2</b>	<b>-193,0</b>
<b>Zahlungswirksame Veränderung der Finanzmittel</b>		<b>85,8</b>	<b>41,8</b>
<b>Flüssige Mittel zum 01.01.</b>		<b>576,4</b>	<b>544,1</b>
Zahlungswirksame Veränderung der flüssigen Mittel		85,8	41,8
Einfluss von Wechselkurs- und sonstigen Veränderungen der flüssigen Mittel		24,7	-9,5
<b>Flüssige Mittel zum 31.12. laut Bilanz</b>	<b>(6.8)</b>	<b>686,9</b>	<b>576,4</b>

## (1) Allgemeine Informationen

Die STEAG GmbH ist ein in Deutschland ansässiges, international tätiges Energieunternehmen. Als einer der größten Stromerzeuger in Deutschland liegen die Aktivitäten in der Planung, Errichtung, dem Erwerb und Betrieb von Kraftwerken und den hiermit verbundenen Dienstleistungen. Zu den weiteren Kern Kompetenzen zählen die Beschaffung und die Vermarktung von Energien, sonstigen Medien und Reststoffen sowie die Herstellung, Anschaffung und Vorhaltung der diesen Zwecken dienenden Anjagen sowie damit verbundene Dienstleistungen.

Das Unternehmen hat seinen Sitz in Essen, Rütterscheider Straße 1–3, und ist im Handelsregister des Amtsgerichts Essen, HRB Nr. 19649, eingetragen.

Die STEAG GmbH ist ein 100-prozentiges Tochterunternehmen der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (KSBG KG), ein Konsortium aus sieben deutschen Stadtwerke-Gesellschaften der Rhein-Ruhr-Region. Zwischen der KSBG KG und der STEAG GmbH besteht seit dem 1. Juli 2011 ein Gewinnabführungsvertrag.

Der vorliegende Konzernabschluss der STEAG GmbH und ihrer Tochterunternehmen (zusammen „STEAG-Konzern“) wird freiwillig aufgestellt und nicht offengelegt.

Der Konzernabschluss wird am 13. März 2015 von der Geschäftsführung der STEAG GmbH zur Veröffentlichung genehmigt.

Die STEAG GmbH wird mit ihren Tochterunternehmen in den jeweils zum 31. Dezember eines Jahres gemäß § 315a HGB nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, aufgestellten Konzernabschluss der KSBG KG als oberstes Mutterunternehmen des Konzerns als volikonsolidiertes Unternehmen einbezogen. Der Konzernabschluss wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

## (2) Grundlagen der Abschlussaufstellung

### (2.1) Übereinstimmung mit den IFRS

Der vorliegende Konzernabschluss wurde freiwillig nach den IFRS aufgestellt, wie sie von der Europäischen Union übernommen wurden, und stimmt mit diesen überein. Die IFRS umfassen die vom International Accounting Standards Board (IASB), London, verabschiedeten Standards (IFRS, IAS) und die Interpretationen (IFRIC, SIC) des IFRS Interpretations Committee (IFRS IC).

### (2.2) Darstellung der Abschlussbestandteile

Der Konzernabschluss umfasst das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 und wird in Euro, der funktionalen Währung der STEAG GmbH, aufgestellt. Alle Beträge werden, soweit nicht anders vermerkt, zum Zweck der Übersichtlichkeit und Vergleichbarkeit in Millionen Euro (Millionen €) angegeben.

Der Konzernabschluss vermittelt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie der Ausweis von Posten im Konzernabschluss werden grundsätzlich von Periode zu Periode beibehalten. Um die Klarheit der Darstellung zu verbessern, werden einzelne Posten in der Gewinn- und Verlustrechnung, der Gesamtergebnisrechnung, der Bilanz sowie der Eigenkapitalveränderungsrechnung zusammengefasst und im Anhang ausführlich erläutert.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren erstellt.

Die Gesamtergebnisrechnung leitet das Ergebnis nach Steuern aus der Gewinn- und Verlustrechnung unter Berücksichtigung des sonstigen Ergebnisses nach Steuern (Other Comprehensive Income – OCI) auf das Gesamtergebnis des Konzerns über.

Die Bilanz wird nach der Fristigkeit der Vermögenswerte und Schulden gegliedert. Vermögenswerte und Schulden sind grundsätzlich als kurzfristig einzustufen, wenn sie innerhalb von zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag realisiert oder erfüllt werden. Entsprechend werden Vermögenswerte und Schulden dann als langfristig klassifiziert, wenn sie länger als ein Jahr im Unternehmen verbleiben. Latente Steueransprüche bzw. latente Steuerverbindlichkeiten sowie Rückstellungen aus leistungsorientierten Pensionsplänen und ähnlichen Verpflichtungen werden als langfristig ausgewiesen.

In der Eigenkapitalveränderungsrechnung werden die Veränderungen des gezeichneten Kapitals und der Rücklagen, die den Gesellschaftern der STEAG GmbH zustehen, sowie die Veränderungen der Anteile anderer Gesellschafter ohne beherrschenden Einfluss für den Berichtszeitraum gezeigt.

Transaktionen mit Gesellschaftern, die in ihrer Eigenschaft als Anteilseigner handeln, werden ebenfalls hier ausgewiesen.

Die Kapitalflussrechnung stellt Informationen über die Zahlungsströme des Konzerns zur Verfügung. Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit wird nach der indirekten Methode, die Cashflows aus Investitionstätigkeit sowie aus Finanzierungstätigkeit werden nach der direkten Methode ermittelt.

Der Anhang beinhaltet grundsätzliche Informationen zum Abschluss, ergänzende Informationen zu den obigen Abschlussbestandteilen sowie weitere Angaben.

### **(2.3) Neu veröffentlichte Rechnungslegungsvorschriften**

#### **Erstmals angewendete Rechnungslegungsvorschriften**

Das IASB hat verschiedene Standards und Interpretationen überarbeitet bzw. neu verabschiedet. Diese sind vor erstmaliger Anwendung von der Europäischen Union mittels Anerkennungsverfahren in europäisches Recht zu übernehmen.

Im Geschäftsjahr 2014 wurden im STEAG-Konzern die nachfolgend dargestellten neuen bzw. geänderten Standards und Interpretationen erstmalig angewandt:

**IFRS 10 „Consolidated Financial Statements“:** Der Standard ersetzt die in IAS 27 „Consolidated and Separate Financial Statements“ und SIC-12 „Consolidation - Special Purpose Entities“ enthaltenen Leitlinien über Beherrschung und Konsolidierung. Der Standard ändert die Definition von „Beherrschung“ dahingehend, dass zur Ermittlung eines Beherrschungsverhältnisses auf alle Unternehmen einschließlich Zweckgesellschaften die gleichen Kriterien angewandt werden. Das Beherrschungskonzept des IFRS 10 umfasst dabei die drei Elemente Verfügungsgewalt, schwankende Renditen und die Möglichkeit zur Beeinflussung der schwankenden Renditen durch Ausübung der Verfügungsgewalt, die kumulativ erfüllt sein müssen. Diese Definition wird durch umfassende Anwendungsleitlinien gestützt. Das bisherige Kernprinzip in IAS 27, dass ein Konzernabschluss das Mutterunternehmen und seine Tochterunternehmen wie eine Einheit darstellt, bleibt ebenso unberührt wie die Konsolidierungsverfahren. IAS 27 wird in „Separate Financial Statements“ umbenannt und behandelt zukünftig ausschließlich die Bilanzierung von Anteilen an Tochterunternehmen, gemeinsamen Vereinbarungen und assoziierten Unternehmen in separaten Einzelabschlüssen.

**IFRS 11 „Joint Arrangements“:** Der Standard ersetzt IAS 31 „Interests in Joint Ventures“ sowie SIC-13 „Jointly Controlled Entities - non-monetary Contributions by Venturers“. Durch die geänderten Definitionen in IFRS 11 gibt es nunmehr nur zwei Arten gemeinschaftlicher Vereinbarungen: gemeinschaftliche Tätigkeiten (Joint Operations) und Gemeinschaftsunternehmen (Joint Ventures). Gemeinschaftsunternehmen werden zukünftig ausschließlich nach der Equity-Methode in Übereinstimmung mit dem geänderten Standard IAS 28 „Investments in Associates and Joint Ventures“ bilanziert. Das bisherige Wahlrecht der Quotenkonsolidierung wurde abgeschafft. Unternehmen, die an gemeinschaftlichen Tätigkeiten beteiligt sind, wenden nun Regelungen an, die mit den zuvor geltenden Bilanzierungsvorschriften für gemeinschaftliche Vermögenswerte oder gemeinschaftliche Tätigkeiten vergleichbar sind.

IFRS 12 „Disclosures of Interests in Other Entities“: Der Standard führt die überarbeiteten und ausgeweiteten Anhangangaben aus den bisherigen Standards IAS 27, IAS 28 und IAS 31 zusammen. Nach IFRS 12 müssen Unternehmen quantitative und qualitative Angaben machen, die es dem Abschlussadressaten ermöglichen, die Art, Risiken und finanziellen Auswirkungen, die mit dem Engagement des Unternehmens bei Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen sowie nicht konsolidierten strukturierten Gesellschaften verbunden sind, zu beurteilen. Die mit IFRS 10 eingeführten Änderungen erfordern gegenüber der bisherigen Rechtslage eine erhebliche Ermessensausübung des Managements bei der Beurteilung der Frage, über welche Unternehmen im Konzern Beherrschung ausgeübt wird und ob diese daher im Wege der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss einzubeziehen sind. Die Erstanwendung der IFRS 10 und IFRS 11 wirkt sich nicht auf die Einstufung der derzeit vom STEAG-Konzern gehaltenen Beteiligungen aus. Die in IFRS 12 formulierten, umfangreicheren Angabeerfordernisse zum Unternehmenskreis sind unter Anhangziffer (3), Anhangziffer (4) und Anhangziffer (6.4) dargestellt. Die Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Vergleich zu den bisherigen Standards werden unter Anhangziffer (2.7) erläutert.

Änderungen der IFRS 10 „Consolidated Financial Statements“, IFRS 11 „Joint Arrangements“ und IFRS 12 „Disclosure of Interests in Other Entities“: Ziel der Änderungen ist eine Klarstellung der Übergangsvorschriften in den drei Standards. In Bezug auf IFRS 10 wird klargestellt, dass der „Zeitpunkt der erstmaligen Anwendung“ der Beginn des Geschäftsjahres ist, in dem der Standard erstmalig angewendet wird. Dies hat zur Folge, dass Entscheidungen, ob Investments nach IFRS 10 zu konsolidieren sind oder nicht, zu Beginn dieser Periode zu treffen sind.

Die Änderungen beinhalten daneben zusätzliche Erleichterungen beim Übergang auf IFRS 11 und IFRS 12. Bei erstmaliger Anwendung der neuen Konsolidierungsregeln sind Vergleichsangaben für die Angabepflichten des IFRS 12 im Zusammenhang mit Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlichen Vereinbarungen nur für die unmittelbar vorangehende Vergleichsperiode zwingend anzugeben. Für die Anhangangaben zu nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen entfällt die Pflicht zur Angabe von Vergleichsinformationen für Perioden, die vor der Erstanwendung von IFRS 12 liegen. Die Änderungen sind für den Konzernabschluss nicht relevant.

Im Juni 2013 hat das IASB IAS 39 „Financial Instruments: Recognition and Measurement“ um eine Erleichterungsregel ergänzt, die dazu führt, dass ein Wechsel der Vertragspartei eines Sicherungsinstruments zu einer zentralen Gegenpartei oder zu einem Mitglied einer zentralen Gegenpartei unter bestimmten Bedingungen keine Beendigung des Hedge Accounting auslöst. Diese Änderungen begünstigen alle Unternehmen mit Hedge Accounting im Sinne des IAS 39, die Novationen von OTC-Derivaten durchführen. Die Änderungen sind für den Konzernabschluss nicht relevant.

Folgende andere im Geschäftsjahr 2014 erstmals anzuwendende Rechnungslegungsvorschriften waren für den Konzernabschluss ebenfalls ohne Relevanz:

- Änderungen der IFRS 10 „Consolidated Financial Statements“ und IFRS 12 „Disclosure of Interests in Other Entities“ sowie des IAS 27 „Separate Financial Statements“ - Investmentgesellschaften;
- Änderungen des IAS 36 „Recoverable Amount Disclosures for Non-Financial Assets“;
- Änderungen des IAS 32 „Financial Instruments: Presentation - Offsetting Financial Assets and Financial Liabilities“

## **Noch nicht verpflichtend anzuwendende Rechnungslegungsvorschriften**

### **EU-Endorsement erfolgt**

Das IASB hat bis zum 31. Dezember 2014 weitere Rechnungslegungsvorschriften sowie Änderungen an Rechnungslegungsvorschriften verabschiedet, die in der Europäischen Union im Geschäftsjahr 2014 noch nicht verpflichtend anzuwenden sind. Die wichtigsten Neuerungen sind im Folgenden dargestellt:

Das IASB hat im Mai 2013 mit IFRIC 21 „Levies“ eine Interpretation zu IAS 37 „Provisions, Contingent Liabilities and Contingent Assets“ veröffentlicht. Die vom IFRS IC entwickelte Interpretation beschäftigt sich mit der Fragestellung der Bilanzierung öffentlicher Abgaben, die keine Ertragsteuer im Sinn des IAS 12 „Income Taxes“ darstellen, und klärt insbesondere, wann Verpflichtungen zur Zahlung derartiger Abgaben im Abschluss als Verbindlichkeiten zu erfassen sind. Die Interpretation ist erstmals verpflichtend für Berichtsperioden, die am oder nach dem 17. Juni 2014 beginnen, rückwirkend anzuwenden. Eine frühere, freiwillige Anwendung ist zulässig. Die STEAG GmbH geht derzeit nicht davon aus, dass sich die Interpretation wesentlich auf den Konzernabschluss auswirken wird.

Das IASB hat im November 2013 Änderungen des IAS 19 „Defined Benefit Plans: Employee Contributions“ veröffentlicht. Hierdurch wird die Bilanzierung leistungsorientierter Pensionszusagen, an denen sich Arbeitnehmer oder Dritte durch verpflichtende Beiträge beteiligen, erleichtert. Die neue Regelung sieht vor, Arbeitnehmerbeiträge, die in den formalen Regelungen eines leistungsorientierten Versorgungsplans festgelegt und an Arbeitsleistungen geknüpft sind, den Jahren des Erdienens der Ansprüche auf Versorgungsleistungen zuzuordnen. In diesem Fall kann, unabhängig von der Planformel, der Dienstzeitaufwand der Periode reduziert werden, in der die korrespondierende Arbeitsleistung erbracht wird. Die Regelung ist verpflichtend für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Februar 2015 beginnen, retrospektiv anzuwenden. Eine frühere, freiwillige Anwendung ist zulässig. Die Änderungen der Rechnungslegungsvorschrift sind für den Konzernabschluss nicht relevant.

Im Dezember 2013 hat das IASB im Rahmen seines Prozesses zur jährlichen Vornahme kleinerer Verbesserungen von Standards und Interpretationen (Annual-Improvement-Prozess) zwei weitere Änderungsstandards, „Annual Improvements to IFRSs 2011 - 2013 Cycle“ mit Änderungen von drei IFRSs und „Annual Improvements to IFRSs 2010-2012 Cycle“ mit Änderungen von insgesamt sieben IFRSs, veröffentlicht. Hierdurch erfolgen Klarstellungen zu folgenden Standards und Themenbereichen:

- IFRS 2: Definition von Ausübungsbedingungen für anteilsbasierte Vergütungen;
- IFRS 3: Ausnahmen vom Anwendungsbereich für Gemeinschaftsunternehmen und Bilanzierung bedingter Gegenleistungen im Zusammenhang mit Unternehmenszusammenschlüssen;
- IFRS 8: Angaben zur Zusammenfassung von Segmenten und Erfordernis einer Überleitungsrechnung für Segmentvermögenswerte;
- IFRS 13: Anwendungsbereich der sogenannten „Portfolio Exception“ und Verzicht auf Abzinsung bei der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert kurzfristiger Forderungen und Verbindlichkeiten, sofern der Effekt unwesentlich ist;
- IAS 16 und IAS 38: Neubewertungsmethode - Ermittlung der kumulierten Abschreibungen zum Zeitpunkt einer Neubewertung;

- IAS 24: Erweiterung der Definition der nahestehenden Unternehmen und Personen um sogenannte „Management Entities“ und Regelung zugehöriger Angabepflichten;
- IAS 40: Zusammenhang zwischen IFRS 3 und IAS 40 bei der Klassifizierung von „Investment Property“ als „vom Eigentümer selbst genutzt“.

Die erstmalige Anwendung der Neuregelungen ist in den jeweiligen betroffenen Standards geregelt. Die Auswirkungen auf den Konzernabschluss werden zurzeit noch geprüft.

### **EU-Endorsement ausstehend**

Darüber hinaus hat das IASB bis zum 31. Dezember 2014 weitere Rechnungslegungsvorschriften und Änderungen an Rechnungslegungsvorschriften verabschiedet, die von der Europäischen Union im laufenden Geschäftsjahr noch nicht in europäisches Recht übernommen wurden. Diese neuen Rechnungslegungsvorschriften werden –soweit sie für den Konzernabschluss relevant sind und im Rahmen des **Komitologieverfahrens** in EU-Recht übernommen werden - voraussichtlich zum Zeitpunkt ihres Inkrafttretens erstmals angewendet.

Im November 2009 hat das IASB den neuen Standard IFRS 9 „Financial Instruments“ veröffentlicht. Dieser Standard ist Teil des Nachfolgestandards von IAS 39 „Financial Instruments: Recognition and Measurement“. Der Standard widmet sich in einem ersten Schritt ausschließlich der Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten. Durch IFRS 9 werden die bisherigen Bewertungskategorien durch die Gruppen „zu fortgeführten Anschaffungskosten“ und „zum beizulegenden Zeitwert“ ersetzt. Ob ein Instrument „zu fortgeführten Anschaffungskosten“ eingeordnet werden kann, ist einerseits vom Geschäftsmodell und andererseits von den vertraglich vereinbarten Cashflows des jeweiligen finanziellen Vermögenswerts abhängig. Schuldinstrumente, die nicht die Definitionsmerkmale „zu fortgeführten Anschaffungskosten“ erfüllen, sind ergebniswirksam „zum beizulegenden Zeitwert“ zu bewerten. Eine ergebnisneutrale Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert ist für ausgewählte Eigenkapitalinstrumente zulässig. Der neue Standard ist retrospektiv anzuwenden. Der verpflichtende Erstanwendungszeitpunkt wurde auf den **1. Januar 2018** verschoben. Eine frühere Anwendung ist erlaubt. Die Auswirkungen auf den Konzernabschluss werden zurzeit noch geprüft.

Des Weiteren hat das IASB den Standard IFRS 9 „Financial Instruments“ erweitert und im Oktober 2010 neu veröffentlicht. Ergänzend zum IFRS 9 (2009) enthält der IFRS 9 (2010) Regelungen für die Einstufung und Bewertung finanzieller Verbindlichkeiten sowie zur Ausbuchung finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten. Für finanzielle Verbindlichkeiten enthält IFRS 9 (2010) im Wesentlichen Änderungen hinsichtlich der **Fair-Value-Option**. Hierbei werden künftig Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts aufgrund des eigenen Kreditrisikos im OCI sowie sämtliche anderen Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts erfolgswirksam erfasst. Bezüglich der Ausbuchung übernimmt der Standard die derzeit gültigen Regelungen. Der neue Standard ist retrospektiv anzuwenden. Der verpflichtende Erstanwendungszeitpunkt wurde auf den **1. Januar 2018** verschoben. Die Erweiterung des IFRS 9 ist für den Konzernabschluss nicht relevant.

Im Dezember 2011 hat das IASB Änderungen des IFRS 9 „Financial Instruments“ und IFRS 7 „Financial Instruments: Disclosures“ veröffentlicht. Aufgrund dieser Änderungen wurde auf die Anpassung von Vorjahreszahlen bei Erstanwendung verzichtet.

Darüber hinaus fallen zusätzliche Anhangangaben nach IFRS 7 im Übergangszeitpunkt an, um eine bessere Beurteilung der Auswirkungen der Erstanwendung von IFRS 9 auf Ansatz und Bewertung von Finanzinstrumenten zu ermöglichen. Eine frühere Anwendung von IFRS 9 ist auch weiterhin erlaubt. Die Auswirkungen auf den Konzernabschluss werden zurzeit noch geprüft.

Im November 2013 hat das IASB die neuen Vorschriften zum Hedge Accounting verabschiedet, mit denen eine stärkere Verbindung zwischen dem bilanziellen Hedge Accounting mit dem operativ praktizierten Risikomanagement hergestellt werden soll. Nach IFRS 9 kann grundsätzlich jede Art von nicht derivativen Finanzinstrumenten als Sicherungsgeschäft designiert werden, sofern diese Finanzinstrumente zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden. Eine Ausnahme besteht für Eigenkapitalinstrumente, für die die ergebnisneutrale Fair-Value-Option ausgeübt wurde, da deren Wertänderungen aufgrund des fehlenden Recycling niemals erfolgswirksam werden. Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden und bei denen die Veränderung des eigenen Kreditrisikos über das OCI abgebildet wird, können lediglich bezogen auf Fremdwährungsrisiken als Sicherungsinstrument designiert werden. Die Beurteilung der Effektivität erfolgt nach IFRS 9 ausschließlich prospektiv. Der noch in IAS 39 geforderte retrospektive Effektivitätstest zur Ermittlung eines Effektivitätsgrads innerhalb einer Bandbreite von 80,0 bis 125,0 Prozent entfällt. Für die Effektivitätsmessung steht der wirtschaftliche Zusammenhang zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft im Vordergrund. Darüber hinaus findet eine Betrachtung des Ausfallrisikos und der Sicherungsquote statt. "Macro Hedge Accounting" wird weiterhin in einem separaten Projekt behandelt und ist nicht Teil der Veröffentlichung. Die Auswirkungen auf den Konzernabschluss werden zurzeit noch geprüft.

Im Januar 2014 hat das IASB IFRS 14 „Regulatory Deferral Accounts“ veröffentlicht. Hierdurch wird es Unternehmen, die erstmals einen IFRS-Abschluss gemäß IFRS 1 aufstellen und unter Geltung ihrer bisherigen nationalen Rechnungslegungsvorschriften bestimmte sogenannte regulatorische Abgrenzungsposten im Zusammenhang mit preisregulierten Tätigkeiten angesetzt haben, ermöglicht, diese Posten im IFRS-Abschluss beizubehalten und sie weiterhin nach den bisherigen Rechnungslegungsmethoden zu bilanzieren. Allerdings schreibt der neue Standard einen separaten Ausweis dieser Posten sowie ihrer Ergebnisauswirkungen in der Bilanz bzw. der Gesamtergebnisrechnung vor. Darüber hinaus beinhaltet er besondere Angabepflichten zur Art der zugrundeliegenden Preisregulierung sowie zu den damit zusammenhängenden Risiken.

Die Regelungen des neuen Standards sind bis zur endgültigen umfassenden Regelung der Bilanzierung preisregulierter Tätigkeiten als Interimslösung zur Erleichterung des Übergangs auf IFRS gedacht. Bereits nach IFRS bilanzierende Unternehmen sind von der Anwendung der Regelungen explizit ausgeschlossen.

Die Regelung ist verpflichtend für Berichtsperioden anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen. Eine frühere, freiwillige Anwendung ist zulässig. Die Rechnungslegungsvorschrift ist für den Konzernabschluss nicht relevant.

Das IASB hat im Mai 2014 Änderungen des IFRS 11 „Joint Arrangements“ hinsichtlich des Erwerbs von Anteilen an gemeinschaftlichen Tätigkeiten veröffentlicht. Hiermit regelt das IASB die Bilanzierung eines Erwerbs von Anteilen an einer gemeinschaftlichen Tätigkeit, die einen Geschäftsbetrieb im Sinne des IFRS 3 „Business Combinations“ darstellt. In solchen Fällen soll der Erwerber die Grundsätze für die Bilanzierung von Unternehmenszusammenschlüssen nach IFRS 3 anwenden. Zudem greifen auch in diesen Fällen die Angabepflichten nach IFRS 3.



Die Änderungen sind erstmals für Berichtsperioden anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen. Eine frühere, freiwillige Anwendung ist zulässig. Die Änderungen der Rechnungslegungsvorschrift werden sich nicht auf den Konzernabschluss auswirken.

Ebenfalls im Mai 2014 hat das IASB Änderungen des IAS 16 „Property, Plant and Equipment“ und IAS 38 „Intangible Assets“ veröffentlicht. Hierdurch wird insbesondere klargestellt, dass umsatzbasierte Abschreibungsmethoden für Sachanlagen nicht sachgerecht sind. Dies gilt grundsätzlich auch für die Abschreibung immaterieller Vermögenswerte, allerdings in diesen Fällen als widerlegbare Vermutung. Zusätzlich wird klargestellt, dass ein Rückgang der Absatzpreise von Gütern und Dienstleistungen ein Indiz für deren wirtschaftliche Veralterung und damit ein Hinweis auf einen Rückgang des wirtschaftlichen Nutzenpotentials der für die Herstellung notwendigen Vermögenswerte sein kann.

Die Änderungen sind erstmals zwingend für Berichtsperioden anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen. Eine frühere, freiwillige Anwendung ist zulässig. Die Änderungen der Rechnungslegungsvorschriften werden sich nicht auf den Konzernabschluss auswirken.

Darüber hinaus haben das IASB und das Financial Accounting Standards Board (FASB) im Mai 2014 im Rahmen ihres Gemeinschaftsprojekts zur Umsatzrealisierung den Standard IFRS 15 „Revenue from Contracts with Customers“ veröffentlicht. Zielsetzung des neuen Standards ist es, die Vielzahl der bisher in diversen Standards und Interpretationen enthaltenen Regelungen zusammenzuführen. IFRS 15 wird daher IAS 11 „Construction Contracts“ und IAS 18 „Revenue“ sowie die Interpretationen IFRIC 13 „Customer Loyalty Programs“, IFRIC 15 „Agreements for the Construction of Real Estate“, IFRIC 18 „Transfer of Assets from Customers“ und SIC 31 „Revenue - Barter Transactions Involving Advertising Services“ ersetzen.

Das Kernprinzip von IFRS 15 für die Erfassung von Umsatzerlösen besteht in der Abbildung der Lieferung von Gütern oder Erbringung von Dienstleistungen an den Kunden mit einem Betrag, welcher der Gegenleistung entspricht, die das Unternehmen im Tausch für diese Güter oder Dienstleistungen voraussichtlich erhalten wird.

Der Standard ist erstmals auf Berichtsperioden anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2017 beginnen. Eine frühere, freiwillige Anwendung ist zulässig. Die Erstanwendung hat grundsätzlich retrospektiv zu erfolgen, allerdings werden diverse Vereinfachungsoptionen gewährt. Die STEAG GmbH prüft derzeit, welche Auswirkungen eine Anwendung des IFRS 15 auf den Konzernabschluss haben wird und wird den Zeitpunkt der Erstanwendung sowie die Übergangsmethode festlegen.

Im Juni 2014 hat das IASB Änderungen an IAS 16 „Property, Plant and Equipment“ und IAS 41 „Agriculture“ veröffentlicht. Nach IAS 41 werden bislang alle biologischen Vermögenswerte erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert abzüglich geschätzter Verkaufskosten bewertet. Dies gilt auch für sogenannte produzierende biologische Vermögenswerte. Hierunter fallen Pflanzen, die der Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse dienen, deren Nutzungsdauer sich über mehr als eine Periode erstreckt und bei denen es unwahrscheinlich ist, dass sie selber als lebende Pflanze veräußert oder als landwirtschaftliches Erzeugnis verbraucht werden. Da ihre Nutzung vergleichbar ist, sind produzierende biologische Vermögenswerte nach den Änderungen künftig wie Sachanlagen nach IAS 16 zu bilanzieren. Ihre Früchte sind dagegen auch künftig nach IAS 41 zu bilanzieren.

Die Änderungen sind erstmals zwingend retrospektiv für Berichtsperioden anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen. Eine frühere, freiwillige Anwendung ist zulässig.

Als Erleichterung kann bei Übergang auf die Neuregelung der beizulegende Zeitwert als „Ersatz für Anschaffungs- oder Herstellungskosten“ (**deemed cost**) angesetzt werden. Die nach IAS 8.28(f) verpflichtenden Angaben müssen für die laufende Periode nicht gemacht werden. Die Änderungen der Rechnungslegungsvorschriften werden sich auf den Konzernabschluss nicht auswirken.

Das IASB hat im Juli 2014 die vierte und finale Version des IFRS 9 „Financial Instruments“ veröffentlicht. Der überarbeitete Standard enthält nunmehr auch Vorschriften zu einer neuen Bewertungskategorie für ergebnisneutrale **Fair-Value-Bewertung (FVOCI)** sowie zur Wertminderung von Finanzinstrumenten. Die Klassifizierung finanzieller Verbindlichkeiten hat sich im Vergleich zu IAS 39 „Financial Instruments: Recognition and Measurement“ nicht verändert. Weiterhin sind die beiden Bewertungskategorien „erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitpunkt“ für zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Verbindlichkeiten sowie für die restlichen finanziellen Verbindlichkeiten „zu fortgeführten Anschaffungskosten“ vorgesehen. Lediglich die Vorschriften im Fall einer Änderung des eigenen Kreditrisikos haben sich aufgrund der Fair-Value-Option für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten **geändert**. Diese sind im OCI zu erfassen. Eingebettete Derivate **unterliegen** künftig keiner Trennungspflicht mehr und sind als Ganzes zu klassifizieren. Anhand des neu eingefügten Benchmark-Tests können mögliche Effekte eingebetteter Derivate und anderer vertraglicher Vereinbarungen auf die Zahlungsströme überprüft werden.

Die neuen Regelungen zur Erfassung von Wertminderungen stellen künftig auf erwartete Ausfälle ab (**expected loss model**). Nach den bisherigen Regelungen des IAS 39 wurden Wertminderungen nur dann erfasst, wenn sie sich auf bereits eingetretene Verlustereignisse beziehen (**incurred loss model**). Stattdessen ist nunmehr grundsätzlich eine Risikovorsorge für erwartete Zahlungsfälle zu bilden.

Mit seiner Verabschiedung ersetzt der IFRS 9 seine bisherigen Versionen und seinen Vorgängerstandard IAS 39. Der verpflichtende **Erstanwendungszeitpunkt** wurde auf den 1. Januar 2018 verschoben. Eine frühere, freiwillige Anwendung ist auch weiterhin zulässig. Die STEAG GmbH geht derzeit nicht davon aus, dass sich die neue Bewertungskategorie und die weiteren Änderungen sowie Regelungen wesentlich auf den Konzernabschluss auswirken werden.

Das IASB hat im August 2014 Änderungen an IAS 27 „Separate Financial Statements“ veröffentlicht. Mit den Änderungen wird die **Equity-Methode** als zusätzliche Bilanzierungsalternative für Anteile an Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen in IFRS-Einzelabschlüssen wieder zugelassen. Somit können diese Beteiligungen zu fortgeführten Anschaffungskosten gemäß den Regelungen des IFRS 9 „Financial Instruments“ oder nach der Equity-Methode bilanziert werden.

Die Änderungen sind erstmals für Berichtsperioden anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen. Eine frühere, freiwillige Anwendung ist zulässig. Die Änderungen der Rechnungslegungsvorschrift sind für den Konzernabschluss nicht relevant.

Im September 2014 hat das IASB Änderungen an IFRS 10 „Consolidated Financial Statements“ und IAS 28 „Investments in Associates and Joint Ventures“ veröffentlicht, um eine zwischen den Standards bestehende Inkonsistenz bei der Bilanzierung der Veräußerung von Vermögenswerten an bzw. der Einlage von Vermögenswerten in ein assoziiertes Unternehmen oder ein Gemeinschaftsunternehmen zu beseitigen.

Mit den Anpassungen wird klargestellt, wann nicht realisierte Erfolge aus Transaktionen zwischen einem Investor und einem assoziierten Unternehmen vollständig zu erfassen sind.

Die Erlangung oder der Verlust von Beherrschung ist dabei ein bedeutendes wirtschaftliches Ereignis, welches eine Neubewertung und die Erfassung von Erfolgen erfordert. Dem folgend ist eine vollständige Erfolgserfassung bei Transaktionen, die einen Geschäftsbetrieb im Sinn des IFRS 3 „Business Combinations“ darstellen, notwendig. Bilden die Vermögenswerte dagegen keinen Geschäftsbetrieb, ist lediglich eine anteilige Erfolgserfassung zulässig.

Die Änderungen sind erstmals für Berichtsperioden anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen. Die Änderungen sind prospektiv auf entsprechende Transaktionen nach dem Zeitpunkt ihres Inkrafttretens anzuwenden. Eine frühere, freiwillige Anwendung ist zulässig. Die Änderungen der Rechnungslegungsvorschriften werden sich auf den Konzernabschluss nicht auswirken.

Ebenfalls im September 2014 hat das IASB im Rahmen seines Prozesses zur jährlichen Vornahme kleinerer Verbesserungen von Standards und Interpretationen einen weiteren Änderungsstandard (Annual Improvements to IFRSs 2012-2014 Cycle) mit Änderungen von insgesamt vier IFRSs veröffentlicht. Hierdurch erfolgen Klarstellungen zu folgenden Standards und Themenbereichen:

- IFRS 5: Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und aufgegebene Geschäftsbereiche;
- IFRS 7: Finanzinstrumente: Angaben;
- IAS 19: Leistungen an Arbeitnehmer;
- IAS 34: Zwischenberichterstattung.

Die neuen Regelungen sind verpflichtend für Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen, - in Abhängigkeit von der jeweiligen Änderung prospektiv oder retrospektiv - anzuwenden. Eine frühere, freiwillige Anwendung ist zulässig. Die Änderungen der Rechnungslegungsvorschriften werden sich auf den Konzernabschluss voraussichtlich nicht auswirken.

Im Dezember 2014 hat das IASB Änderungen an IAS 1 „Presentation of Financial Statements“ veröffentlicht. Die Änderungen betreffen Klarstellungen zur Wesentlichkeit der Darstellung von Gliederungsposten in der Bilanz, Gesamtergebnisrechnung, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalveränderungsrechnung sowie für Anhangangaben. Unwesentliche Angaben, sind dementsprechend nicht zu machen, auch wenn diese in anderen Standards gefordert werden. Darüber hinaus wird geklärt, wie Anteile am OCI nach der Equity-Methode bewerteter Unternehmen in der Gesamtergebnisrechnung darzustellen sind. Vorgaben zur Darstellung von Zwischensummen, der Struktur des Anhangs sowie zu den Angaben zu Rechnungslegungsmethoden sind neu eingefügt bzw. werden klargestellt.

Die Änderungen sind erstmals für Berichtsperioden anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen. Eine frühere, freiwillige Anwendung ist zulässig. Die Änderungen der Rechnungslegungsvorschrift werden sich voraussichtlich nicht wesentlich auf den Konzernabschluss auswirken.

Das IASB hat ebenfalls im Dezember 2014 Änderungen an IFRS 10 „Consolidated Financial Statements“, IFRS 12 „Disclosure of Interests in Other Entities“ und IAS 28 „Investments in Associates and Joint Ventures“ veröffentlicht. Hierdurch werden Fragestellungen in Bezug auf die Anwendung der Ausnahme von der Konsolidierungspflicht nach IFRS 10 geklärt, wenn das Mutterunternehmen die Definition einer Investmentgesellschaft erfüllt.

Die Änderungen sind erstmals für Berichtsperioden anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen. Eine frühere, freiwillige Anwendung ist zulässig. Die Änderungen der Rechnungslegungsvorschriften sind für den Konzernabschluss nicht relevant.

## **(2.4) Konsolidierungskreis und -methoden**

### **Konsolidierungskreis**

Neben der STEAG GmbH werden in den Konzernabschluss alle wesentlichen in- und ausländischen Tochterunternehmen einbezogen, die von der STEAG GmbH unmittelbar oder mittelbar beherrscht werden. Beherrschung liegt vor, wenn die STEAG GmbH schwankenden Renditen aus ihrem Engagement in dem Tochterunternehmen ausgesetzt ist bzw. Anrechte auf diese besitzt und die Fähigkeit hat, diese Renditen mittels ihrer Verfügungsgewalt über das Tochterunternehmen zu beeinflussen.

Assoziierte Unternehmen sowie Gemeinschaftsunternehmen werden grundsätzlich nach der **Equity-Methode** bilanziert, wenn ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann bzw. diese gemeinschaftlich geführt werden. Gemeinschaftliche Tätigkeiten werden im **STEAG-Konzern** nicht ausgeübt.

Erst- bzw. Entkonsolidierungen erfolgen grundsätzlich zum Zeitpunkt der Erlangung bzw. des Verlustes der Beherrschung.

Die Veränderungen des Konsolidierungskreises werden unter der Anhangziffer (4.1) dargestellt.

### **Konsolidierungsmethoden**

Die in die Konsolidierung einbezogenen Abschlüsse der in- und ausländischen Tochterunternehmen werden nach einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

Im Erwerbszeitpunkt erfolgt die Kapitalkonsolidierung durch Verrechnung der Beteiligungsbuchwerte mit dem anteiligen, neu bewerteten Eigenkapital der Tochterunternehmen. **Anschaffungs** neben **kosten** sind entsprechend **IFRS 3 „Business Combinations“** nicht im Beteiligungsbuchwert, sondern als Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung **erfasst**. Die Vermögenswerte und Schulden (Reinvermögen) der Tochterunternehmen werden dabei grundsätzlich mit ihren beizulegenden Zeitwerten angesetzt. Werden vor Übergang der Kontrolle bereits Anteile an einem Tochterunternehmen gehalten, so sind diese Anteile neu zu bewerten und hieraus resultierende Wertänderungen in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. sonstigen betrieblichen Aufwendungen zu erfassen. Gewinne oder Verluste, die im **OCI** erfasst werden, sind auf derselben Grundlage auszubuchen, wie dies erforderlich wäre, wenn der Erwerber den zuvor gehaltenen Anteil unmittelbar veräußert hätte. Verbleibende positive Unterschiedsbeträge werden als Geschäfts- oder Firmenwert aktiviert. Negative Unterschiedsbeträge werden nach erneuter Überprüfung der beizulegenden Zeitwerte des Reinvermögens ergebniswirksam erfasst.

Änderungen der Beteiligungsquote an einem bereits konsolidierten Tochterunternehmen, die nicht zu einem **Kontrollverlust** führen, werden als **erfolgsneutrale** Transaktion zwischen Eigentümern direkt im Eigenkapital bilanziert.

Unter diesen Umständen sind die Anteile der Eigentümer des Mutterunternehmens und der anderen Gesellschafter so anzupassen, dass sie die Änderungen der an dem Tochterunternehmen bestehenden Anteilsquoten widerspiegeln. Jede Differenz zwischen dem Betrag, um den die Anteile anderer Gesellschafter angepasst werden, und dem beizulegenden Zeitwert der gezahlten oder erhaltenen Gegenleistung ist unmittelbar im Eigenkapital zu erfassen und den Anteilen der Eigentümer des Mutterunternehmens zuzuordnen. Direkt zurechenbare Transaktionskosten sind ebenfalls als Bestandteil der erfolgsneutralen Transaktion zwischen Eigentümern zu bilanzieren, mit der Ausnahme von Kosten für die Emission von Schuldtiteln oder Eigenkapitalinstrumenten, die weiterhin gemäß den Vorschriften für **Finanzinstrumente** zu erfassen sind.

Mit dem Zeitpunkt, zu dem die Kontrolle über ein Tochterunternehmen endet, ist das Tochterunternehmen nicht mehr voll zu konsolidieren. Im Rahmen der Entkonsolidierung werden das Reinvermögen des Tochterunternehmens und die Anteile anderer Gesellschafter (anteiliges Reinvermögen am Tochterunternehmen) ausgebucht. Der Veräußerungsgewinn bzw. -verlust ist aus Konzernsicht zu ermitteln. Dieser ergibt sich als Differenz aus dem Veräußerungserlös (Veräußerungspreis abzüglich Veräußerungskosten) und dem abgehenden anteiligen Reinvermögen am Tochterunternehmen (inklusive verbliebener stiller Reserven und Lasten sowie eines zuzuordnenden Geschäfts- oder Firmenwerts). Die Anteile, die der **STEAG-Konzern** am ehemaligen Tochterunternehmen behält, werden zum beizulegenden Zeitwert zum Zeitpunkt des Kontrollverlustes neu angesetzt. **Alle** hieraus resultierenden Gewinne und Verluste sind in der Gewinn- und Verlustrechnung ebenfalls unter den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. sonstigen betrieblichen Aufwendungen zu erfassen. Darüber hinaus werden **Beträge**, die im Eigenkapital unter den angesammelten anderen Ergebnisbestandteilen erfasst sind, ebenfalls in die Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht, soweit nicht eine andere Rechnungslegungsvorschrift eine direkte Übertragung in die Gewinnrücklagen verlangt.

Aufwendungen und Erträge, Zwischenergebnisse sowie Forderungen und Schulden zwischen den einbezogenen Tochterunternehmen werden eliminiert. In **Einzelabschlüssen** vorgenommene Abschreibungen und **Zuschreibungen** auf deren Anteile werden zurückgenommen.

Dieselben Konsolidierungsgrundsätze gelten grundsätzlich auch für die nach der **Equity-Methode** bilanzierten Unternehmen, wobei ein bilanzieller Geschäfts- oder Firmenwert im Beteiligungsansatz ausgewiesen wird. Die Abschlüsse der at Equity bilanzierten Unternehmen werden nach einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt, vgl. Anhangziffer (2.6) unter „At Equity bilanzierte Unternehmen“.

## **(2.5) Währungsumrechnung**

Geschäftsvorfälle in fremder Währung werden mit dem Wechselkurs zum Zeitpunkt der Transaktion bewertet. Bis zum Bilanzstichtag eingetretene Kursgewinne und Kursverluste aus der Bewertung von monetären Vermögenswerten bzw. Schulden in fremder Währung werden ergebniswirksam unter den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. Aufwendungen erfasst.

Die Währungsumrechnung der Abschlüsse ausländischer Tochterunternehmen außerhalb des Euroraums erfolgt auf Basis der funktionalen Währung.

Im Konzernabschluss erfolgt die Umrechnung der Vermögenswerte und Schulden aller ausländischen Tochterunternehmen von der jeweiligen funktionalen Währung in den Euro zu Stichtagskursen am Bilanzstichtag, da diese Tochterunternehmen ihre Geschäfte selbständig in ihrer funktionalen Währung betreiben. Bei der Umrechnung der Eigenkapitalfortschreibung von ausländischen Unternehmen, die nach der **Equity-Methode** bilanziert werden, wird entsprechend vorgegangen. Geschäfts- oder Firmenwerte werden als Vermögenswerte der wirtschaftlich selbständigen ausländischen Teileinheiten mit dem Stichtagskurs umgerechnet. Aufwands- und Ertragsposten werden mit Jahresdurchschnittskursen umgerechnet. Die Jahresdurchschnittskurse ergeben sich als Mittelwert aus den Währungskursen am Monatsende der vergangenen 13 Monate. Unterschiede aus der Währungsumrechnung gegenüber der Umrechnung des Vorjahres sowie Umrechnungsdifferenzen zwischen Gewinn- und Verlustrechnung und Bilanz werden im OCI erfasst. Im Berichtsjahr wurde erstmals der Botswanische Pula in die Währungsumrechnung einbezogen.

Für die Währungsumrechnung wurden unter anderem folgende Wechselkurse zugrunde gelegt.

1 €entspricht	Jahresdurchschnittskurs		Stichtagskurs	
	2014	2013	31.12.2014	31.12.2013
Brasilianischer Real (BRL)	3,12	2,88	3,22	3,26
Botswanischer Pula (BWP)*	11,53	-	11,59	-
Kolumbianischer Peso (COP)*	2.657,74	2.485,34	2.876,00	2.645,36
Britisches Pfund (GBP)	0,81	0,85	0,78	0,83
Indische Rupie (INR)	81,06	78,02	76,72	85,37
Philippinischer Peso (PHP)*	58,96	56,57	54,44	61,29
Polnischer Zloty (PLN)	4,19	4,20	4,27	4,15
Rumänischer Leu (RON)"	4,44	4,42	4,48	4,47
Türkische Lira (TRY)*	2,90	2,55	2,83	2,96
US-Dollar (USD)	1,33	1,33	1,21	1,38

\*Die funktionale Währung dieser einbezogenen Tochterunternehmen ist der US-Dollar.

"Die funktionale Währung dieser einbezogenen Tochterunternehmen ist der Euro.

## (2.6) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

### Ertragsrealisierung

Umsatzerlöse für den Verkauf von Gütern und die Erbringung von Dienstleistungen, die im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit anfallen, und andere Erträge werden wie folgt realisiert:

#### (a) Umsatzerlöse

Der STEAG-Konzern erzielt Umsatzerlöse insbesondere aus dem Betrieb von Kraftwerken im In- und Ausland, aus dem Betrieb von Energieversorgungsanlagen auf Basis erneuerbarer Energien, aus dem Kohle- und Clean-Dark-Spread-Handel (CDS-Handel) sowie der Vermarktung kraftwerksnaher Dienstleistungen und Produkte. Sofern der Kunde im Wesentlichen alle Chancen und Risiken aus dem Eigentum der Energieerzeugungsanlagen trägt, wird der Zinsanteil aus Finanzierungsleasing als Umsatzerlös erfasst.

Die Höhe der Umsatzerlöse ist zwischen den Parteien vertraglich festgelegt. Sie bemisst sich nach dem beizulegenden Zeitwert der erhaltenen oder zu beanspruchenden Gegenleistung abzüglich Umsatzsteuer sowie gewährter Preisnachlässe und Mengenrabatte.

Allgemeine Voraussetzungen für die Erfassung von Erlösen sind, dass die Höhe der Erlöse und die Höhe der hiermit im Zusammenhang stehenden Kosten verlässlich bestimmt werden können. Des Weiteren ist der Nutzenzufluss als hinreichend wahrscheinlich einzustufen.

Erlöse aus dem Kohlehandel und dem **CDS-Handel** werden erfasst, wenn Eigentum und Risiken aus dem Verkauf auf den Kunden übergegangen sind. Allgemeine Risiken aus dem Verkaufsgeschäft werden auf Basis von Erfahrungswerten durch entsprechende Rückstellungen abgebildet.

Erlöse aus Dienstleistungsgeschäften werden erfasst, wenn der Fertigstellungsgrad des Geschäfts verlässlich bestimmt werden kann.

Grundsätzlich werden sie in dem Geschäftsjahr erfasst, in dem die Dienstleistungen erbracht wurden. Bei der periodenübergreifenden Erbringung von Dienstleistungen wird der Umsatz im Verhältnis der angefallenen Kosten zu den geschätzten Gesamtkosten ermittelt. Sofern diese Methode zur verlässlichen Ermittlung geeigneter ist, kann der Umsatz durch Begutachtung der erbrachten Leistungen bemessen werden.

#### **(b) Andere Erträge**

Voraussetzungen für die Erfassung anderer Erträge sind, dass die Höhe der Erträge verlässlich bestimmt werden kann und der Nutzenzufluss als hinreichend wahrscheinlich einzustufen ist.

Zinserträge werden zeitanteilig unter Anwendung der Effektivzinsmethode erfasst. Erträge aus Nutzungsentgelten werden nach dem wirtschaftlichen Gehalt des zugrunde liegenden Vertrags abgegrenzt und zeitanteilig erfasst. Dividendenerträge werden erfasst, sobald das Recht auf den Empfang der Zahlung entsteht.

#### **Immaterielle Vermögenswerte**

Immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten aktiviert. Immaterielle Vermögenswerte mit bestimmbarer Nutzungsdauer werden planmäßig abgeschrieben und bei Vorliegen eines Anhaltspunktes für einen Wertminderungsbedarf daraufhin überprüft, ob Gründe für eine Wertminderung vorhanden sind, vgl. Anhangziffer (2.6) unter „**Werthaltigkeitsprüfung**“. Immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmbarer Nutzungsdauer werden nicht planmäßig abgeschrieben, sondern mindestens einmal jährlich daraufhin geprüft, ob Gründe für eine Wertminderung vorliegen (Werthaltigkeitsprüfung). Die Einschätzung der unbestimmbaren Nutzungsdauer ist ebenfalls jährlich zu prüfen.

##### **(a) Geschäfts- oder Firmenwerte**

Geschäfts- oder Firmenwerte haben keine bestimmbare Nutzungsdauer und werden mindestens einmal jährlich daraufhin geprüft, ob Gründe für eine Wertminderung vorliegen (Werthaltigkeitsprüfung).

##### **(b) Sonstige immaterielle Vermögenswerte**

Die sonstigen immateriellen Vermögenswerte setzen sich aus Strom lieferungsrechten, Lizenzen sowie Computersoftware zusammen. Sie werden linear über ihre geschätzte Nutzungsdauer von 3 bis 25 Jahren planmäßig abgeschrieben.

### Sachanlagen

Sachanlagen werden mit ihren Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten aktiviert und linear über ihre voraussichtliche wirtschaftliche Nutzungsdauer planmäßig abgeschrieben. Die erwarteten Nutzungsdauern und Restwerte werden periodisch überprüft.

Wenn ein Anhaltspunkt für eine Wertminderung besteht, werden sie daraufhin geprüft, ob Gründe für eine Wertminderung vorliegen, vgl. Anhangziffer (2.6) unter „Werthaltigkeitsprüfung“.

Anschaffungskosten beinhalten die Aufwendungen, die direkt dem Erwerb zurechenbar sind. Herstellungskosten selbst erstellter Anlagen umfassen Einzelkosten sowie die zurechenbaren Material- und Fertigungsgemeinkosten einschließlich der Abschreibungen. Kosten, die sich aus der Verpflichtung der Beseitigung nach Ende der Nutzung der Sachanlage ergeben, werden als Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten zum Anschaffungs- bzw. Herstellungszeitpunkt aktiviert. Darüber hinaus können Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten auch Übertragungen von im OCI erfassten Gewinnen oder Verlusten aus Cashflow Hedges, die für Käufe von Sachanlagen in Fremdwährung abgeschlossen wurden, enthalten. Fremdkapitalkosten, die direkt dem Erwerb, dem Bau oder der Herstellung eines qualifizierten Vermögenswerts zugeordnet werden können, werden als Teil der Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bilanziert. Ein qualifizierter Vermögenswert liegt vor, wenn ein Zeitraum von mehr als einem Jahr erforderlich ist, um diesen in seinen beabsichtigten gebrauchsfähigen Zustand zu versetzen.

Abschreibungen erfolgen linear über die erwartete Nutzungsdauer der Vermögenswerte.

in Jahren	
Gebäude	7-50
Technische Anlagen und Maschinen	
Kraftwerke und Kraftwerkskomponenten	12-40
Dezentrale Energieversorgungsanlagen	8-15
Andere technische Anlagen und Maschinen	3-25
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3-25

Aufwendungen für Generalüberholungen bzw. Großinspektionen (Großreparaturen) werden grundsätzlich aktiviert, wenn es wahrscheinlich ist, dass ein zukünftiger Nutzen aus dem bestehenden Vermögenswert resultiert. Sie werden über den Zeitraum bis zur nächsten Großreparatur abgeschrieben. Laufende Reparaturen und sonstige Instandhaltungen werden ergebniswirksam in der Periode erfasst, in der sie entstanden sind.

Aufwendungen, die im Rahmen von Investitionsprojekten für Vor- und Basisplanung anfallen, werden aktiviert, wenn das Investitionsprojekt mit hoher Wahrscheinlichkeit durchgeführt wird. Die Abschreibung erfolgt entsprechend der Nutzungsdauer des Investitionsprojekts.

Haben wesentliche Teile einer Sachanlage unterschiedliche Nutzungsdauern, werden sie als separate Komponenten bewertet und jeweils planmäßig abgeschrieben.

Gewinne und Verluste aus dem Abgang von Vermögenswerten werden als Differenz zwischen dem Nettoveräußerungserlös und dem Buchwert ermittelt und ergebniswirksam unter den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. Aufwendungen erfasst.



## At Equity bilanzierte Unternehmen

Assoziierte Unternehmen sowie Gemeinschaftsunternehmen werden grundsätzlich nach der Equity-Methode bilanziert, wenn ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann bzw. diese gemeinschaftlich geführt werden.

Die erstmalige Bewertung erfolgt zu Anschaffungskosten der Beteiligung. Die Anschaffungskosten beinhalten auch alle direkt zurechenbaren Anschaffungsnebenkosten.

Als Grundlage für die Bewertung der Beteiligung in den Folgeperioden muss der Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten der Beteiligung und dem anteiligen Eigenkapital bestimmt werden. Dieser ist daraufhin zu analysieren, ob er auf stille Reserven und Lasten zurückzuführen ist. Verbleibt nach der Aufteilung auf stille Reserven und Lasten ein positiver Unterschiedsbetrag, ist dieser als Geschäfts- oder Firmenwert zu behandeln und im Beteiligungsbuchwert auszuweisen. Ein negativer Unterschiedsbetrag wird unmittelbar erfolgswirksam aufgelöst, indem der Wertansatz der Beteiligung erhöht wird.

Von den Anschaffungskosten ausgehend wird der Buchwert in den Folgeperioden um das anteilige Jahresergebnis erhöht bzw. gemindert. Weitere Anpassungen des Beteiligungswerts sind notwendig, wenn sich das Eigenkapital des Beteiligungsunternehmens aufgrund von im OCI erfassten Sachverhalten verändert hat. Im Rahmen der Folgebewertung muss die Abschreibung der im Zuge der Erstkonsolidierung aufgedeckten stillen Reserven berücksichtigt und vom anteiligen Jahresüberschuss in Abzug gebracht werden. Erhaltene Dividendenzahlungen sind zur Vermeidung einer Doppelerfassung vom Wertansatz abzuziehen.

Falls Indikatoren vorliegen, die auf eine Wertminderung der Beteiligung hindeuten, ist diese auf Werthaltigkeit zu prüfen, vgl. Anhangziffer (2.6) unter „Werthaltigkeitsprüfung“. Es erfolgt keine separate Prüfung des anteiligen Geschäfts- oder Firmenwerts. Die Prüfung wird für den gesamten Beteiligungsbuchwert durchgeführt. Demnach sind Wertminderungen nicht dem im Beteiligungsbuchwert enthaltenen Geschäfts- oder Firmenwert zuzuordnen und können in Folgeperioden auch wieder vollständig wertaufgeholt werden.

## Werthaltigkeitsprüfung

Die Werthaltigkeitsprüfung nach IAS 36 „Impairment of Assets“ wird für immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen, als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien und at Equity bilanzierten Unternehmen bei Vorliegen eines Anhaltspunktes für einen Wertminderungsbedarf durchgeführt. Die Prüfung der Werthaltigkeit dieser Vermögenswerte erfolgt überwiegend für eine zahlungsmittelgenerierende Einheit (Cash Generating Unit, CGU), die die kleinste identifizierbare Gruppe von Vermögenswerten mit abgrenzbaren Mittelzuflüssen darstellt, oder für eine Gruppe von CGUs. Geschäfts- oder Firmenwerte werden den Geschäftsbereichen – also einer Gruppe von CGUs - zugeordnet. Geschäfts- oder Firmenwerte werden mindestens einmal jährlich auf ihre Werthaltigkeit geprüft. Der Stichtag für diese Prüfung ist der 30. Juni eines jeden Jahres.

Im Rahmen der Werthaltigkeitsprüfung wird der erzielbare Betrag dem Buchwert der CGU/Gruppe von CGUs gegenübergestellt. Der erzielbare Betrag wird bestimmt als der höhere Wert aus beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten und Nutzungswert der CGU/Gruppe von CGUs.

Sofern der erzielbare Betrag als der Wert aus beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten bestimmt wird, ist der beizulegende Zeitwert in der Hierarchie zur Bewertung zum beizulegenden Zeitwert der Stufe 2 zuzuordnen, vgl. Anhangziffer (2.6) unter „Finanzinstrumente“. Eine Wertminderung ist vorzunehmen, wenn der erzielbare Betrag der CGU/Gruppe von CGUs niedriger ist als ihr Buchwert. Soweit der Grund für den Wertminderungsbedarf entfallen ist, werden - außer beim Geschäfts- oder Firmenwert - ergebniswirksame **Zuschreibungen** vorgenommen.

Für Zwecke der Werthaltigkeitsprüfung von Geschäfts- oder Firmenwerten erfolgt die Bestimmung des erzielbaren Betrags durch die Ermittlung des Marktwerts der Geschäftsbereiche des STEAG-Konzerns. Der Marktwert wird mittels eines Bewertungsmodells als Barwert der künftigen Cashflows ermittelt. Die künftigen Cashflows werden aus der aktuellen fünfjährigen Mittelfristplanung abgeleitet. Die Mittelfristplanung basiert sowohl auf Erfahrungen als auch auf Erwartungen hinsichtlich der zukünftigen Marktentwicklung. Die wesentlichen volkswirtschaftlichen Rahmendaten, wie das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts sowie die Entwicklung des Zinsniveaus, der Wechselkurse, der **Rohstoffpreise** und der Marktpreise für **CO<sub>2</sub>-Zertifikate** usw., die den Mittelfristplanungen zugrunde liegen, werden zentral von der STEAG GmbH vorgegeben und aus Markterwartungen abgeleitet. Die spezifische Wachstumsrate ist aus Erfahrungen und Zukunftserwartungen abgeleitet. Die langfristigen durchschnittlichen **Wachstumsraten** für die jeweiligen Märkte werden hierbei nicht überschritten.

Die erwarteten Cashflows werden mit den gewichteten Kapitalkosten (**Weighted Average Cost of Capital**) nach Steuern abgezinst. Die Kapitalkosten werden auf Basis von kapitalmarktorientierten Modellen als gewichteter Durchschnitt der Eigen- und Fremdkapitalkosten berechnet. Die Eigenkapitalkosten werden durch die Komponenten risikoloser Zinssatz und Risikozuschlag bestimmt. Der Risikozuschlag ergibt sich durch die Multiplikation des Beta-Faktors mit der Marktrisikoprämie. Der Beta-Faktor wird aus dem Kapitalmarkt entsprechend den Werten vergleichbarer Unternehmen (Peergroup) abgeleitet und berechnet. Im Falle der ewigen Rente wird ein Wachstumsabschlag unterstellt. Die Fremdkapitalkosten für die einzelnen CGUs werden anhand der Analyse der Verschuldungsgrade der **Peergroup-Unternehmen** und der sich daraus ergebenden Fremdkapitalkosten abgeleitet.

Die angewandten Parameter lauten wie folgt:

Geschäftsbereich	Risikoloser Zinssatz		Risikoadjustierter Zinssatz (WACC)		Wachstumsabschlag	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013
	%	%	%	%	%	%
Kraftwirtschaft	2,00	2,75	5,50	5,40	0,70	0,70
Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen	<b>2,00</b>	2,75	<b>5,20</b>	5,20	0,70	0,70

Weiterhin wurden nach IAS 36 bei bestimmten Vermögenswerten Wertminderungstests aufgrund von Anhaltspunkten zum Abschlussstichtag vorgenommen. Für die CGUs im Geschäftsbereich ergeben sich keine abweichenden Parameter.

Die Diskontierungssätze werden nach Steuern bestimmt und auf den **Cashflow** nach Steuern bezogen. Die auf dieser Grundlage ermittelten erzielbaren Werte entsprechen den Werten, die sich - wie von IAS 36 gefordert - bei einer Diskontierung der Zahlungsströme vor Steuern mit einem Vorsteuerrisikozinssatz ergeben hätten.

## Vorräte

Vorräte werden zum niedrigeren Wert aus Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten und Netto veräußerungswert angesetzt. Der Nettoveräußerungswert entspricht dem im normalen Geschäftsverlauf erzielbaren Verkaufserlös abzüglich der bis zum Verkauf noch anfallenden Aufwendungen für Fertigung und Vertrieb. Um eine risikofreie Bewertung der Vorräte zu gewährleisten, werden auf Vorräte, die technisch bedingten Ungenauigkeiten in der Inventur unterliegen, und auf Vorräte, die ungängig geworden sind, Wertkorrekturen vorgenommen.

Entfällt der Grund für eine Wertminderung, erfolgt eine Zuschreibung maximal bis zur Höhe der historischen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten.

Die Kosten von Vorräten, die von ähnlicher Beschaffenheit oder Verwendung sind, werden einheitlich auf Basis der Durchschnittsmethode bestimmt. Die Herstellungskosten fertiger und unfertiger Erzeugnisse umfassen die Kosten für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, direkte Personal kosten, andere direkte Kosten und der Produktion zurechenbare Gemeinkosten (basierend auf normaler Betriebskapazität). Die Kosten für Vorräte können auch aus dem OCI entnommene Gewinne oder Verluste aus Cashflow Hedges, die für den Kauf von Rohstoffen abgeschlossen wurden, beinhalten.

Entgeltlich erworbene Emissionsrechte werden zu Anschaffungskosten angesetzt. Eine planmäßige Abschreibung erfolgt nicht, jedoch sind die Regeln der IAS 36 und IAS 2 zu berücksichtigen. Unentgeltlich zugeteilte Emissionsrechte werden in Anlehnung an IAS 20 „Accounting for Government Grants and Disclosure of Government Assistance“ mit dem Erinnerungswert angesetzt. Rückstellungen für die Abgabeverpflichtung von Emissionsrechten werden, soweit Emissionsrechte vorhanden sind, mit dem aktivierten Betrag dieser Rechte bewertet. Übersteigt die Abgabeverpflichtung die aktivierten Rechte, so wird dieser übersteigende Anteil mit dem Durchschnittskurs der letzten drei Monate zum Bilanzstichtag bewertet.

Um eine periodengerechte Abbildung zu gewährleisten, werden unentgeltlich zugeteilte Grünstromzertifikate im Zeitpunkt der Zuteilung nach IAS 20 „Accounting for Government Grants and Disclosure of Government Assistance“ und IAS 38 „Intangible Assets“ ergebniswirksam zum beizulegenden Zeitwert erfasst. Der beizulegende Zeitwert entspricht den fiktiven Anschaffungskosten der zugeteilten Grünstromzertifikate und wird in der Hierarchie zur Bewertung zum beizulegenden Zeitwert der Stufe 1 zugeordnet, vgl. Anhangziffer (2.6) unter „Finanzinstrumente“.

## Flüssige Mittel

Unter den flüssigen Mitteln sind Guthaben bei Kreditinstituten sowie Schecks und Kassenbestände erfasst. Weiterhin sind hier kurzfristig veräußerbare liquide Finanztitel mit einer Laufzeit - gerechnet vom Erwerbszeitpunkt - von nicht mehr als drei Monaten enthalten, die nur unwesentlichen Wertschwankungen unterliegen. Ihr Ansatz erfolgt zum beizulegenden Zeitwert und ergibt sich aus den Börsenkursen oder wird mit anerkannten Bewertungsmethoden ermittelt.

## Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Bewertung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erfolgt nach dem in IAS 19 „Employee Benefits“ vorgeschriebenen Anwartschaftsbarwertverfahren für Leistungszusagen (Defined Benefits) auf Altersversorgung.

Bei diesem Verfahren werden neben den am Bilanzstichtag bekannten Renten und erworbenen Anwartschaften auch künftig zu erwartende Steigerungen von Gehältern und Renten berücksichtigt. Die Bewertung für die inländischen Unternehmen basiert auf den biometrischen Grundlagen der „Richttafeln 2005 G“ von Klaus Heubeck. Die Pensionsverpflichtungen außerhalb Deutschlands werden unter Berücksichtigung landesspezifischer Rechnungslegungsgrundlagen und Parameter ermittelt. Die Verpflichtungen werden in Höhe des beizulegenden Zeitwertes des Planvermögens gekürzt.

Der Barwert der leistungsorientierten Verpflichtungen ist der ohne Abzug vom Planvermögen beizulegende Zeitwert erwarteter künftiger Zahlungen, die erforderlich sind, um die auf Grund von Arbeitnehmerleistungen in der Berichtsperiode oder früheren Perioden entstandenen Verpflichtungen erfüllen zu können.

Versicherungsmathematische Gewinne oder Verluste im Barwert der leistungsorientierten Verpflichtungen und die Erträge aus Planvermögen (ohne Zinsertrag) ergeben sich aus dem Unterschiedsbetrag zwischen den zum Jahresende rechnerisch erwarteten und den tatsächlichen ermittelten Werten für den Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung und dem Zeitwert des Planvermögens. Diese Gewinne bzw. Verluste aus der Neubewertung der Nettoverpflichtung werden im Jahr des Entstehens im OCI erfasst.

Der STEAG-Konzern weist den laufenden und den nachzuerrechnenden Dienstzeitaufwand sowie etwaige Gewinne oder Verluste aus Planänderungen oder -kürzungen im Personalaufwand und den Nettozinsaufwand auf die Nettoverpflichtung im Zinsergebnis aus.

Dem **Verpflichtungsumfang** zum Jahresende wird das Planvermögen zum Zeitwert gegenübergestellt (Finanzierungsstand). Unter Berücksichtigung der Limitierung des Planvermögens (Asset Ceiling) ergeben sich die Pensionsrückstellungen.

Beitragsorientierte Verpflichtungen existieren sowohl aufgrund betrieblicher Zusagen als auch aufgrund staatlicher Pläne (gesetzliche Rentenversicherung). Risiken aus der Veranlagung der Beiträge und aus versicherungsmathematischen Parametern trägt dabei nicht der STEAG-Konzern, sondern der Arbeitnehmer. Beitragsorientierte Zusagen (Defined Contribution) führen in der Periode zu Aufwand, in der die Zahlung erfolgt.

### **Sonstige Rückstellungen**

Sonstige Rückstellungen sind Schulden, die bezüglich ihrer Fälligkeit oder ihrer Höhe ungewiss sind. Sie werden gebildet, sofern rechtliche oder faktische Verpflichtungen zum Bilanzstichtag gegenüber Dritten bestehen, die auf vergangenen Ereignissen beruhen und wahrscheinlich zu einem **Mittelabfluss** führen werden. Darüber hinaus muss die Schätzung der Höhe der Verpflichtung verlässlich möglich sein. Wenn eine Anzahl gleichartiger Verpflichtungen besteht, wird die Wahrscheinlichkeit eines Nutzenabflusses auf Basis der Gruppe dieser Verpflichtungen als Ganzes ermittelt. **Restrukturierungsrückstellungen** werden nur angesetzt, wenn eine faktische Verpflichtung aufgrund eines detaillierten, formalen Plans entsteht und bei den Betroffenen vor dem Bilanzstichtag die gerechtfertigte Erwartung geweckt wird, dass die **Restrukturierungsmaßnahme** auch durchgeführt wird.

Rückstellungen werden mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt und berücksichtigen auch zukünftige Kostensteigerungen. Langfristige Rückstellungen werden abgezinst. Bei kurzfristigen Rückstellungen sowie beim kurzfristigen Teil langfristiger Rückstellungen wird keine Abzinsung vorgenommen.

Mit fortschreitendem Zeitverlauf werden die Rückstellungen bei Bedarf neuen Erkenntnisgewinnen angepasst.

### **Latente Steuern, laufende Ertragsteuern**

Zwischen der STEAG GmbH und der KSBG KG besteht eine ertragsteuerliche Organschaft. Die STEAG GmbH stellt somit für ertragsteuerliche Zwecke kein Steuersubjekt dar. Die Darstellung im **Konzernabschluss** entspricht der wirtschaftlichen Betrachtungsweise. Basis ist die Richtlinie Steuern über die steuerliche Behandlung von deutschen Organschaften im KSBG-Konzern.

Latente Steuern werden nach IAS 12 für temporäre Ansatz- und Bewertungsunterschiede von Vermögenswerten und Schulden zwischen der Steuerbilanz und der IFRS-Bilanz gebildet. Steuerliche Verlustvorträge, die **wahrscheinlich** zukünftig genutzt werden können, werden in Höhe des latenten Steueranspruchs (aktive latente Steuern) aktiviert.

Aktive latente Steuern sind grundsätzlich mit der Maßgabe angesetzt, dass ein künftiges zu versteuerndes Einkommen **wahrscheinlich** ist, mit dem die temporären Differenzen genutzt werden können. Soweit die Realisierung aktiver latenter Steuern unwahrscheinlich ist, erfolgt eine Wertberichtigung.

Latente Steueransprüche und latente Steuerschulden (passive latente Steuern) werden saldiert, soweit das Unternehmen ein Recht zur Aufrechnung der laufenden Ertrag Steueransprüche und -schulden hat, und wenn sich die aktiven und passiven latenten Steuern auf laufende Ertragsteuern beziehen, die von der gleichen Steuerbehörde erhoben werden.

Zur Ermittlung der latenten Steuern sind die Steuersätze anzuwenden, die nach der derzeitigen Rechtslage für den Zeitpunkt gültig oder angekündigt sind, zu dem sich die temporären Differenzen **wahrscheinlich** ausgleichen werden. Durch den Abschluss des Gewinnabführungsvertrags mit der KSBG KG beträgt der Gesamtsteuersatz für die Ermittlung der latenten Steuern inländischer, dem Organkreis zugehöriger Unternehmen 16,0 Prozent. Da der Organträger eine Personengesellschaft ist, fällt im Organkreis keine Körperschaftsteuer nebst Solidaritätszuschlag an. Für steuerlich selbständige und ausländische Unternehmen wird der jeweilige nationale Steuersatz angewandt. Der ausländische Steuersatz beträgt zwischen 16,0 Prozent (Rumänien) und 37,3 Prozent (USA).

Laufende Ertragsteuern für die Berichtsperiode und für frühere Perioden sind mit dem Betrag zu bemessen, in dessen Höhe eine Zahlung an bzw. Erstattung durch die Steuerbehörden erwartet wird. Sie werden anhand der am Bilanzstichtag geltenden gesellschaftsbezogenen Steuersätze ermittelt.

### **Finanzinstrumente**

Als Finanzinstrumente werden vertraglich vereinbarte Rechte und Verpflichtungen bilanziert, aus denen ein Zu- oder Abfluss von finanziellen Vermögenswerten oder die Ausgabe von Eigenkapitalinstrumenten resultiert. Sie werden in originäre und derivative Finanzinstrumente unterteilt und in der Bilanz unter den finanziellen Vermögenswerten bzw. Verbindlichkeiten, den Forderungen bzw. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen oder Flüssigen Mitteln ausgewiesen.

Beim erstmaligen Ansatz werden **Finanzinstrumente** mit ihrem beizulegenden Zeitwert bzw. mit dem Transaktionspreis zuzüglich direkt zuordenbarer Transaktionskosten bewertet. Transaktionskosten von **Finanzinstrumenten**, die „ergebniswirksam zum beizulegenden Zeitwert“ bewertet werden, sind direkt in der Gewinn- und **Verlustrechnung** zu erfassen. Die Folgebewertung richtet sich nach der **Kategorisierung** der Finanzinstrumente.

Die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert folgt einer dreistufigen Hierarchie unter Berücksichtigung des Kontrahenten- und des eigenen **Ausfallrisikos**. Sofern vorhanden, wird der Börsen- oder Marktpreis von identischen Finanzinstrumenten auf einem aktiven und am Bewertungsstichtag zugänglichen Markt zugrunde gelegt (Stufe 1). Ist ein solcher Preis nicht verfügbar, sind der Börsen- oder Marktpreis auf einem aktiven Markt für ähnliche Finanzinstrumente, auf einem inaktiven Markt für identische oder ähnliche Finanzinstrumente oder andere Inputfaktoren als Marktpreisnotierungen, die für die Finanzinstrumente beobachtet werden können, wie Zinsentwicklungen, die für gemeinhin notierte Spannen beobachtbar sind, implizite Volatilitäten und **Kredit-Spreads**, heranzuziehen, bei denen die angewandten Parameter auf beobachtbaren Marktdaten basieren (Stufe 2). Dabei werden die zukünftigen Zahlungsströme mittels aktueller Marktzinssätze, die der Restlaufzeit entsprechen, abgezinst. In allen anderen Fällen wird auf Bewertungstechniken zurückgegriffen, bei denen die angewandten Parameter nicht auf beobachtbaren Marktdaten basieren (Stufe 3). Als etablierte Bewertungstechniken werden **Discounted-Cashflow-Analysen** oder **Optionspreismodelle** gewählt. Nicht marktgerecht verzinst langfristige Finanzinstrumente werden bewertet, indem die erwarteten Cashflows mit dem effektiven Zinssatz auf den Zeitpunkt der Anschaffung diskontiert werden (Barwert). Der effektive Zinssatz berücksichtigt alle zurechenbaren Gebühren mit Zinscharakter. Der am niedrigsten eingestufte signifikante Bewertungsfaktor bestimmt die Hierarchieebene des Gesamtergebnisses.

Die **Regularien** im STEAG-Konzern legen Richtlinien und Verfahrensanweisungen für wiederkehrende und nicht wiederkehrende Bemessungen des beizulegenden Zeitwertes für Derivate fest. Diese Vorgaben werden durch den kaufmännischen Bereich **erstellt** und verabschiedet. Wenn möglich, werden für Derivate auf Energiehandelsprodukte **börsennotierte** Produkte als Bewertungsgrundlagen herangezogen. Für Brennstoffe und Emissionshandelsprodukte werden dafür die Notierungen der **Intercontinental Exchange (ICE)** in London und für Stromprodukte die Notierungen der European Energy Exchange (EEX) in Leipzig verwendet. Die Grundlage für diese Entscheidung bildet die höchstmögliche Liquidität der zugrunde liegenden Produkte. Nicht beobachtbare Inputfaktoren werden aus börsennotierten Produkten abgeleitet oder über etablierte Dienstleister eingeholt.

Im Rahmen einer regelmäßigen Marktkonformitätsprüfung erfolgt eine kontinuierliche Plausibilisierung der verwendeten Techniken und Inputfaktoren. Dieser Abgleich wird analysiert, dokumentiert und dem Management als Berichterstattung zur Verfügung **gestellt**. Zudem werden verwendete finanzmathematische Modelle regelmäßig validiert und mit verfügbaren Marktinformationen verglichen. Im Rahmen eines vierteljährlich tagenden Steuerungsausschusses für den **Commoditybereich** werden die Annahmen für die Bewertungsgrundlagen diskutiert und bei Bedarf neu festgelegt.

(a) Originäre Finanzinstrumente

Im STEAG-Konzern werden originäre Finanzinstrumente als finanzielle Vermögenswerte den Kategorien „Ausleihungen und Forderungen“, „ergebniswirksam zum beizulegenden Zeitwert - zu Handelszwecken gehalten“ oder „zur Veräußerung verfügbar“ zugeordnet.

Die erstmalige Erfassung dieser Vermögenswerte erfolgt zum Erfüllungstag. Finanzielle Vermögenswerte werden ausgebucht, wenn die vertraglichen Rechte auf Erhalt von Zahlungen erloschen sind oder übertragen werden und der STEAG-Konzern im Wesentlichen alle Chancen und Risiken, die mit dem Eigentum verbunden sind, übertragen hat. Im STEAG-Konzern liegen keine Fälle vor, in denen finanzielle Vermögenswerte mit einer Verbriefung oder Rückkaufsvereinbarung verkauft und ganz oder teilweise weiterbilanziert wurden,

Originäre Finanzinstrumente als finanzielle Verbindlichkeiten werden der Kategorie „zu fortgeführten Anschaffungskosten“ zugeordnet. Finanzielle Verbindlichkeiten werden ausgebucht, wenn sie getilgt sind, d.h., wenn die Verpflichtung beglichen, aufgehoben oder ausgelaufen ist.

Im Folgenden werden die im STEAG-Konzern verwendeten Kategorien dargestellt:

Die Kategorie „Ausleihungen und Forderungen“ umfasst insbesondere Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie Ausleihungen. Die Vermögenswerte dieser Kategorie werden zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Verwendung der Effektivzinsmethode bewertet. Zeigen objektive Hinweise, die auf historischen Erfahrungswerten beruhen, dass die fälligen Erfüllungsbeträge im Rahmen der üblichen Bedingungen nicht vollständig einbringlich sind, wird eine Wertminderung vorgenommen. Die Höhe bemisst sich als Differenz zwischen dem Buchwert des Vermögenswerts und dem auf Basis des Effektivzinssatzes ermittelten Barwert der geschätzten zukünftigen Einzahlungen. Wertminderungen werden ergebniswirksam erfasst. Soweit der Grund für den Wertminderungsbedarf entfallen ist, werden ergebniswirksame Zuschreibungen bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten vorgenommen.

In der Kategorie „ergebniswirksam zum beizulegenden Zeitwert - zu Handelszwecken gehalten“ werden sonstige finanzielle Vermögenswerte hinsichtlich der Vermarktung von Kraftwerkskapazitäten ausgewiesen. Neben Marktparametern sind auch nicht direkt am Markt beobachtbare Parameter in die Bewertung der Optionspreismodelle eingeflossen, für die plausible Annahmen getroffen wurden. Bewertungsänderungen des beizulegenden Zeitwertes der Option werden im Finanzergebnis ausgewiesen. Sofern keine oder nur unwesentliche Mengen physisch ausgeliefert werden, erfolgt die Realisierung der Optionsprämie in den sonstigen betrieblichen Erträgen. Bei einer physischen Erfüllung werden die realisierten Ergebnisse in den Umsatzerlösen ausgewiesen.

Der Kategorie „zur Veräußerung verfügbar“ werden Eigenkapitalanteile, die weder konsolidiert noch at Equity bilanziert werden, sowie Wertpapiere und wertpapierähnliche Ansprüche zugeordnet. Sie werden mit dem beizulegenden Zeitwert angesetzt.

Die nicht realisierten Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts werden unter Berücksichtigung latenter Steuern im OCI erfasst. Liegt der beizulegende Zeitwert solcher Vermögenswerte nicht vor oder ist er nicht verlässlich bestimmbar, wie im Falle nicht börsennotierter Eigenkapitaltitel, werden die Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Zu jedem Bilanzstichtag wird geprüft, ob objektive Hinweise für eine Wertminderung eines finanziellen Vermögenswerts vorliegen. Ein wesentlicher oder andauernder Rückgang des beizulegenden Zeitwerts unter den Buchwert wird als Hinweis für eine Wertminderung gesehen. Bei Aktien liegt ein solcher Hinweis vor, wenn der beizulegende Zeitwert um 20 Prozent unter dem Buchwert liegt. Existiert ein derartiger Hinweis, werden die im OCI erfassten Verluste ergebniswirksam in die Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht.

Soweit der Grund für den Wertminderungsbedarf entfallen ist, werden **Zuschreibungen** grundsätzlich im OCI erfasst. Lediglich für **Schuldinstrumente**, die dieser Kategorie zugeordnet sind, werden **Zuschreibungen** bis zur Höhe der ursprünglichen Wertminderung ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt. Bei Beteiligungen und anderen finanziellen Vermögenswerten, deren Zeitwerte nicht verlässlich bestimmt werden können, werden keine Zuschreibungen vorgenommen.

Der Kategorie „zu fortgeführten Anschaffungskosten“ sind insbesondere Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie Kredite zugeordnet. Die Verbindlichkeiten werden zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Verwendung der Effektivzinsmethode bewertet.

(b) Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente (Derivate) werden zur Absicherung von Risiken aus Währungs-, Warenpreis- und Zinsänderungen eingesetzt. Hierzu werden Sicherungsinstrumente in Form von Zinsswaps, Optionen, Devisentermingeschäften und Warentermingeschäften entweder freistehend oder im Rahmen einer Bewertungseinheit mit dem zugehörigen abzusichernden Grundgeschäft (Hedge Accounting) bilanziert. Die erstmalige Erfassung erfolgt zum Handelstag. Derivate werden immer mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet, der dem veröffentlichten Börsenkurs an einem aktiven und zugänglichen Markt entspricht. Existiert kein Börsen- oder Marktpreis auf einem aktiven Markt für das Derivat, wird der beizulegende Zeitwert mittels finanzmathematischer Methoden ermittelt. Bei Devisentermingeschäften wird der **Devisenterminkurs** am Bilanzstichtag zugrunde gelegt. Die Marktpreise von Optionsgeschäften werden über anerkannte Optionspreismodelle ermittelt, für die interne Daten herangezogen werden. **Commodityderivate** werden auf Basis von Spotpreisen und Forwardsätzen, Zinsderivate durch Abzinsung zukünftiger **Cashflows** mittels aktueller **restlaufzeitkongruenter** Marktzinssätze bewertet. Dabei werden alle Marktfaktoren herangezogen, die auch andere Marktteilnehmer für die Preisfestsetzung berücksichtigen würden. In Abhängigkeit von der jeweiligen Art des Sicherungszusammenhangs werden Derivate wie folgt ausgewiesen:

Verträge, die den Empfang oder die Lieferung nicht finanzieller Vermögenswerte oder nicht finanzieller Verbindlichkeiten gemäß dem erwarteten Einkaufs-, Verkaufs- oder Nutzungsbedarf des Unternehmens regeln, werden nicht als derivatives Finanzinstrument gemäß **IAS 39** bilanziert, sondern stellen schwebende Geschäfte dar. Enthalten diese Verträge eingebettete Derivate, die nicht eng mit den wirtschaftlichen **Merkmale**n und Risiken des Basisvertrags verbunden sind, werden diese getrennt vom Basisvertrag bewertet und bilanziert.

Freistehende derivative Finanzinstrumente gehören der Kategorie „ergebniswirksam zum beizulegenden Zeitwert“ an und werden „als zu Handelszwecken gehalten“ eingestuft. **Finanzinstrumente** dieser Kategorie werden an jedem Bilanzstichtag zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Ein Gewinn oder Verlust aus der Änderung des beizulegenden Zeitwerts ist ergebniswirksam zu erfassen.

Die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften als Hedge Accounting ist an bestimmte Kriterien geknüpft. Das Hedge Accounting setzt insbesondere eine ausführliche Dokumentation der Sicherungsbeziehung und einen Nachweis der erwarteten sowie der tatsächlichen Sicherungseffektivität zwischen 80,0 und 125,0 Prozent voraus. Es ist dann zu beenden, wenn die Voraussetzungen nicht mehr erfüllt sind.



Bei Cashflow Hedges ist eine Beendigung des Hedge Accounting auch dann erforderlich, wenn der Eintritt der vorhergesehenen Transaktion nicht mehr wahrscheinlich ist. In diesem Falle ist der im OCI erfasste Betrag ergebniswirksam in die Gewinn- und Verlustrechnung umzubuchen.

Fair Value Hedges verfolgen den Zweck, die beizulegenden Zeitwerte bilanzieller Vermögenswerte oder bilanzieller Schulden abzusichern. Die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts eines Sicherungsinstruments werden in diesem Fall gemeinsam mit den Wertänderungen des abgesicherten Grundgeschäfts in der Gewinn- und Verlustrechnung **erfasst**. Diese Änderungen müssen sich dabei auf das abgesicherte Risiko beziehen. Werden außerbilanzielle feste Verpflichtungen abgesichert, führen Änderungen des beizulegenden Zeitwerts der festen Verpflichtung im Hinblick auf das abgesicherte Risiko zum ergebniswirksamen Ansatz eines Vermögenswerts oder einer Schuld. Aufgrund der Vorgehensweise kompensieren sich bei Effektivität der Absicherung die Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft in der Gewinn- und Verlustrechnung der Periode.

Cashflow Hedges verfolgen den Zweck, das Risiko der Volatilität der künftigen Zahlungsströme eines bilanzierten Vermögenswerts bzw. einer Verbindlichkeit oder einer mit hoher Wahrscheinlichkeit eintretenden geplanten Transaktion **abzusichern**. Der effektive Teil der Änderungen des beizulegenden Zeitwerts eines Sicherungsinstruments wird im OCI, der ineffektive Teil der Wertänderungen ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Die im OCI erfassten Beträge werden ergebniswirksam in die Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht, sobald das abgesicherte Grundgeschäft ergebniswirksam ist. Bei einer Zinssicherung laufen diese Beträge in das Zinsergebnis, bei einer Umsatzzicherung in die entsprechenden Umsatzerlöse und im Fall eines Einkaufs direkt in die Kosten der umgesetzten Leistung. Besteht die abgesicherte zukünftige Transaktion aus dem Ansatz eines nichtfinanziellen Vermögenswerts oder einer Verbindlichkeit, werden die zuvor im OCI erfassten Gewinne oder Verluste in die Erstbewertung der Anschaffungskosten des Vermögenswerts oder der Verbindlichkeit einbezogen.

Hedges of a Net Investment in a Foreign Entity verfolgen den Zweck, das Fremdwährungsrisiko aus Beteiligungen mit ausländischer Funktionalwährung abzusichern. Solche Absicherungen werden wie Cashflow Hedges behandelt. Die im OCI erfassten Gewinne oder Verluste werden mit Veräußerung des ausländischen Tochterunternehmens bzw. Rückführung des Investments ergebniswirksam in die Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht.

### **Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien**

Immobilien, die als Finanzinvestition zur Erzielung von Mieteinnahmen und/oder zum Zwecke der Wertsteigerung gehalten werden, werden mit ihren **Anschaffungs-** bzw. Herstellungskosten unter Berücksichtigung der direkt zurechenbaren Transaktionskosten aktiviert und - soweit sie der Abnutzung **unterliegen** - linear über ihre Nutzungsdauer von 25 bis 50 Jahren planmäßig abgeschrieben. Wenn ein Anhaltspunkt für eine Wertminderung besteht, werden sie daraufhin geprüft, ob Gründe für eine Wertminderung vorliegen, vgl. Anhangziffer (2.6) unter „**Werthaltigkeitsprüfung**“.

Die im Anhang gezeigten beizulegenden Zeitwerte der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien werden im Wesentlichen anhand der durchschnittlichen **Bodenrichtwerte** in Abhängigkeit der jeweiligen Nutzung des Grundstücks bewertet und sind in der Hierarchie zur Bewertung zum beizulegenden Zeitwert der Stufe 2 zugeordnet. **Erbbaurechtgrundstücke** werden mit einem kapitalisierten Erbbauzins bewertet und sind der Stufe 3 zugeordnet.

Wesentliche, nicht beobachtbare <b>Inputfaktoren</b>	Bandbreite (gewichteter Durchschnitt)
Erbbauzinssatz	6% bis 8%

Der geschätzte beizulegende Zeitwert würde bei deutlicher Erhöhung (Kürzung) des Erbbauzinssatzes steigen (sinken).

### **Leasing**

Leasing ist eine Vereinbarung, in der gegen eine Zahlung oder eine Reihe von Zahlungen das Recht auf Nutzung eines Vermögenswerts für einen bestimmten Zeitraum übertragen wird. Der STEAG-Konzern tritt in Vereinbarungen über Operating- oder **Finanzierungsleasing** sowohl als Leasingnehmer als auch als Leasinggeber auf.

Als Finanzierungsleasing werden Leasingverhältnisse klassifiziert, bei denen der Leasingnehmer entsprechend den vertraglichen Regelungen im Wesentlichen alle Chancen und Risiken aus dem Eigentum am Leasingobjekt trägt. Neben dem vertraglich vereinbarten Finanzierungsleasing können Vereinbarungen über die Nutzung von Vermögenswerten, zum Beispiel langfristige Lieferverträge aus der Strom Vermarktung, bei kumulativer Erfüllung bestimmter **Kriterien** als Finanzierungsleasing eingestuft werden. Ist der STEAG-Konzern selbst Leasingnehmer, werden die Vermögenswerte in den Sachanlagen zu ihrem beizulegenden Zeitwert oder zum niedrigeren Barwert der Mindestleasing Zahlungen angesetzt. Die aus den künftigen Leasingraten resultierenden Zahlungsverpflichtungen werden als Verbindlichkeit zum abgezinsten Erfüllungsbetrag **bilanziert**. Ist der STEAG-Konzern Leasinggeber, so wird anstelle von Sachanlagen eine Forderung in Höhe des **Nettoinvestitionswerts** angesetzt.

Forderungen bzw. Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing werden in der Bilanz unter den finanziellen Vermögenswerten bzw. Verbindlichkeiten ausgewiesen.

**Operating-Leasing** sind alle Leasingverhältnisse, bei denen es sich nicht um Finanzierungsleasing handelt. Aufwendungen und Erträge hieraus werden periodengerecht ergebniswirksam erfasst.

### **Fertigungsaufträge**

Kundenspezifische Fertigungsaufträge werden nach dem Fertigungsfortschritt, der **Percentage-of-Completion- (PoC-)Methode**, bilanziert. Die erbrachte Leistung einschließlich des anteiligen Ergebnisses wird entsprechend dem **Fertigstellungsgrad** in den Umsatzerlösen ausgewiesen. Der anzusetzende Fertigstellungsgrad wird entsprechend dem Leistungsfortschritt ermittelt. Das heißt, die bis zum Stichtag erbrachte Leistung wird in Bezug zur Gesamtleistung des Auftrags gesetzt. Der Ausweis der Aufträge erfolgt unter den Forderungen bzw. Verbindlichkeiten aus Fertigungsaufträgen.

Soweit die kumulierte Leistung (Auftragskosten und Auftragsergebnis) die Anzahlungen im Einzelfall übersteigt, erfolgt der Ausweis der Fertigungsaufträge aktivisch unter den Forderungen aus Fertigungsaufträgen. Verbleibt nach Abzug der Anzahlungen ein negativer Saldo, wird dieser passivisch unter den Verbindlichkeiten aus Fertigungsaufträgen ausgewiesen. Zu erwartende Auftragsverluste werden auf Basis der erkennbaren Risiken berücksichtigt.

### **Zur Veräußerung vorgesehene Vermögenswerte und mit diesen im Zusammenhang stehende Schulden**

Langfristige Vermögenswerte werden als „zur Veräußerung vorgesehen“ ausgewiesen, wenn der zugehörige Buchwert überwiegend durch ein Veräußerungsgeschäft und nicht durch fortgesetzte Nutzung realisiert wird. Die Vermögenswerte müssen in ihrem jetzigen Zustand zu Bedingungen, die für den Verkauf derartiger Vermögenswerte gängig und üblich sind, sofort veräußerbar sein und eine solche Veräußerung **muss** höchstwahrscheinlich sein. Sofern mit einer Transaktion auch die zugehörigen Schulden mitveräußert werden **sollen**, werden diese ebenfalls gesondert ausgewiesen.

Unmittelbar vor der erstmaligen Einstufung als „zur Veräußerung vorgesehen“ sind die Vermögenswerte und Schulden gemäß den bisher relevanten Rechnungslegungsvorschriften zu bewerten. Danach sind sie mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten anzusetzen. Für eine spätere Neubewertung sind für Vermögenswerte und Schulden, die nicht unter die Bewertungsvorschriften des IFRS 5 „Non-current Assets Held for Sale and Discontinued Operations“ fallen, auch weiterhin die relevanten Rechnungslegungsvorschriften zu beachten. Dies sind im STEAG-Konzern hauptsächlich:

- IAS 2 „Inventories“
- IAS 12 „Income Taxes“
- IAS 19 „Employee Benefits“
- IAS 39 „Financial Instruments: Recognition and Measurement“

Soweit es sich nicht um eine nicht fortgeführte Aktivität (Discontinued Operation) handelt, werden die Ergebnisse aus der Bewertung und dem Verkauf dieser Vermögenswerte weiterhin im Ergebnis der fortgeführten Aktivitäten ausgewiesen.

### **Zuwendungen der öffentlichen Hand**

Zuwendungen der öffentlichen Hand für den Erwerb oder Bau von Sachanlagen vermindern die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten. Sie werden über die Nutzungsdauer der Sachanlage in Form geminderter Abschreibungen ergebniswirksam erfasst. Sonstige gewährte Zuwendungen werden unter den sonstigen Verbindlichkeiten abgegrenzt und über den Zeitraum als Ertrag erfasst, um sie mit den entsprechenden Aufwendungen, die sie kompensieren sollen, zu verrechnen.

### **Eventualschulden und sonstige finanzielle Verpflichtungen**

Eventualschulden sind mögliche oder gegenwärtige Verpflichtungen, die auf vergangenen Ereignissen beruhen und bei denen ein Abfluss von Ressourcen nicht wahrscheinlich ist oder die Höhe der Verpflichtung nicht ausreichend verlässlich geschätzt werden kann. Eventualschulden werden in der Bilanz nur dann erfasst, wenn sie im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses übernommen wurden.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen resultieren aus unbelasteten schwebenden Rechtsgeschäften, Dauerschuldverhältnissen, öffentlich-rechtlichen Auflagen oder sonstigen wirtschaftlichen Verpflichtungen, die nicht bereits unter den bilanzierten Schulden oder den Eventualschulden erfasst sind, sofern diese für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind.

## **(2.7) Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

### **Neue und überarbeitete Standards im Hinblick auf die Konsolidierung, gemeinschaftliche Vereinbarungen, assoziierte Unternehmen und Anhangangaben**

IFRS 10 ersetzt die bisher geltenden Regelungen über Konzernabschlüsse in IAS 27 und SIC-12. Bisher wurde Beherrschung als die Möglichkeit definiert, die Finanz- und Geschäftspolitik eines Unternehmens zu bestimmen, um aus dessen Tätigkeit wirtschaftlichen Nutzen zu ziehen.

IFRS 10 enthält zusätzliche Anwendungsleitlinien, die darlegen, wann ein Unternehmen die Beherrschung über ein Tochterunternehmen ausüben kann. Mit IFRS 10 wird ein einheitliches Konsolidierungsmodell für sämtliche Unternehmen eingeführt, welches auf die Beherrschung des Tochterunternehmens durch das Mutterunternehmen abstellt. Beherrschung liegt demnach dann vor, wenn das Mutterunternehmen schwankenden Renditen aus seinem Engagement in dem Tochterunternehmen ausgesetzt ist bzw. Anrechte auf diese besitzt und die Fähigkeit hat, diese Renditen mittels seiner Verfügungsgewalt über das Tochterunternehmen zu beeinflussen.

IFRS 11 ersetzt IAS 31 und schafft die bisherige Möglichkeit zur Quotenkonsolidierung von Gemeinschaftsunternehmen ab. Die zwingende Anwendung der Equity-Methode auf Gemeinschaftsunternehmen erfolgt künftig gemäß den Vorschriften des IAS 28, der sich bislang ausschließlich mit assoziierten Unternehmen befasste und dessen Anwendungsbereich nunmehr auf die Bilanzierung von Gemeinschaftsunternehmen ausgedehnt wurde.

Aus der Erstanwendung der IFRS 10 und IFRS 11 ergeben sich keine Veränderungen hinsichtlich der Einstufung derzeit vom STEAG-Konzern gehaltener Beteiligungen.

IFRS 12 bündelt die Anhangangaben zu IAS 27 bzw. IFRS 10, IAS 31 bzw. IFRS 11 und IAS 28 in einem Standard. Grundsätzlich führt IFRS 12 zu deutlich weiter gehenden Angaben im STEAG-Konzernabschluss, siehe Anhangziffer (3), Anhangziffer (4.2) und Anhangziffer (6.4).

### (3) Diskussion zu Annahmen und Schätzungsunsicherheiten

Mit Aufstellung des Konzernabschlusses werden vom Management Annahmen und Einschätzungen getroffen, die die Zukunft betreffen. Die hieraus abgeleiteten Schätzungen werden naturgemäß nicht immer den späteren Gegebenheiten entsprechen. Schätzungsanpassungen werden periodengerecht zum Zeitpunkt besserer Kenntnis berücksichtigt. Diejenigen Annahmen und Schätzungen, die ein wesentliches Risiko in Form einer Anpassung der Buchwerte von Vermögenswerten und Schulden innerhalb des nächsten Geschäftsjahres mit sich bringen können, werden im Folgenden dargestellt:

#### (a) Werthaltigkeit von Geschäfts- oder Firmenwerten

Die Prüfung der Werthaltigkeit immaterieller Vermögenswerte, und hier insbesondere der Geschäfts- oder Firmenwerte, erfordert auch Annahmen und Schätzungen bezüglich künftiger Cashflows, erwarteter Wachstumsraten, Währungskursen und der Abzinsungssätze. Die hierzu getroffenen Annahmen können Änderungen unterliegen, die zu Wertminderungen in zukünftigen Perioden führen würden.

Eine relative Erhöhung des gewichteten Kapital koste nsatzes um 10 Prozent aufgrund etwaiger Veränderungen des Zinsniveaus am Kapitalmarkt würde ebenfalls zu keinem Wertminderungsbedarf führen.

#### (b) Werthaltigkeit aktiver latenter Steuern

Aktive latente Steuern dürfen nur insoweit angesetzt werden, wie es hinreichend wahrscheinlich ist, dass zukünftig ausreichend zu versteuernde Jahresergebnisse verfügbar sein werden. Die Berechnung latenter Steuern erfolgt auf Basis der Steuersätze, die nach derzeitiger Rechtslage zu dem Zeitpunkt gelten werden, in dem sich die nur vorübergehenden Differenzen wieder ausgleichen werden. Werden diese Erwartungen nicht erfüllt, so ist eine ergebniswirksame Wertberichtigung der aktiven latenten Steuern vorzunehmen.

#### (c) Bewertung von Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Der Bewertung von Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen liegen unter anderem Annahmen über Abzinsungssätze, zukünftig erwartete Gehalts- und Rentensteigerungen sowie Sterbetafeln zugrunde. Diese Annahmen können aufgrund veränderter wirtschaftlicher Bedingungen oder einer veränderten Marktlage von den tatsächlichen Daten abweichen.

Die Sensitivitätsanalyse für die wesentlichen versicherungsmathematischen Parameter ist unter Anhangziffer (6.11) dargestellt.

(d) Bewertung von sonstigen Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen, insbesondere die Rückstellungen für Rekultivierung und Umweltschutz, für Rückbauverpflichtungen, Prozessrisiken sowie für Restrukturierungen, **unterliegen** naturgemäß in hohem Maße Schätzungsunsicherheiten bezüglich der Höhe oder des Eintrittszeitpunkts der Verpflichtungen. Das Unternehmen **muss** teilweise aufgrund von Erfahrungswerten Annahmen bezüglich der **Eintrittswahrscheinlichkeit** der Verpflichtung oder zukünftiger Entwicklungen, wie zum Beispiel der zur **Verpflichtungsbewertung** anzusetzenden Kosten, treffen. Diese können insbesondere bei langfristigen Rückstellungen Schätzungsunsicherheiten **unterliegen**. Des Weiteren ist die Höhe langfristiger Rückstellungen im besonderen Maße von der Wahl und Entwicklung der marktgerechten Abzinsungssätze sowie von der Schätzung der Gesamtkosten abhängig. **Im STEAG-Konzern** werden nach Währungen und **Restlaufzeiten** gestaffelte Zinssätze verwendet.

(e) Bewertung von Finanzinstrumenten

Zur Sicherung zukünftiger Transaktionen im Rahmen des Absatzes aus eigenen Kraftwerken und des Kohlehandels (vgl. Anhangziffer (8.1) unter „Hedge Accounting“) werden Annahmen über die Eintrittswahrscheinlichkeiten der damit verbundenen Transaktionen getroffen. Der STEAG-Konzern verfolgt bei der Absatzsicherung im **Clean-Dark-Spread-Handel** das Ziel, die zukünftig erwarteten Zahlungsströme in Verbindung mit Stromabsätzen sukzessive abzusichern. Der erwartete Stromabsatz wird ermittelt, indem die zukünftig erwarteten stündlichen Strompreise anhand von Vergangenheitsdaten und erwarteten Marktentwicklungen modelliert werden. Neben der stündlichen **Termin** preis kurve für Strom sind auch die zugrunde liegenden Bewirtschaftungsmodelle ein wesentlicher Einflussfaktor über die zu sichernde Leistung. Neben virtuellen Kraftwerksscheiben für Dritte handelt es sich hierbei um ein eigenes **Optionsbewertungsmodell** sowie um einen rollierenden intrinsischen Sicherungsansatz. Die dafür verwendeten Prämissen und Parameter werden regelmäßig auf Anpassungsbedarf überprüft und weiterentwickelt, um eine möglichst gute Hedgегüte zu gewährleisten. **Im** Rahmen des Brennstoffhandels werden Annahmen über die Wahrscheinlichkeiten von Einkaufs- und Absatzmengen sowohl für lang laufende Rahmenverträge als auch über kurzfristigere Einzelabschlüsse für den Kohle- und Seefrachtenhandel getroffen.

(f) Annahmen zu Tochterunternehmen

Trotz eines Kapitalanteils von unter 50 Prozent beherrscht der Konzern die GAL Fernwärmeschiene Saar-West Besitzgesellschaft mbH & Co. KG aufgrund der Mehrheit der Stimmrechte. Auf die Vollkonsolidierung dieser Gesellschaft wird aus Wesentlichkeitsaspekten verzichtet.

(g) Annahmen zu Gemeinschaftsunternehmen

Im STEAG-Konzern werden Kapitalanteile von mehr als 50 Prozent an folgenden Gesellschaften gehalten:

- BH Biomasse Handelsgesellschaft mbH & Co. KG;
- BK Biomasse Kraftwerkversorgungs GmbH;
- Kraftwerk Voerde beschränkt haftende OHG;
- REG Raffinerie-Energie GmbH & Co. oHG;
- STEAG-ERB **Serviços de Operação e Manutenção** Ltda. (Brasilien);
- STEAG O&M (Indien).

Der STEAG-Konzern verfügt dabei über die Hälfte der Stimmrechte.

An der Arenales Solar PS, S.L. (Spanien) werden Kapitalanteile in Höhe von 26 Prozent gehalten.

Alle oben genannten Gesellschaften sind als Gemeinschaftsunternehmen qualifiziert, da der Konzern diese gemeinschaftlich mit einem oder mehreren Partnern beherrscht.

(h) Nutzungsdauer von Sachanlagen

Wie in Anhangziffer (2.6) unter „Sachanlagen“ beschrieben, werden die erwarteten Nutzungsdauern und Restwerte von Sachanlagen periodisch überprüft. Ergeben sich Änderungen zu früheren Schätzungen, sind die Abschreibungsbeträge für die Berichtsperiode sowie für die Folgeperioden anzupassen.

Im Berichtsjahr führte die Überprüfung der betrieblichen Effizienz mehrerer Kraftwerke zur Verlängerung der erwarteten Nutzungsdauern. Die Auswirkung dieser Änderungen auf den tatsächlichen und den erwarteten Abschreibungsaufwand im laufenden Jahr und in zukünftigen Jahren stellt sich wie folgt dar:

in Millionen €	2014	2015	2016	2017	2018	ab 2019
Reduzierung (+) / Erhöhung (-) des Abschreibungsaufwands	6,8	6,5	3,2	-5,4	-5,3	-6,2

## (4) Konsolidierungskreis

### (4.1) Allgemeines

Neben der STEAG GmbH werden in den Konzernabschluss alle wesentlichen in- und ausländischen Tochterunternehmen einbezogen, die von der STEAG GmbH unmittelbar oder mittelbar beherrscht werden. Assoziierte Unternehmen sowie Gemeinschaftsunternehmen werden grundsätzlich nach der Equity-Methode bilanziert.

Der Konsolidierungskreis veränderte sich wie folgt:

Anzahl	Inland	Ausland	Gesamt
<b>STEAG GmbH und konsolidierte Tochterunternehmen:</b>			
Stand 31.12.2013:	40	21	61
Erwerbe/Neugründungen	7	2	9
Sonstige Erstkonsolidierungen	-	6	6
Verschmelzungen	1	-	1
Sonstige Abgänge aus dem Konsolidierungskreis	-	1	1
<b>Stand 31.12.2014:</b>	<b>46</b>	<b>28</b>	<b>74</b>
<b>Nach der Equity-Methode bilanzierte Unternehmen:</b>			
Stand 31.12.2013:	11	5	16
Erwerbe/Neugründungen	-	2	2
Verkäufe	-	1	1
Sonstige Abgänge aus dem Konsolidierungskreis	1	-	1
<b>Stand 31.12.2014:</b>	<b>10</b>	<b>6</b>	<b>16</b>
	<b>56</b>	<b>34</b>	<b>90</b>

Erwerbe des laufenden Geschäftsjahres wirken sich nicht wesentlich auf die Bilanz aus.  
Im Berichtsjahr wurde die Crucea North Wind Holding S.R.L. (Rumänien) entkonsolidiert.

### (4.2) Nicht beherrschende Anteile

An den Tochtergesellschaften Iskenderun Enerji Üretim ve Ticaret A.S. (Türkei), STEAG State Power Inc. (Philippinen), Compania Electrica de Sochagota S.A.E.S.P. (Kolumbien) sowie STEAG-EVN Walsum 10 Kraftwerksgesellschaft mbH (Deutschland) bestehen nicht beherrschende Anteile in Höhe von jeweils 49,0 Prozent, die für den STEAG-Konzern wesentlich sind.

Die flüssigen Mittel der Gesellschaften sind überwiegend als Sicherheiten verpfändet, vgl. Anhangziffer (6.8).



Im Folgenden werden zusammengefasste Finanzinformationen für diese Tochterunternehmen dargestellt. Die Finanzinformationen entsprechen den Beträgen auf Basis der Perspektive des einzelnen Tochterunternehmens vor konzerninternen Eliminierungen.

2014	Iskenderun Enerji Üretim ve Ticaret A.S.	STEAG State Power Inc.	Compania Electrica de Sochagota S.A.E.S.P.	STEAG-EVN Walsum 10 Kraftwerks- gesellschaft mbH
<b>in Millionen €</b>				
Langfristiges Vermögen zum 31.12.	259,5	199,5	56,2	1.061,8
Kurzfristiges Vermögen zum 31.12.	371,1	58,3	60,5	209,0
Langfristige Schulden zum 31.12.	82,5	80,0	30,2	531,3
Kurzfristige Schulden zum 31.12.	162,5	31,3	22,0	311,1
<b>Nettovermögen</b>	<b>385,6</b>	<b>146,5</b>	<b>64,5</b>	<b>428,4</b>
Umsatzerlöse	344,1	67,4	42,8	223,9
Ergebnis nach Steuern	49,4	9,1	1,0	18,4
Sonstiges Ergebnis nach Steuern	44,3	20,4	6,7	-18,9
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>93,7</b>	<b>29,5</b>	<b>7,7</b>	<b>-0,5</b>
Nicht beherrschenden Anteilen zugewiesenes Ergebnis nach Steuern	24,2	4,4	0,5	26,9
Nicht beherrschenden Anteilen zugewiesene Dividenden	49,4	22,9	5,7	7,8

2013	Iskenderun Enerji Üretim ve Ticaret A.S.	STEAG State Power Inc.	Compania Electrica de Sochagota S.A.E.S.P.	STEAG-EVN Walsum 10 Kraftwerks- gesellschaft mbH
<b>In Millionen €</b>				
Langfristiges Vermögen zum 31.12.	314,9	179,9	62,9	1.091,4
Kurzfristiges Vermögen zum 31.12.	356,9	55,3	41,1	164,1
Langfristige Schulden zum 31.12.	149,7	45,9	14,4	524,0
Kurzfristige Schulden zum 31.12.	129,4	25,6	21,2	277,9
<b>Nettovermögen</b>	<b>392,7</b>	<b>163,7</b>	<b>68,4</b>	<b>453,6</b>
Umsatzerlöse	376,1	83,8	37,3	5,6
Ergebnis nach Steuern	51,6	17,2	36,3	-1,1
Sonstiges Ergebnis nach Steuern	-17,9	-7,4	-3,5	17,6
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>33,7</b>	<b>9,8</b>	<b>32,8</b>	<b>16,5</b>
Nicht beherrschenden Anteilen zugewiesenes Ergebnis nach Steuern	25,3	8,4	17,8	29,7
Nicht beherrschenden Anteilen zugewiesene Dividenden	59,0	19,6	11,2	-

## (5) Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

### (5.1) Umsatzerlöse

in Millionen €	2014	2013
Erlöse aus dem Verkauf von Gütern	2.719,9	2.508,7
Erlöse aus Dienstleistungen	295,2	291,6
Erlöse aus Finanzierungsleasing	94,6	112,3
Erlöse aus Fertigungsaufträgen	19,3	23,8
	<b>3.129,0</b>	<b>2.936,4</b>

Der Anstieg der **Umsatzerlöse** entfällt fast ausschließlich auf den Verkauf von Gütern in Höhe von 211,2 Millionen € und resultiert im Wesentlichen aus höherem Energieabsatz im Zusammenhang mit dem ersten vollen Betriebsjahr des Kraftwerks **Walsum 10** sowie aus gehandelten Strommengen.

In den Umsatzerlösen sind mit 3,9 Millionen € (Vorjahr: 0,9 Millionen €) unentgeltlich zugeteilte Grünstromzertifikate enthalten.

### (5.2) Sonstige betriebliche Erträge

in Millionen €	2014	2013
Erträge aus der Bewertung von Derivaten (ohne Zinsderivate)	181,5	159,2
Erträge aus Wertaufholungen auf Vermögenswerte	48,6	93,6
Erträge aus Währungsumrechnung monetärer Posten	19,2	13,9
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	<b>6,9</b>	5,4
Erträge aus Versicherungserstattungen	6,1	3,4
Erträge aus der Auflösung von Rechnungsabgrenzungsposten	5,0	4,8
Erträge aus Nebengeschäften	4,2	4,3
Erträge aus Weiterbelastungen	3,7	5,7
Erträge aus Erstattungen von sonstigen Steuern	3,3	6,0
Erträge aus dem Abgang von Vermögenswerten	2,9	4,2
Erträge aus Schiedsverfahren	-	30,2
Übrige Erträge	21,4	15,6
	<b>302,8</b>	346,3

Die Erträge aus Wertaufholungen auf Vermögenswerte beinhalten Wertaufholungen nach IAS 39. Hiervon entfallen 1,4 Millionen € (Vorjahr: 1,4 Millionen €) auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie 0,2 Millionen € (Vorjahr: 0,3 Millionen €) auf Ausleihungen. Des Weiteren werden 0,3 Millionen € sonstige Forderungen (Vorjahr: keine) im Wert aufgeholt.

Der verbleibende Betrag von 46,7 Millionen € (Vorjahr: 91,9 Millionen €) entfällt auf Wertaufholungen des Sachanlagevermögens nach IAS 36.

Diese Wertaufholungen wurden unter anderem aufgrund einer Neueinschätzung einzelner Marktparameter in der Planungsrechnung für das Kraftwerk Walsum 10 vorgenommen. Der erzielbare Betrag entspricht dem Nutzungswert des Kraftwerks.

Die Erträge aus Schiedsverfahren betrafen im Vorjahr die Projektgesellschaft Compañia Electrica de Sochagota S.A.E.S.P. (Kolumbien).

Die Erträge aus dem Abgang von Vermögenswerten enthalten mit 2,7 Millionen € (Vorjahr: 4,1 Millionen €) Erträge aus veräußerten Sachanlagen und Immobilien, die als Finanzinvestition gehalten wurden.

Die übrigen Erträge enthalten mit 1,9 Millionen € (Vorjahr: 1,0 Millionen €) Mieterträge aus Operating-Leasing-Verträgen.

Die Nominalwerte der Forderungen aus künftigen Mindestleasingzahlungen für die als Operating-Leasing-Verträge vermieteten Vermögenswerte haben folgende Fälligkeiten:

in Millionen €	31.12.2014	31.12.2013
Fällig bis 1 Jahr	1,2	0,8
Fällig innerhalb 1 - 5 Jahren	1,4	2,0
Fällig nach über 5 Jahren	-	0,3
	<b>2,6</b>	3,1

### (5.3) Materialaufwand

in Millionen €	2014	2013
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (RHB-Stoffe) sowie für bezogene Waren und Leistungen	2.239,4	2.037,3
Wertminderungen auf RHB-Stoffe und bezogene Waren	4,3	2,3
Wertaufholungen auf wertgeminderte RHB-Stoffe und bezogene Waren	-0,8	-0,7
	<b>2.242,9</b>	2.038,9

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren und Leistungen enthalten im Wesentlichen Aufwendungen für die in den Kraftwerken eingesetzte Kohle sowie Aufwendungen für Strom- und Kohlebezüge aus dem Handelsgeschäft.

#### (5.4) Personalaufwand

in Millionen €	2014	2013
Entgelte	333,9	345,2
Aufwendungen für soziale Abgaben	50,6	49,4
Pensionsaufwendungen	19,7	15,7
Sonstige Personalaufwendungen	1,4	0,9
	<b>405,6</b>	<b>411,2</b>

Der Aufwand für Entgelte ist gegenüber dem Vorjahr um 11,3 Millionen € gesunken. Hierin enthalten sind die Zuführungen zu einer Restrukturierungsrückstellung in Höhe von 29,4 Millionen € (Vorjahr: 47,6 Millionen €), vgl. Anhangziffer (6.12).

Der Nettozinsaufwand aus Pensionen wird im Zinsergebnis ausgewiesen, vgl. Anhangziffer (5.8).

#### (5.5) Abschreibungen und Wertminderungen

In dieser Position sind Abschreibungen enthalten, die die planmäßige Verteilung der Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten auf die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer darstellen. Des Weiteren sind Wertminderungen, die bei Anzeichen eines zusätzlichen Wertminderungsbedarfs festgestellt werden, enthalten.

in Millionen €	2014	2013
Abschreibungen	139,1	99,6
Wertminderungen	65,0	10,8
	<b>204,1</b>	<b>110,4</b>

#### Abschreibungen

Die Abschreibungen verteilen sich auf folgende Gruppen von Vermögenswerten.

in Millionen €	2014	2013
Immaterielle Vermögenswerte	5,1	4,5
Sachanlagen	134,0	95,0
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	0,0	0,1
	<b>139,1</b>	<b>99,6</b>

## Wertminderungen

Die Wertminderungen verteilen sich auf folgende Gruppen von Vermögenswerten.

in Millionen €	2014	2013
<b>Wertminderungen nach IAS 36:</b>	<b>1,5</b>	2,5
Immaterielle Vermögenswerte	-	0,4
Sachanlagen	1,5	2,1
<b>Wertminderungen nach IAS 39:</b>	<b>63,5</b>	<b>8,3</b>
Finanzielle Vermögenswerte	55,5	5,6
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, sonstige Forderungen	8,0	2,7
	65,0	10,8

### (a) Wertminderungen nach IAS 36:

Im aktuellen Geschäftsjahr entfallen die Wertminderungen im Wesentlichen bedingt durch die Aufgabe mehrerer Grubengasstandorte mit 0,7 Millionen € (Vorjahr: 1,0 Millionen €) auf Anlagen zur Verstromung von Grubengas. Des Weiteren wurde ein Biomasseheizkraftwerk mit 0,8 Millionen € (Vorjahr: 0,5 Millionen €) aufgrund geringerer wirtschaftlicher Ertragskraft wertgemindert.

Im Vorjahr betrafen Wertminderungen nach IAS 36 mit 0,4 Millionen € Grubengasnutzungsrechte.

Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes erfolgt auf Basis eines Bewertungsmodells, das den erzielbaren Wert ermittelt, vgl. „Werthaltigkeitsprüfung“ unter Anhangziffer (2.6).

### (b) Wertminderungen nach IAS 39:

in Millionen €	2014	2013
<b>Finanzielle Vermögenswerte</b>	<b>55,5</b>	<b>5,6</b>
Ausleihungen	42,7	3,6
Forderungen aus Finanzierungsleasing	0,4	0,2
Übrige Beteiligungen	12,4	1,8
<b>Forderungen aus Lieferungen und Leistungen</b>	<b>7,9</b>	<b>1,8</b>
<b>Sonstige Forderungen</b>	<b>0,1</b>	<b>0,9</b>
	63,5	8,3

Die Wertminderungen der Ausleihungen betreffen im Wesentlichen mit 32,9 Millionen € die Ausleihung an das Gemeinschaftsunternehmen Arenales Solar PS, S.L. (Spanien) sowie mit 9,6 Millionen € die Ausleihung an eine im Berichtsjahr veräußerte Projektgesellschaft in Brasilien. Ebenfalls stehen die Wertminderungen auf übrige Beteiligungen mit 12,2 Millionen € im Zusammenhang mit dem Rückzug aus dem Projekt in Brasilien.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen aus der Betriebsführung von Kraftwerken wurden um 3,1 Millionen € im Wert gemindert. Weitere 4,0 Millionen € der Wertminderung betreffen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen aus der Verpachtung von Kraftwerken.

**(5.6) Sonstige betriebliche Aufwendungen**

in Millionen €	2014	2013
Aufwand aus der Bewertung von Derivaten (ohne Zinsderivate)	161,1	146,3
Verwaltungsaufwendungen	66,2	63,4
Aufwand aus Währungsumrechnung monetärer Posten	34,2	17,6
Vertriebsaufwendungen	28,4	40,3
<b>Versicherungsbeiträge</b>	21,2	19,3
Mietaufwand aus Leasing Verhältnissen	17,8	16,5
IT-Aufwendungen	11,5	11,1
Verluste aus dem Abgang von Vermögenswerten	8,2	3,9
Aufwand aus sonstigen Steuern	6,9	7,1
Aufwand für Reparaturen und Instandhaltung	3,8	2,9
Aufwand für Patente, Warenzeichen und Lizenzen	1,4	1,2
Übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	47,5	93,1
	<b>408,2</b>	<b>422,7</b>

Der Anstieg der Aufwendungen aus der Bewertung von Derivaten gegenüber dem Vorjahr resultiert insbesondere aus einem gestiegenen Volumen an Derivaten.

Die Verluste aus dem Abgang von Vermögenswerten umfassen 7,9 Millionen € (Vorjahr: 2,9 Millionen €) aus Abgängen immaterieller Vermögenswerte und Sachanlagen sowie 0,3 Millionen € (Vorjahr: 0,3 Millionen €) aus dem Abgang sonstiger Ausleihungen und Forderungen. Im Vorjahr sind Verluste aus dem Abgang von Beteiligungen in Höhe von 0,7 Millionen € entstanden.

In den übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Wesentlichen Aufwendungen für sonstige Fremdleistungen, Zuführungen zu Rückstellungen sowie Aufwendungen für Reisekosten enthalten.

**(5.7) Forschungs- und Entwicklungsausgaben**

Im Geschäftsjahr sind 0,7 Millionen € (Vorjahr: 1,5 Millionen €) Forschungs- und Entwicklungsausgaben angefallen. Der überwiegende Teil ist in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten.

## (5.8) Zinsergebnis

in Millionen €	2014	2013
Zinserträge aus finanziellen Vermögenswerten	8,0	8,4
Zinserträge aus Abzinsung der sonstigen Rückstellungen	-	2,8
Zinsen und ähnliche Erträge aus Zins-Derivaten	0,0	0,1
Sonstige zinsähnliche Erträge	2,4	14,2
<b>Zinserträge</b>	<b>10,4</b>	<b>25,5</b>
Zinsaufwendungen aus Finanzverbindlichkeiten	-39,6	-19,0
Nettozinsaufwand aus Pensionen	-29,3	-28,7
Zinsaufwendungen aus Aufzinsung der sonstigen Rückstellungen	-23,3	-5,9
Zinsaufwendungen aus Finanzierungsleasing	-3,1	-4,0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen aus Zinsderivaten	-0,1	0,0
Sonstige zinsähnliche Aufwendungen	-7,5	-6,4
<b>Zinsaufwendungen</b>	<b>-102,9</b>	<b>-64,0</b>
	<b>-92,5</b>	<b>-38,5</b>

Von den Zinserträgen aus finanziellen Vermögenswerten entfallen 1,9 Millionen € auf das im Berichtsjahr von der STEAG GmbH an die KSBG KG gegebene Aufwärtsdarlehen in Höhe von 150,0 Millionen €, vgl. Anhangziffer (6.5).

In den sonstigen zinsähnlichen Erträgen des Vorjahres ist der Zinsertrag aus den Schiedsverfahren zugunsten der Projektgesellschaft Compania Electrica de Sochagota S.A.E.S.P. (Kolumbien) in Höhe von 13,1 Millionen € enthalten.

Die Zinsaufwendungen aus Finanzverbindlichkeiten resultieren mit 2,5 Millionen € aus den 2014 aufgenommenen Schuldscheindarlehen.

Fremdkapital kosten wurden in Höhe von 2,6 Millionen € (Vorjahr: 21,4 Millionen €) aktiviert.

Der durchschnittliche Finanzierungskostensatz für aktivierte Fremdkapital kosten im STEAG-Konzern beträgt 2,6 Prozent (Vorjahr: keiner).

## (5.9) Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen

in Millionen €	2014	2013
Erträge aus der Equity-Bewertung	7,7	12,0
Aufwendungen aus der Equity-Bewertung	-13,4	-1,4
Wertminderungen	-3,0	-
	<b>-8,7</b>	<b>10,6</b>

Das Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen ist im Wesentlichen geprägt durch das anteilige Ergebnis und die Wertminderung der Anteile an dem Gemeinschaftsunternehmen Arenales Solar PS, S.L (Spanien) in Höhe von insgesamt 15,2 Millionen €

**(5.10) Sonstiges Finanzergebnis**

in Millionen €	2014	2013
Erträge aus übrigen Beteiligungen	5,1	7,2
Gewinne aus dem Verkauf von kurzfristigen Wertpapieren	0,1	0,3
Verluste aus dem Verkauf von kurzfristigen Wertpapieren	-0,4	-0,4
Sonstige finanzielle Erträge	9,4	1,3
Sonstige finanzielle Aufwendungen	-	-5,7
	<b>14,2</b>	<b>2,7</b>

Die sonstigen finanziellen Erträge und Aufwendungen betreffen die Marktwertänderungen der Optionen von Energieverträgen.

**(5.11) Ertragsteuern**

Die Ertragsteuern setzen sich wie folgt zusammen:

in Millionen €	2014	2013
Laufende Ertragsteuern	53,0	54,8
(davon periodenfremd)	(-0,5)	(-0,5)
Latente Steuern	2,0	25,2
(davon periodenfremd)	(-1,6)	(-1,2)
	<b>55,0</b>	<b>80,0</b>

Die steuerliche Überleitungsrechnung zeigt die Entwicklung von den erwarteten zu den effektiven Ertragsteuern der Gewinn- und Verlustrechnung.

Die erwarteten Ertragsteuern basieren auf dem Gesamtsteuersatz von 16,0 Prozent (Vorjahr: 16,0 Prozent). Dieser betrifft die durchschnittliche Gewerbesteuer im Inland. Die effektiven Ertragsteuern schließen die laufenden Ertragsteuern, die Ertragsteuerumlagen und die latenten Steuern ein.

in Millionen €	2014	2013
<b>Ergebnis vor Ertragsteuern</b>	<b>88,5</b>	<b>278,9</b>
Erwartete Ertragsteuern	14,2	44,6
Steuersatzabweichungen/Steuersatzänderungen	19,7	36,3
Änderung der Wertberichtigung von latenten Steuern	1,3	-1,2
Nicht abzugsfähige Aufwendungen	14,1	0,9
Steuerfreie Erträge	-0,6	-13,0
Sonstige	6,3	12,4
<b>Effektive Ertragsteuern</b>	<b>55,0</b>	<b>80,0</b>



Abweichungen aus den erwarteten und den effektiven Ertragsteuern ergeben sich insbesondere durch abweichende Steuersätze im Ausland. In den sonstigen Effekten bilden latente Steuern infolge von Währungsschwankungen bei der Iskenderun Enerji Üretim ve Ticaret A.S. (Türkei) in Höhe von 5,2 Millionen € (Vorjahr: 11,7 Millionen €) den wesentlichen Teil.

(6) Erläuterungen zur Bilanz

(6.1) Immaterielle Vermögenswerte

in Millionen €	Geschäfts- oder Firmenwerte	Sonstige immaterielle Vermögens- werte	Gesamt
<b>Anschaffungs-/Herstellungskosten</b>			
<b>Stand 01.01.2013</b>	45,3	147,3	192,6
Währungsumrechnung	-0,5	-1,3	-1,8
Zugänge Unternehmenserwerbe	14,4	1,2	15,6
Sonstige Zugänge	-	3,9	3,9
Abgänge	-	-14,9	-14,9
Umbuchungen	-	2,1	2,1
<b>Stand 31.12.2013</b>	<b>59,2</b>	<b>138,3</b>	<b>197,5</b>
Währungsumrechnung	0,3	5,0	5,3
Zugänge Unternehmenserwerbe	3,0	12,6	15,6
Sonstige Zugänge	-	9,2	9,2
Abgänge	-	-0,3	-0,3
Umbuchungen	-	3,5	3,5
<b>Stand 31.12.2014</b>	<b>62,5</b>	<b>168,3</b>	<b>230,8</b>
<b>Abschreibungen und Wertminderungen</b>			
<b>Stand 01.01.2013</b>	-	92,1	92,1
Währungsumrechnung	-	-0,4	-0,4
Zugänge Unternehmenserwerbe	-	0,0	0,0
Abschreibungen	-	4,5	4,5
Wertminderungen	-	0,4	0,4
Abgänge	-	-0,6	-0,6
Umbuchungen	-	0,0	0,0
<b>Stand 31.12.2013</b>	<b>-</b>	<b>96,0</b>	<b>96,0</b>
Währungsumrechnung	-	1,2	1,2
Zugänge Unternehmenserwerbe	-	0,0	0,0
Abschreibungen	-	5,1	5,1
Abgänge	-	-0,1	-0,1
Umbuchungen	-	0,0	0,0
<b>Stand 31.12.2014</b>	<b>-</b>	<b>102,2</b>	<b>102,2</b>
<b>Buchwerte 31.12.2013</b>	<b>59,2</b>	<b>42,3</b>	<b>101,5</b>
<b>Buchwerte 31.12.2014</b>	<b>62,5</b>	<b>66,1</b>	<b>128,6</b>

Der ausgewiesene Geschäfts- oder Firmenwert resultiert aus Erwerben von Anteilen an Tochterunternehmen.

Im Geschäftsjahr wurde die STEAG Rüzgar Süloglu Enerji Yatirim Üretim ve Ticaret AS (Türkei) erstmalig in den Konsolidierungskreis einbezogen. Der hieraus entstandene Geschäfts- und Firmenwert in Höhe von 2,3 Millionen € ist dem Geschäftsbereich Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen zuzuordnen. Beim Kauf der Gesellschaft wurden 100,0 Prozent der Anteile zu einem Kaufpreis von 12,0 Millionen € erworben.

Darüber hinaus entfallen die Zugänge auf den Erwerb bzw. die erstmalige Konsolidierung von zwei Gesellschaften des Geschäftsbereichs Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen.

Der Geschäfts- oder Firmenwert ist den CGUs Kraftwirtschaft sowie Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen zugeordnet.

Die Zusammensetzung ist der folgenden Tabelle zu entnehmen:

### Geschäfts- und Firmenwert

in Millionen €	31.12.2014	31.12.2013
Kraftwirtschaft	52,7	52,6
Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen	9,8	6,6
	<b>62,5</b>	59,2

Zum Bilanzstichtag unterliegen von den immateriellen Vermögenswerten 18,4 Millionen € (Vorjahr: 8,9 Millionen €) sonstigen Verfügungsbeschränkungen. Verpflichtungen für den Erwerb immaterieller Vermögenswerte bestanden, wie auch im Vorjahr, keine.

**(6.2) Sachanlagen**

in Millionen €	Grundstücke, grundstücks- gleiche Rechte und Gebäude	Technische Anlagen und Maschinen	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	Gesamt
<b>Anschaffungs-/Herstellungskosten</b>					
<b>Stand 01.01.2013</b>	<b>472,1</b>	<b>3.051,9</b>	<b>127,1</b>	<b>944,3</b>	<b>4.595,4</b>
Währungsumrechnung	-2,4	-2,3	-1,3	-0,1	-6,1
Zugänge Unternehmenserwerbe	-	0,0	0,6	2,5	3,1
Sonstige Zugänge	8,3	185,2	9,5	118,2	321,2
Abgänge	-1,3	-19,6	-6,3	-1,4	-28,6
Umbuchungen	45,1	851,9	0,8	-899,6	-1,8
<b>Stand 31.12.2013</b>	<b>521,8</b>	<b>4.067,1</b>	<b>130,4</b>	<b>163,9</b>	<b>4.883,2</b>
Währungsumrechnung	3,8	2,5	3,3	1,3	10,9
Zugänge Unternehmenserwerbe	2,5	17,5	0,1	6,8	26,9
Sonstige Zugänge	1,9	106,3	9,8	191,3	309,3
Abgänge	-7,0	-13,4	-6,1	-1,2	-27,7
Umbuchungen	5,2	267,9	2,4	-277,7	-2,2
<b>Stand 31.12.2014</b>	<b>528,2</b>	<b>4.447,9</b>	<b>139,9</b>	<b>84,4</b>	<b>5.200,4</b>
<b>Abschreibungen und Wertminderungen</b>					
<b>Stand 01.01.2013</b>	<b>245,2</b>	<b>2.613,1</b>	<b>90,6</b>	<b>242,5</b>	<b>3.191,4</b>
Währungsumrechnung	-0,7	-1,3	-0,8	-	-2,8
Zugänge Unternehmenserwerbe	-	-	0,1	-	0,1
Abschreibungen	13,3	70,9	10,8	-	95,0
Wertminderungen	0,1	1,3	0,5	0,2	2,1
Wertaufholungen	-	-	-	-91,9	-91,9
Abgänge	-1,3	-15,2	-6,1	-0,1	-22,7
Umbuchungen	6,3	142,7	-0,3	-148,7	0,0
<b>Stand 31.12.2013</b>	<b>262,9</b>	<b>2.811,5</b>	<b>94,8</b>	<b>2,0</b>	<b>3.171,2</b>
Währungsumrechnung	0,6	1,3	2,2	-	4,1
Zugänge Unternehmenserwerbe	-	0,0	0,0	-	0,0
Abschreibungen	12,4	110,5	11,1	-	134,0
Wertminderungen	-	0,8	-	0,7	1,5
Wertaufholungen	-1,8	-44,9	-	-	-46,7
Abgänge	-0,5	-5,0	-5,9	-0,7	-12,1
Umbuchungen	0,0	0,1	-0,1	-	0,0
<b>Stand 31.12.2014</b>	<b>273,6</b>	<b>2.874,3</b>	<b>102,1</b>	<b>2,0</b>	<b>3.252,0</b>
<b>Buchwerte 31.12.2013</b>	<b>258,9</b>	<b>1.255,6</b>	<b>35,6</b>	<b>161,9</b>	<b>1.712,0</b>
<b>Buchwerte 31.12.2014</b>	<b>254,6</b>	<b>1.573,6</b>	<b>37,8</b>	<b>82,4</b>	<b>1.948,4</b>

Die Buchwerte, die aufgrund von Finanzierungsleasing-Vereinbarungen angesetzt werden, betragen für Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Gebäude 1,4 Millionen € (Vorjahr: 1,5 Millionen €), für technische Anlagen und Maschinen 31,6 Millionen € (Vorjahr: 38,4 Millionen €) sowie für andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung 1,3 Millionen € (Vorjahr: keine).

Der Buchwert der Sachanlagen, die zur Sicherung eigener Verbindlichkeiten dienen, beträgt 685,7 Millionen € (Vorjahr: 548,1 Millionen €). Zur Absicherung konzernfremder Verbindlichkeiten sind Sachanlagen in Höhe von 15,6 Millionen € (Vorjahr: 18,5 Millionen €) sicherungsübereignet. Des Weiteren unterliegen 653,7 Millionen € (Vorjahr: 508,4 Millionen €) anderen Beschränkungen von Verfügungsrechten. Der Anstieg der als Sicherheit hinterlegten Vermögenswerte betrifft im Wesentlichen die Crucea Wind Farm S.A. (Rumänien).

Verpflichtungen zum Erwerb von Sachanlagen bestehen in Höhe von 53,8 Millionen € (Vorjahr: 128,5 Millionen €).

### (6.3) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

in Millionen €	Grundstücke, grundstücks- gleiche Rechte	Gebäude	Gesamt
<b>An schaffungs-/Herstellungskosten</b>			
<b>Stand 01.01.2013</b>	<b>15,0</b>	<b>4,5</b>	<b>19,5</b>
Sonstige Zugänge	0,0	-	0,0
Abgänge	-0,4	-2,5	-2,9
Umbuchungen	-0,4	-1,1	-1,5
<b>Stand 31.12.2013</b>	<b>14,2</b>	<b>0,9</b>	<b>15,1</b>
Sonstige Zugänge	0,0	-	0,0
Abgänge	-0,2	-0,1	-0,3
<b>Stand 31.12.2014</b>	<b>14,0</b>	<b>0,8</b>	<b>14,8</b>
<b>Abschreibungen und Wertminderungen</b>			
<b>Stand 01.01.2013</b>	<b>0,3</b>	<b>2,9</b>	<b>3,2</b>
Abschreibungen	0,0	0,1	0,1
Abgänge	-	-2,2	-2,2
Umbuchungen	0,0	-0,2	-0,2
<b>Stand 31.12.2013</b>	<b>0,3</b>	<b>0,6</b>	<b>0,9</b>
Abschreibungen	-	0,0	0,0
Abgänge	-	-0,1	-0,1
<b>Stand 31.12.2014</b>	<b>0,3</b>	<b>0,5</b>	<b>0,8</b>
<b>Buchwerte 31.12.2013</b>	<b>13,9</b>	<b>0,3</b>	<b>14,2</b>
<b>Buchwerte 31.12.2014</b>	<b>13,7</b>	<b>0,3</b>	<b>14,0</b>

In den Zugängen sind keine nachträglichen Anschaffungskosten enthalten. Der beizulegende Zeitwert der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien beträgt 19,2 Millionen € (Vorjahr: 20,7 Millionen €).

In der Gewinn- und Verlustrechnung sind direkt zurechenbare betriebliche Aufwendungen für Immobilien, die als Finanzinvestition gehalten werden und Mieteinnahmen erzielen, in Höhe von 0,7 Millionen € (Vorjahr: 0,8 Millionen €) erfasst. Diesen stehen Mieteinnahmen in Höhe von 1,8 Millionen € (Vorjahr: 1,7 Millionen €) gegenüber.

#### (6.4) At Equity bilanzierte Unternehmen

Diese Position umfasst sowohl Anteile an assoziierten Unternehmen als auch an Gemeinschaftsunternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert werden.

Der STEAG-Konzern hält Anteile an einer Reihe von für sich genommen nicht wesentlichen assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen. Der Buchwert der assoziierten Unternehmen beträgt 40,4 Millionen € (Vorjahr: 38,9 Millionen €), der Buchwert der Gemeinschaftsunternehmen 31,2 Millionen € (Vorjahr: 50,2 Millionen €).

Die nachstehende Tabelle zeigt **zusammengefasste** Finanzinformationen aus den letzten verfügbaren Abschlüssen für diese Unternehmen:

in Millionen €	Assoziierte Unternehmen		Gemeinschaftsunternehmen	
	2014	2013	2014	2013
Ergebnis nach Steuern	17,0	17,4	-22,4	6,7
Sonstiges Ergebnis nach Steuern	-0,1	-	-	-
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>16,9</b>	<b>17,4</b>	<b>-22,4</b>	<b>6,7</b>

Zu Gunsten des Gemeinschaftsunternehmens Arenales Solar PS, S.L. (Spanien) hat der STEAG-Konzern gegenüber dem die Gesellschaft finanzierenden Bankenkonsortium eine Bürgschaft mit einer Valuta von 71,3 Millionen € (Vorjahr: 69,0 Millionen €) übernommen.

Des Weiteren besteht eine Eventualschuld aus Eigenkapitaleinzahlungsverpflichtung zu Gunsten der Arenales Solar PS, S.L. (Spanien) in Höhe von 9,4 Millionen €. Im Vorjahr wurde eine Eigenkapitaleinzahlungsverpflichtung in Höhe von 14,1 Millionen € als Bürgschafthaftung ausgewiesen, vgl. Anhangziffer (8.3).

Durch Eintragung einer Grundschuld auf Betriebsgebäude wurden zu Gunsten des Gemeinschaftsunternehmens REG Raffinerie-Energie GmbH & Co. oHG laufende Kreditverträge dieser Gesellschaft besichert, deren Valuta 7,8 Millionen € (Vorjahr: 9,0 Millionen €) beträgt.

## (6.5) Finanzielle Vermögenswerte

in Millionen €	31.12.2014		31.12.2013	
	Gesamt	Davon langfristig	Gesamt	Davon langfristig
Übrige Beteiligungen	46,3	46,3	72,5	72,5
Ausleihungen	175,2	160,7	47,5	34,3
Wertpapiere und wertpapierähnliche Ansprüche	20,0	0,1	51,8	0,1
Forderungen aus Finanzierungsleasing	599,7	448,9	654,9	535,7
Forderungen aus Derivaten	258,4	64,3	165,2	45,3
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	311,0	-	73,2	-
	<b>1.410,6</b>	<b>720,3</b>	<b>1.065,1</b>	<b>687,9</b>

### (a) Übrige Beteiligungen

Übrige Beteiligungen stellen Investitionen in nicht-notierte Eigenkapitaltitel dar und sind mit den Anschaffungskosten bewertet, wenn der beizulegende Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann.

### (b) Ausleihungen

Ausleihungen unterliegen einem Zinsänderungsrisiko, das den beizulegenden Zeitwert oder die zukünftigen Zahlungsströme beeinflussen kann. Sie werden zu Anschaffungskosten bewertet.

Im Geschäftsjahr ist ein Aufwärtsdarlehen an die KSBG KG in Höhe von 150,0 Millionen € begeben worden, vgl. Anhangziffer (7.2). Inklusive der kapitalisierten Zinsen sind 151,9 Millionen € (Vorjahr: keine) in den Ausleihungen gegenüber der KSBG KG enthalten.

Die Risiko- und Altersstruktur der Ausleihungen stellt sich wie folgt dar:

in Millionen €	31.12.2014	31.12.2013
Wertgeminderte Ausleihungen	<b>3,8</b>	<b>4,8</b>
Brutto	48,0	10,0
Wertminderungen	•44,2	-5,2
Nicht wertgeminderte Ausleihungen	171,4	42,7
Noch nicht fällig	171,4	42,7
	<b>175,2</b>	<b>47,5</b>

### (c) Wertpapiere und wertpapierähnliche Ansprüche

Wertpapiere und wertpapierähnliche Ansprüche unterliegen einem Zinsänderungsrisiko, das den beizulegenden Zeitwert oder die zukünftigen Zahlungsströme beeinflussen kann. Sofern keine Marktnotierung vorliegt, werden sie zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Börsennotierte Wertpapiere sind dem Marktpreisrisiko unterworfen.

(d) Forderungen aus Finanzierungsleasing

Die Überleitung der Bruttoinvestitionen auf den Barwert der ausstehenden Mindestleasing Zahlungen sowie deren Fälligkeiten stellen sich wie folgt dar:

in Millionen €	31.12.2014	31.12.2013
<b>Bruttoinvestitionen</b>	<b>1.000,3</b>	<b>1.099,8</b>
(davon nicht garantierte Restwerte)	(•)	(-)
Fällig bis 1 Jahr	230,8	210,2
Fällig innerhalb 1 - 5 Jahren	449,6	553,9
Fällig nach über 5 Jahren	319,9	335,7
Darin enthaltener Zinsanteil	-400,2	-444,6
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>600,1</b>	<b>655,2</b>
Kumulierte Wertminderungen	-0,4	-0,3
<b>Buchwert der Forderungen aus Finanzierungsleasing</b>	<b>599,7</b>	<b>654,9</b>
Abzüglich Barwert der nicht garantierten Restwerte	-	-
<b>Barwert der ausstehenden Mindestleasingzahlungen</b>	<b>599,7</b>	<b>654,9</b>
Fällig bis 1 Jahr	150,8	119,2
Fällig innerhalb 1 - 5 Jahren	289,7	363,4
Fällig nach über 5 Jahren	159,2	172,3

Wie im Vorjahr wurden keine bedingten Leasingzahlungen aus Finanzierungsleasingverträgen vereinnahmt.

In den Forderungen aus Finanzierungsleasing ist mit 295,5 Millionen € (Vorjahr: 339,3 Millionen €) ein Vertrag über die Leistungsvorhaltung des Kraftwerks Iskenderun (Türkei) enthalten. Der Vertrag hat eine Laufzeit von 20 Jahren und endet im November 2019.

Die ursprüngliche Planung für das Kraftwerk Iskenderun sah keine wesentlichen Ergebnisse aus der weiteren Nutzung des Kraftwerks nach Auslaufen des Finanzierungsleasingvertrags vor. Aufgrund der aktuellen Einschätzung wird davon ausgegangen, dass mit positiven Ergebnisbeiträgen aus der weiteren eigenen Nutzung des Kraftwerks bis voraussichtlich zum Jahr 2035 gerechnet werden kann. Auf Basis dieser Einschätzung werden für den Zeitraum von 2020 bis 2035 Nettoerlöse erwartet, deren nicht bilanzierter Barwert am Bilanzstichtag 497,6 Millionen € (Vorjahr: 400,1 Millionen €) beträgt.

Des Weiteren resultieren 175,6 Millionen € (Vorjahr: 156,6 Millionen €) Forderungen aus einem Vertrag über die Leistungsvorhaltung aus dem Kraftwerk Mindanao (Philippinen). Der Vertrag der STEAG State Power Inc. (Philippinen) hat eine Laufzeit von 25 Jahren und endet im November 2031. Mit Ablauf der Vertragslaufzeit geht der Leasinggegenstand auf den Leasingnehmer über.

Darüber hinaus ist in den Forderungen aus Finanzierungsleasing mit 59,3 Millionen € (Vorjahr: 85,5 Millionen €) ein Vertrag über die Verpachtung des STEAG-Raffinerie-Kraftwerks Sachsen-Anhalt enthalten. Der Vertrag von November 1996 hatte ursprünglich eine Laufzeit von zwölf Jahren und wurde bereits im Jahr 2006 um weitere acht Jahre bis November 2014 verlängert. Im Geschäftsjahr wurde ein neuer Vertrag bis November 2016 geschlossen.



In den Forderungen aus Finanzierungsleasing ist mit 60,7 Millionen € (Vorjahr: 63,5 Millionen €) ein Vertrag über die Leistungsvorhaltung des Kraftwerks Termopaipa (Kolumbien) enthalten. Der Vertrag hat eine Laufzeit bis Januar 2019.

(e) Forderungen aus Derivaten

Die Forderungen aus Derivaten teilen sich wie folgt auf.

in Millionen €	31.12.2014	31.12.2013
Forderungen aus Devisenderivaten	65,7	13,8
Forderungen aus Zinsderivaten	0,1	0,2
Forderungen aus Commodityderivaten	192,6	151,2
	<b>258,4</b>	<b>165,2</b>

Die Forderungen aus Zinsderivaten resultieren zu 0,1 Millionen € (Vorjahr: 0,2 Millionen €) aus Zinscaps.

(f) Sonstige finanzielle Vermögenswerte

Unter den finanziellen Vermögenswerten werden Barhinterlegungen für Börsentermingeschäfte (**Margining**) in Höhe von 89,7 Millionen € (Vorjahr: 48,4 Millionen €) ausgewiesen. Des Weiteren sind zum Stichtag positive beizulegende Zeitwerte der Optionen aus Energielieferverträgen in Höhe von 6,6 Millionen € (Vorjahr: keine) enthalten.

(g) Gegebene Sicherheiten

Die Summe der finanziellen Vermögenswerte, die als Sicherheiten für eigene Verbindlichkeiten verpfändet wurden, beträgt 101,4 Millionen € (Vorjahr: 56,6 Millionen €). Des Weiteren unterlagen 228,5 Millionen € (Vorjahr: 175,8 Millionen €) sonstigen Verfügungsbeschränkungen. Der überwiegende Teil der als Sicherheit dienenden Vermögenswerte betrifft im Berichtsjahr die Forderungen aus Finanzierungsleasing der Projektgesellschaften für die Auslandskraftwerke Termopaipa und Mindanao.

Die geleisteten Sicherheiten können nur bei einer dauerhaften Nichterfüllung vertraglicher Pflichten - zum Beispiel ausbleibende Zins- und Tilgungsleistungen oder Unterschreitung vereinbarter Finanzkennzahlen - durch die finanzierenden Banken in Anspruch genommen werden. Eine Inanspruchnahme der gestellten Sicherheiten ist nicht absehbar.

**(6.6) Vorräte**

in Millionen €	31.12.2014	31.12.2013
<b>Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (RHB-Stoffe)</b>	252,5	238,6
Unfertige Erzeugnisse und unfertige Leistungen	19,0	16,0
Fertige Erzeugnisse und Waren	16,1	11,6
	<b>287,6</b>	266,2

Der Anstieg der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe um 13,9 Millionen € gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf einen Anstieg der zum Verbrauch bestimmten Emissionsrechte zurückzuführen. Der Anstieg der fertigen Erzeugnisse und Waren um 4,5 Millionen € beruht auf einem höheren Bestand an Handelswaren im Vergleich zum Vorjahr.

Vorräte in Höhe von 44,1 Millionen € (Vorjahr: 42,9 Millionen €) sind mit ihrem Nettoveräußerungswert angesetzt.

In den Vorräten sind mit 2,6 Millionen € (Vorjahr: 0,5 Millionen €) unentgeltlich zugeteilte Grünstrom Zertifikate enthalten.

In diesem Jahr unterliegen die Vorräte Verfügungsbeschränkungen in Höhe von 10,2 Millionen € (Vorjahr: 6,3 Millionen €).

**(6.7) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, sonstige Forderungen**

in Millionen €	31.12.2014		31.12.2013	
	Gesamt	Davon langfristig	Gesamt	Davon langfristig
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	443,0	-	353,8	-
Forderungen aus Fertigungsaufträgen	2,6	0,2	2,7	0,0
Geleistete Anzahlungen	14,8	-	7,6	-
<b>Übrige</b> sonstige Forderungen	123,4	33,4	182,2	31,7
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	12,7	2,6	11,0	2,2
	<b>596,5</b>	36,2	<b>557,3</b>	<b>33,9</b>

(a) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind Erstattungsansprüche gegenüber Dritten in Höhe von 34,4 Millionen € (Vorjahr: 32,0 Millionen €) aktiviert, die im Zusammenhang mit gebildeten sonstigen Rückstellungen für Abgabeverpflichtungen von Emissionsrechten stehen, vgl. Anhangziffer (6.12).

Die Risiko- und Altersstruktur der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen stellt sich wie folgt dar:

in Millionen €	31.12.2014	31.12.2013*
Wertgeminderte Forderungen	0,0	0,2
Brutto	10,1	4,8
Wertminderungen	-10,1	-4,6
Nicht wertgeminderte Forderungen	<b>443,0</b>	<b>353,6</b>
Noch nicht fällig	422,6	329,3
<b>Überfällig</b>	20,4	24,3
Bis 30 Tage	10,2	11,8
30 bis 60 Tage	3,9	3,6
60 bis 90 Tage	1,7	1,3
Über 90 Tage	4,6	7,6
<b>*Vorjahr angepasst</b>	<b>443,0</b>	<b>353,8</b>

(b) Forderungen aus Fertigungsaufträgen

in Millionen €	31.12.2014	31.12.2013
Angefallene Kosten zzgl. <b>Gewinne/abzgl. Verluste</b>	11,1	19,3
Erhaltene Anzahlungen aus Fertigungsaufträgen	-8,5	-16,6
	<b>2,6</b>	<b>2,7</b>

Im Berichtsjahr wurden von Auftraggebern Anzahlungen in Höhe von 1,8 Millionen € (Vorjahr: 2,5 Millionen €) geleistet, bevor die entsprechende Leistung erbracht wurde.

(c) Übrige sonstige Forderungen

In den übrigen sonstigen Forderungen sind Erstattungsansprüche gegenüber Dritten in Höhe von 36,0 Millionen € (Vorjahr: 32,8 Millionen €) aktiviert, die im Zusammenhang mit gebildeten sonstigen Rückstellungen für Rekultivierung und Umweltschutz und für Abbruchverpflichtungen stehen, vgl. Anhangziffer (6.12).

(d) Gegebene Sicherheiten

Die Summe der Forderungen, die als Sicherheiten für eigene Verbindlichkeiten verpfändet wurden, betrug 2,5 Millionen € (Vorjahr: 0,7 Millionen €).

Des Weiteren unterlagen weitere 56,6 Millionen € (Vorjahr: 41,4 Millionen €) sonstigen Verfügungsbeschränkungen.

### **(6.8) Flüssige Mittel**

Unter den flüssigen Mitteln in Höhe von 686,9 Millionen € (Vorjahr: 576,4 Millionen €) sind Guthaben bei Kreditinstituten sowie Schecks und Kassenbestände erfasst. Weiterhin sind hier hoch liquide Finanztitel mit einer Laufzeit –gerechnet vom Erwerbszeitpunkt - von nicht mehr als drei Monaten enthalten. Der Buchwert der flüssigen Mittel, die als Sicherheiten verpfändet wurden, beträgt 224,8 Millionen € (Vorjahr: 308,0 Millionen €) und betrifft im Wesentlichen die Auslandsprojekte Iskenderun, Mindanao, Termopaipa und Crucea Nord sowie das Kraftwerksprojekt Walsum 10.

### **(6.9) Zur Veräußerung vorgesehene Vermögenswerte**

Im Vorjahr enthielten die zur Veräußerung vorgesehenen Vermögenswerte die Anteile an der Babadağ Elektrik Üretim Sanayi ve Ticaret A.S. (Türkei). Die Veräußerung der Beteiligung wurde im Berichtsjahr abgeschlossen.

### **(6.10) Eigenkapital**

#### **(a) Gezeichnetes Kapital**

Das voll eingezahlte Stammkapital der Gesellschaft beträgt zum Bilanzstichtag unverändert 128.000.000 €.

#### **(b) Kapitalrücklage**

Die Kapitalrücklage der STEAG GmbH enthält Zuzahlungen von Anteilseignern nach § 272 Abs. 2 Nr. 1 und 4 HGB.

#### **(c) Angesammelte Ergebnisse**

Die angesammelten Ergebnisse in Höhe von 243,4 Millionen € (Vorjahr: 548,1 Millionen €) enthalten die im laufenden Geschäftsjahr sowie die in der Vergangenheit erzielten Konzernergebnisse. Das Ergebnis nach Steuern entspricht dem in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Konzernergebnis des laufenden Geschäftsjahres, das den Gesellschaftern der STEAG GmbH zuzurechnen ist. Zum 31. Dezember 2014 belaufen sich die handelsrechtlichen Gewinnrücklagen der STEAG GmbH unverändert auf 272,8 Millionen €. Auf Basis des zwischen der STEAG GmbH und der KSBG KG geschlossenen Gewinnabführungsvertrags wird ein Ergebnis in Höhe von 77,9 Millionen € (Vorjahr: 89,0 Millionen €) abgeführt.

Des Weiteren beinhalten die angesammelten Ergebnisse die Neubewertung der Nettoverpflichtung aus leistungsorientierten Versorgungsplänen nach Steuern.

#### **(d) Angesammelte andere Ergebnisbestandteile**

Die angesammelten anderen Ergebnisbestandteile enthalten Gewinne und Verluste, die nicht über die Gewinn- und Verlustrechnung –also ergebnisneutral - erfasst werden.

Die Rücklage aus Marktwertänderungen der zur Veräußerung verfügbaren Wertpapiere enthält die ergebnisneutral berücksichtigten Auf- und Abwertungen aus voraussichtlich nicht dauerhaften Wertänderungen von Finanzinstrumenten.

In der Rücklage aus Marktwertänderungen von Finanzinstrumenten in Sicherungsbeziehungen sind Nettogewinne oder -Verluste aus der Veränderung des beizulegenden Zeitwerts des effektiven Teils von Cashflow Hedges sowie Hedges of a Net Investment enthalten.

Der Unterschiedsbetrag aus der Währungsumrechnung enthält die Umrechnungsdifferenzen der ausländischen Einzelabschlüsse nach IFRS.

Die Veränderung der angesammelten anderen Ergebnisbestandteile stellt sich wie folgt dar:

in Millionen €	Marktwert- änderungen der zur Veräußerung verfügbaren Wertpapiere	Marktwert- änderungen von Finanz- instrumenten in Sicherungs- beziehungen	Unterschieds- betrag aus der Währungsum- rechnung	At Equity bewertete Unternehmen	Gesamt
<b>Stand 01.01.2013</b>	0,1	45,3	-55,5	-1,7	-11,8
<b>Andere Ergebnisbestandteile nach Steuern:</b>	0,2	9,9	-17,4	1,6	-5,7
Im OCI erfasste Gewinne oder Verluste	0,2	4,9	-17,4	2,4	-9,9
Ergebniswirksame Entnahme	-0,1	0,2	-	-	0,1
Übertragung auf Vermögenswerte oder Schulden	-	9,3	-	-	9,3
Latente Steuern auf andere Ergebnisbestandteile	0,1	-4,5	-	-0,8	-5,2
<b>Stand 31.12.2013</b>	0,3	55,2	-72,9	-0,1	-17,5
<b>Andere Ergebnisbestandteile nach Steuern:</b>	-0,4	-3,4	41,6	-1,6	36,2
Im OCI erfasste Gewinne oder Verluste	-0,7	-9,1	41,6	-2,4	29,4
Ergebniswirksame Entnahme	0,3	2,9	-	-	3,2
Latente Steuern auf andere Ergebnisbestandteile	0,0	2,8	-	0,8	3,6
<b>Stand 31.12.2014</b>	-0,1	51,8	-31,3	-1,7	18,7

(e) Anteile anderer Gesellschafter

Unter den Anteilen anderer Gesellschafter werden die Anteile am gezeichneten Kapital und an den Rücklagen einbezogener Tochterunternehmen ausgewiesen, die nicht den Gesellschaftern der STEAG GmbH zuzurechnen sind.

Die Veränderung des auf die Anteile anderer Gesellschafter entfallenden OCI beträgt 25,5 Millionen € (Vorjahr: minus 5,2 Millionen €) und enthält die Veränderung der angesammelten Ergebnisse sowie der angesammelten anderen Ergebnisbestandteile.

Die Veränderung der angesammelten Ergebnisse beinhaltet mit minus 0,2 Millionen € (Vorjahr: minus 0,1 Millionen €) die Neubewertung der Nettoverpflichtung aus leistungsorientierten Versorgungsplänen nach Steuern.

Die Veränderung der angesammelten anderen Ergebnisbestandteile in den Anteilen anderer Gesellschafter stellt sich wie folgt dar:

in Millionen €	Marktwert- änderungen von Finanz- instrumenten in Sicherungs- beziehungen	Unterschieds- betrag aus der Währungsum- rechnung	Gesamt
<b>Stand 01.01.2013</b>	<b>-29,2</b>	<b>-49,5</b>	<b>-78,7</b>
<b>Andere Ergebnisbestandteile nach Steuern:</b>	<b>8,4</b>	<b>-13,5</b>	<b>-5,1</b>
Im OCI erfasste Gewinne oder Verluste	3,5	-13,5	-10,0
Ergebniswirksame Entnahme	0,1	-	0,1
Übertragung auf Vermögenswerte oder Schulden	8,9	-	8,9
Latente Steuern auf andere Ergebnisbestandteile	-4,1	-	-4,1
<b>Stand 31.12.2013</b>	<b>-20,8</b>	<b>-63,0</b>	<b>-83,8</b>
<b>Andere Ergebnisbestandteile nach Steuern:</b>	<b>-10,0</b>	<b>35,7</b>	<b>25,7</b>
Im OCI erfasste Gewinne oder Verluste	-24,0	35,7	11,7
Ergebniswirksame Entnahme	8,8	-	8,8
Latente Steuern auf andere Ergebnisbestandteile	5,2	-	5,2
<b>Stand 31.12.2014</b>	<b>-30,8</b>	<b>-27,3</b>	<b>-58,1</b>

#### (6.11) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die zum Bilanzstichtag gebildeten Rückstellungen für Pensionen entfielen wie im Vorjahr im Wesentlichen auf inländische Gesellschaften.

Die betriebliche Altersversorgung erfolgt bei inländischen Unternehmen überwiegend auf Basis von Leistungszusagen. Die Leistungszusagen in Deutschland sind im Wesentlichen durch Rückstellungen finanziert.

Die wesentlichen leistungsorientierten Pläne zur betrieblichen Altersversorgung für die inländischen Unternehmen im STEAG-Konzern sind die Ruhegeldordnung, die Leistungsordnung des Bochumer Verbandes (Bochumer Verband alt), die Versorgungsregelung des Bochumer Verbandes für arbeitgeberfinanzierte Versorgungszusagen (Bochumer Verband II - arbeitgeberfinanziert) und die Versorgungsregelung des Bochumer Verbandes - Entgeltumwandlung - (Bochumer Verband II - arbeitnehmerfinanziert).

Die Versorgungsregelungen des Bochumer Verbandes II –arbeitgeber- und arbeitnehmerfinanziert - sind beitragsorientierte Leistungszusagen. Alle Pläne beruhen auf einer Betriebsvereinbarung, und die Finanzierung erfolgt durch den Arbeitgeber; dieser bildet für die Versorgungszusagen Pensionsrückstellungen.

Im Rahmen der Ruhegeldordnung und des Bochumer Verbandes alt wurde den Mitarbeitern im Weg der Direktzusage ein Anspruch auf lebenslanges Altersruhegeld, Dienstunfähigkeitsrente sowie Hinterbliebenenleistungen eingeräumt. Es handelt sich um sogenannte **Endgehaltspläne**, deren Leistungshöhe von dem ruhegeldfähigen Einkommen, der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung und der Zahl der anzurechnenden Dienstjahre abhängt. Die Ruhegeldordnung sowie die Leistungsordnung des Bochumer Verbandes wurden zum 30. Juni 2002 für Neueintritte geschlossen.

Die Ruhegeldordnung gewährt mit Wirkung vom 1. Januar 1982 tariflichen Mitarbeitern eine betriebliche Altersversorgung. Personen mit Eintritt vor dem 1. Januar 1982 haben einen gehaltsdynamischen Besitzstand aus einer früheren Betriebsvereinbarung. Eine Anpassung der laufenden Leistungen wird im Rahmen des §16 Absatz 1 BetrAVG regelmäßig überprüft. Damit ist das Verpflichtungsvolumen der erteilten Versorgungsversprechen auch inflationsabhängig.

Die Leistungsordnung des Bochumer Verbandes alt regelt die betriebliche Altersversorgung für außertarifliche und leitende Mitarbeiter per **Einzelvertrag**. Die Leistungsbeträge der Gruppen werden vom Bochumer Verband auch unter Berücksichtigung der allgemeinen Entwicklung der außertariflichen Gehälter festgesetzt, womit bewertungstechnisch ein Gehaltstrend anzusetzen ist. Die laufenden Leistungen werden vom Verband unter Berücksichtigung der Belange der Leistungsempfänger und der wirtschaftlichen Lage der Mitglieder überprüft und gegebenenfalls nach billigem Ermessen angepasst. Die Höhe der Anpassung der laufenden Leistungen ist mittelbar inflationsabhängig.

Im Rahmen des Bochumer Verbandes II - arbeitgeberfinanziert - sowie des Bochumer Verbandes II - arbeitnehmerfinanziert – wurde tariflichen, außertariflichen sowie leitenden Mitarbeitern auf Basis betrieblicher und tariflicher Regelungen ein Anspruch auf lebenslanges Altersruhegeld, Invalidenrente sowie Hinterbliebenenleistungen erteilt. Für den arbeitgeberfinanzierten Bochumer Verband II erfolgt dies im **Durchführungsweg** der Direktzusage, für den arbeitnehmerfinanzierten Bochumer Verband II im Zuge der Entgeltumwandlung. Die Arbeitgeberbeiträge sowie die vom Mitarbeiter eingebrachten Beträge werden jeweils altersabhängig über Umrechnungsfaktoren gemäß der jeweiligen versicherungsmathematischen Leistungstafel in Rentenbausteine umgerechnet. Die Summe aller bis zum Versorgungsfall erworbenen **Rentenbausteine** ergibt die Höhe der zahlbaren Rente. Die garantierte jährliche Rentenanpassung der laufenden Leistungen in Höhe von 1 Prozent p.a. entbindet den Arbeitgeber von einer zusätzlichen Anpassungsprüfung im Sinn des §16 BetrAVG. Daher ist bewertungstechnisch der Barwert der zugesagten Leistungen nicht inflationsabhängig. Ferner wird in der Bewertung auf den Barwert der nach § 2 Absatz 5a BetrAVG erdienten Leistungen abgestellt, weswegen auch eine Gehaltsabhängigkeit in der Bewertung nicht gegeben ist.

Im arbeitnehmerfinanzierten Bochumer Verband II können Mitarbeiter nach den Regeln der Versorgungsregelung anstelle der lebenslangen Altersrente eine Kapitalauszahlung wählen. Im Gegensatz zur arbeitgeberfinanzierten Zusage Bochumer Verband II erfolgt bei der Entgeltumwandlung keine Hinzurechnung bei Ermittlung einer Invalidenrente.

Bei allen vier oben genannten Plänen besteht eine starke Abhängigkeit des quantifizierten Verpflichtungsvolumens vom anzusetzenden Rechnungszins.

Die Verpflichtungsvolumina bezüglich der Ruhegeldordnung sowie der Leistungszusagen Bochumer Verband alt sind zusätzlich bewertungstechnisch von einem Gehaltstrend und einem Rententrend abhängig, die Verpflichtungsvolumina bezüglich der Zusagen Bochumer Verband II hingegen nicht.

Die Pläne ausländischer Tochtergesellschaften sind aus Konzernsicht lediglich von untergeordneter Bedeutung. Es handelt sich hierbei um Pläne von Tochtergesellschaften in Indien, Polen, auf den Philippinen sowie in der Türkei. Die Leistungszusagen variieren je nach den rechtlichen und wirtschaftlichen Gegebenheiten des jeweiligen Landes, in dem die Unternehmen tätig sind.

Die bei der versicherungsmathematischen Bewertung der Verpflichtungen zugrunde gelegten Prämissen sind als gewichtete Durchschnitte der folgenden Tabelle zu entnehmen:

in%	2014	2013
Rechnungszinssatz zum 31.12.	2,12	3,62
Künftige Entgeltsteigerungen	2,57	2,58
Künftige Rentensteigerungen	2,00	2,00

Die in der Bilanz erfassten Pensionsrückstellungen stellen sich wie folgt dar:

in Millionen €	31.12.2014	31.12.2013
Barwert aller leistungsorientierten Verpflichtungen zum 31.12.	1.091,7	831,0
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens zum 31.12.	6,1	5,0
<b>In der Bilanz erfasste Pensionsrückstellungen</b>	<b>1.085,6</b>	<b>826,0</b>



Der Barwert der leistungsorientierten Verpflichtungen sowie der beizulegende Zeitwert des Planvermögens haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

in Millionen €	Barwert der leistungsorientierten Verpflichtungen	Beizulegender Zeitwert des Planvermögens	Nettoverpflichtung
<b>Stand 01.01.2014</b>	<b>831,0</b>	<b>-5,0</b>	<b>826,0</b>
Laufender Dienstzeitaufwand	19,5	-	19,5
Zinsaufwendungen (+) Zinserträge (-)	29,6	-0,3	29,3
Beiträge der Arbeitnehmer	2,8	-	2,8
Beiträge der Arbeitgeber	-	-0,4	-0,4
Neubewertungen	236,9	0,1	237,0
davon: Erträge aus Planvermögen ohne Zinserträge	-	0,1	0,1
davon: versicherungsmathematische Gewinne (-) / Verluste (+) durch Veränderungen demografischer Annahmen	-0,1	-	-0,1
davon: versicherungsmathematische Gewinne (-) / Verluste (+) durch Veränderungen finanzieller Annahmen	236,6	-	236,6
davon: versicherungsmathematische Gewinne (-) / Verluste (+) durch erfahrungsbedingte Anpassungen	0,4	-	0,4
<b>Nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand</b>	<b>0,0</b>	<b>-</b>	<b>0,0</b>
Gezahlte Leistungen	-32,0	0,1	-31,9
Veränderungen Konsolidierungskreis/Transfer von Mitarbeitern	0,1	-	0,1
<b>Übertragungen</b>	<b>3,2</b>	<b>-</b>	<b>3,2</b>
Währungsumrechnung	0,6	-0,6	0,0
<b>Stand 31.12.2014</b>	<b>1.091,7</b>	<b>-6,1</b>	<b>1.085,6</b>

in Millionen €	Barwert der leistungsorientierten Verpflichtungen	Beizulegender Zeitwert des Planvermögens	Nettoverpflichtung
<b>Stand 01.01.2013</b>	<b>795,3</b>	<b>-4,5</b>	<b>790,8</b>
Laufender Dienstzeitaufwand	18,4	-	18,4
Zinsaufwendungen (+) Zinserträge (-)	29,0	-0,3	28,7
Beiträge der Arbeitnehmer	2,7	-	2,7
Beiträge der Arbeitgeber	-	-0,7	-0,7
Neubewertungen	20,0	-0,1	19,9
davon: Erträge aus Planvermögen ohne Zinserträge	-	-0,1	-0,1
davon: versicherungsmathematische Gewinne (-) / Verluste (+) durch Veränderungen demografischer Annahmen	0,0	-	0,0
davon: versicherungsmathematische Gewinne (-) / Verluste (+) durch Veränderungen finanzieller Annahmen	13,1	-	13,1
davon: versicherungsmathematische Gewinne (-) / Verluste (+) durch erfahrungsbedingte Anpassungen	6,9	-	6,9
<b>Nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand</b>	<b>-2,9</b>	<b>-</b>	<b>-2,9</b>
Gezahlte Leistungen	-30,6	-	-30,6
Veränderungen Konsolidierungskreis/Transfer von Mitarbeitern	0,0	-	0,0
Währungsumrechnung	-0,9	0,6	-0,3
<b>Stand 31.12.2013</b>	<b>831,0</b>	<b>-5,0</b>	<b>826,0</b>

Die Zusammensetzung des mit dem beizulegenden Zeitwert bewerteten Planvermögens stellt sich wie folgt dar:

in Millionen €	31.12.2014			31.12.2013		
	Marktpreisnotierung an einem aktiven Markt	Übrige	Summe	Marktpreisnotierung an einem aktiven Markt	Übrige	Summe
Beteiligungen	1,1	-	1,1	0,4	-	0,4
Anleihen	3,7	-	3,7	3,2	-	3,2
Versicherungsverträge	-	0,7	0,7	-	0,7	0,7
Andere Anlagen	0,6	-	0,6	0,7	-	0,7
	<b>5,4</b>	<b>0,7</b>	<b>6,1</b>	<b>4,3</b>	<b>0,7</b>	<b>5,0</b>

Der wesentliche Teil des Planvermögens betrifft wie im Vorjahr die STEAG State Power Inc. (Philippinen).

Die folgende Sensitivitätsanalyse zeigt die Auswirkungen einer Änderung der wesentlichen Bewertungsparameter auf den Verpflichtungsumfang.

Die gewählten Bandbreiten stellen die Intervalle dar, in denen sich nach Einschätzung der STEAG GmbH eine Veränderung des jeweiligen Parameters bis zum kommenden Bilanzstichtag bewegen kann. Die Auswirkungen wurden dabei isoliert für jeden genannten Bewertungsparameter bestimmt.

Die erwartete Veränderung wurde nach denselben versicherungsmathematischen Verfahren ermittelt, die auch bei der Bewertung zum Bilanzstichtag zur Anwendung kamen. Die ausgewiesenen Effekte sind somit denselben Einschränkungen hinsichtlich der Aussagekraft unterworfen wie die Berechnung des Verpflichtungsumfangs zum Bilanzstichtag. Dies betrifft neben möglichen Abweichungen bei den getroffenen versicherungsmathematischen Annahmen insbesondere die Unsicherheit in Bezug auf die mögliche Laufzeit der Verpflichtungen (Duration). Daher können die gemachten Aussagen nur als Tendenz gesehen werden, nicht als Veränderungen, die mit uneingeschränkter Gewissheit fällig werden.

Veränderung in Millionen €	31.12.2014	31.12.2013
<b>Rechnungszinssatz</b>		
+ 25 Basispunkte	-47,0	-31,1
- 25 Basispunkte	50,3	33,1
<b>Rentenanpassung</b>		
+ 25 Basispunkte	27,1	20,1
- 25 Basispunkte	-25,9	-19,3
<b>Gehaltsdynamik</b>		
+ 50 Basispunkte	14,2	10,2
- 50 Basispunkte	-13,1	-9,4

Für das Jahr 2015 werden Beiträge der Arbeitgeber zum Planvermögen in Höhe von 0,4 Millionen € erwartet.

Die durchschnittliche gewichtete Duration der Pensionsverpflichtung beträgt für den STEAG-Konzern 18 Jahre (Vorjahr: 16 Jahre).

Der Gesamtaufwand für leistungsorientierte Pläne setzt sich wie folgt zusammen:

in Millionen €	2014	2013
Dienstzeitaufwand	19,5	15,5
Nettozinsaufwand	29,3	28,7
<b>Nettopensionsaufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung</b>	<b>48,8</b>	<b>44,2</b>

in Millionen €	2014	2013
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	236,9	20,0
Erträge aus Planvermögen ohne Zinserträge	0,1	-0,1
<b>Im OCI erfasster Aufwand aus der Neubewertung der Nettoverpflichtung aus leistungsorientierten Versorgungsplänen</b>	<b>237,0</b>	<b>19,9</b>

Der Zinsaufwand wird im Zinsergebnis ausgewiesen, vgl. Anhangziffer (5.8). Der Dienstzeitaufwand wird im Personalaufwand erfasst, vgl. Anhangziffer (5.4).

Für beitragsorientierte Pläne wurden 0,2 Millionen € (Vorjahr: 0,2 Millionen €) aufgewandt, die ebenfalls als Personalaufwand (Pensionsaufwendungen) erfasst sind.

Darüber hinaus wurden für beitragsorientierte staatliche Pläne (gesetzliche Rentenversicherung) im In- und Ausland 26,3 Millionen € (Vorjahr: 25,8 Millionen €) aufgewendet. Diese werden auch als Personalaufwand (Aufwendungen für soziale Abgaben) ausgewiesen.

## (6.12) Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen betreffen folgende Positionen:

in Millionen €	31.12.2014		31.12.2013	
	Gesamt	Davon langfristig	Gesamt	Davon langfristig
Personal	70,4	32,4	72,3	33,3
Rekultivierung und Umweltschutz	24,9	14,1	27,0	16,1
Restrukturierung	117,9	96,2	101,7	82,3
Abbruchverpflichtungen	134,0	131,4	110,3	107,6
Abgabeverpflichtungen von Emissionsrechten	106,1	-	76,8	-
Übrige Verpflichtungen	237,1	12,7	267,2	12,8
	<b>690,4</b>	<b>286,8</b>	655,3	<b>252,1</b>

(a) **Personalrückstellungen**

Personalrückstellungen werden unter anderem für Tantiemen und variable Vergütungen, gesetzliche Altersteilzeitregelungen und andere betriebliche Vorruhestandsvereinbarungen, Sozialplanleistungen, Urlaubsrückstände, **Lebensarbeitszeitregelungen** sowie Jubiläumsverpflichtungen gebildet. Die Verpflichtungen führen mehrheitlich im Folgejahr zur Auszahlung.

(b) **Rückstellungen für Rekultivierung und Umweltschutz**

Rückstellungen für Rekultivierung und Umweltschutz werden aufgrund von Verträgen und Gesetzen sowie behördlichen Auflagen gebildet. Sie umfassen Verpflichtungen zur Bodenaufbereitung, zum Gewässerschutz, zur Rekultivierung von Deponien sowie zur **Bodendekontaminierung**. Diese Verpflichtungen haben im Jahr **2014** Zahlungen in Höhe von 0,4 Millionen € ausgelöst. Der größte Teil der Auszahlungen erfolgt erst nach 2019. Den Rückstellungen stehen unter den sonstigen Forderungen aktivierte Erstattungsansprüche in Höhe von 12,6 Millionen € (Vorjahr: 11,5 Millionen €) entgegen, vgl. Anhangziffer (6.7).

(c) **Rückstellungen für Restrukturierung**

**Restrukturierungsrückstellungen** werden auf der Grundlage definierter **Restrukturierungsmaßnahmen** gebildet. Solche Maßnahmen sind als Programm definiert, das von einem Unternehmen geplant und kontrolliert wird und ein Tätigkeitsfeld oder die Art, in der dieses Geschäft geführt wird, wesentlich verändert. **Restrukturierungsrückstellungen** dürfen nur für Aufwendungen gebildet werden, die direkt durch die Restrukturierung entstehen. Hierzu zählen im Wesentlichen Abfindungen, Sozialplan- und Vorruhestandsleistungen sowie Aufwendungen für die Beendigung von Verträgen. Die Rückstellung wird im Wesentlichen zwischen 2016 und 2019 in Anspruch genommen. 2014 erfolgte eine weitere Zuführung zu einer Rückstellung für **Restrukturierungsmaßnahmen**, die die Wettbewerbsfähigkeit im **Hinblick** auf die Veränderungen des Strommarktes sicherstellen soll, über den Personal aufwand in Höhe von 29,4 Millionen € (Vorjahr: 47,6 Millionen €). Auf diese Restrukturierungsrückstellung entfällt ein Zinsaufwand in Höhe von 5,9 Millionen € (Vorjahr: 1,7 Millionen €), vgl. Anhangziffer (5.4) sowie Anhangziffer (5.8).

(d) **Rückstellungen für Abbruchverpflichtungen**

In den Rückstellungen für Abbruchverpflichtungen werden die Sachverhalte berücksichtigt, die nicht Teil eines **Restrukturierungsprogramms** sind. Es handelt sich fast vollständig um langfristige Rückstellungen. Der überwiegende Teil der Auszahlungen erfolgt erst nach 2019. Unter den sonstigen Forderungen stehen den Rückstellungen aktivierte Erstattungsansprüche in Höhe von 23,4 Millionen € (Vorjahr: 21,3 Millionen €) entgegen, vgl. Anhangziffer (6.7).

(e) **Rückstellungen für Abgabeverpflichtungen von Emissionsrechten**

Die Rückstellungen für Abgabeverpflichtungen von Emissionsrechten wurden auf Basis des § 7 Abs. 1 des **Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes (TEHG)** gebildet. Dieser verpflichtet die betroffenen Unternehmen, bis zum 30. April des Folgejahres die Anzahl von Emissionsrechten abzugeben, die den verursachten Emissionen des vorangegangenen Kalenderjahres entspricht. Die Rückstellungen werden im Folgejahr in Anspruch genommen. Unter den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind gegenläufige Erstattungsansprüche zu den Abgabeverpflichtungen aus Vereinbarungen mit Stromkunden in Höhe von 34,4 Millionen € (Vorjahr: 32,0 Millionen €) aktiviert worden, vgl. Anhangziffer (6.7).

(f) Rückstellungen für übrige Verpflichtungen

Die Rückstellungen für übrige Verpflichtungen betreffen unter anderem Preisnachlässe und Preisanpassungsrisiken für Absatz und Beschaffung, Verpflichtungen aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), bezogene Lieferungen und Leistungen, für die noch keine Rechnungen vorliegen, sonstige Steuern, Prozessrisiken, Rechts- und Beratungskosten sowie Prüfungsaufwendungen. Der überwiegende Anteil dieser Rückstellungen wird im Folgejahr in Anspruch genommen, der übrige Teil führt zwischen 2016 und 2019 zu Auszahlungen. Für Prozessaufwendungen und eine bereits erhaltene Vertragserfüllungsbürgschaft im Zusammenhang mit dem Projekt Walsum 10 wurden 129,8 Millionen € (Vorjahr: 129,6 Millionen €) zurückgestellt.

Die sonstigen Rückstellungen haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

in Millionen €	Personal	Rekultivierung, Umweltschutz	Restrukturierung	Abbruchverpflichtungen	Abgabeverpflichtungen von Emissionsrechten	Übrige Verpflichtungen	Gesamt
<b>Stand 01.01.2014</b>	<b>72,3</b>	<b>27,0</b>	<b>101,7</b>	<b>110,3</b>	<b>76,8</b>	<b>267,2</b>	<b>655,3</b>
Zuführungen	35,0	2,2	29,4	5,9	106,1	79,5	258,1
Inanspruchnahmen	-38,7	-0,4	-15,5	-0,1	-76,7	-100,3	-231,7
Auflösungen	-2,4	0,0	-0,7	-1,9	-0,1	-10,1	-15,2
Aufzinsung/Zinssatzänderung	3,6	1,8	6,2	11,5	-	1,1	24,2
Übrige Bewegungen	0,6	-5,7	-3,2	8,3	0,0	-0,3	-0,3
<b>Stand 31.12.2014</b>	<b>70,4</b>	<b>24,9</b>	<b>117,9</b>	<b>134,0</b>	<b>106,1</b>	<b>237,1</b>	<b>690,4</b>

**(6.13) Finanzielle Verbindlichkeiten**

in Millionen €	31.12.2014		31.12.2013	
	Gesamt	Davon langfristig	Gesamt	Davon langfristig
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.346,2	1.145,6	824,5	676,6
Kredite von Nichtbanken	48,0	47,1	14,5	14,0
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	34,8	30,4	38,0	34,1
Verbindlichkeiten aus Derivaten	317,7	137,5	220,2	88,9
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	128,3	12,9	121,8	5,2
	<b>1.875,0</b>	<b>1.373,5</b>	<b>1.219,0</b>	<b>818,8</b>

(a) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ist als größte Position die Finanzierung des Kraftwerkprojekts Walsum 10 in Höhe von 453,6 Millionen € (Vorjahr: 489,9 Millionen €) enthalten. Die Kreditgeber werden in der Betriebsphase durch Grundpfandrechte, Pfandrechte an Projektanteilen sowie Zessionsrechte an künftigen Forderungen gesichert.

Des Weiteren wurden im Geschäftsjahr Schuldscheindarlehen der STEAG GmbH in Höhe von insgesamt 400,0 Millionen € aufgenommen, vgl. Anhangziffer (7.3). Davon waren 366,0 Millionen € Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Zum Geschäftsjahresende belaufen sich die Finanzverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aus den Schuldscheindarlehen auf 365,9 Millionen €.

Die Projektfinanzierungen für die Auslandskraftwerke Iskenderun in Höhe von 146,6 Millionen € (Vorjahr: 202,9 Millionen €), Mindanao in Höhe von 68,3 Millionen € (Vorjahr: 35,8 Millionen €) sowie Termopaipa in Höhe von 27,3 Millionen € (Vorjahr: 16,7 Millionen €) befinden sich in der fortgeschrittenen Tilgungsphase.

Die Kreditsicherung der drei Auslandskraftwerke erfolgt ausschließlich über die Gesellschaften selbst als sogenannte non-recourse Finanzierung.

Als wesentliche neue Projektfinanzierungen im Geschäftsjahr wurden für die Windenergieprojekte Crucea Nord 92,4 Millionen € und Ullersdorf 67,7 Millionen € aufgenommen.

Variabel verzinsliche Verbindlichkeiten unterliegen einem Zinsänderungsrisiko. Diese Risiken können die zukünftigen Zahlungsströme beeinflussen.

(b) Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing

Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasingverträgen werden bilanziert, wenn die geleasteten Vermögenswerte als wirtschaftliches Eigentum des STEAG-Konzerns unter den Sachanlagen aktiviert sind.

Die Überleitung der künftigen **Mindestleasingzahlungen** zu ihren Barwerten sowie deren Fälligkeiten stellen sich wie folgt dar:

in Millionen €	31.12.2014	31.12.2013
<b>Künftige Mindestleasingzahlungen</b>	<b>48,7</b>	55,1
Fällig bis 1 Jahr	7,3	7,0
Fällig innerhalb 1 - 5 Jahren	25,5	27,4
Fällig nach über 5 Jahren	15,9	20,7
Darin enthaltener Zinsanteil	-13,9	-17,1
<b>Barwert der künftigen Mindestleasingzahlungen (Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing)</b>	<b>34,8</b>	<b>38,0</b>
Fällig bis 1 Jahr	4,4	3,9
Fällig innerhalb 1 - 5 Jahren	17,4	18,1
Fällig nach über 5 Jahren	13,0	16,0

Die Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasingverträgen betreffen im Wesentlichen mit 22,6 Millionen € (Vorjahr: 28,1 Millionen €) die Anmietung von Blockheizkraftwerken sowie mit 7,8 Millionen € (Vorjahr: 9,5 Millionen €) gepachtete Fernwärmeschienen.

**(c) Verbindlichkeiten aus Derivaten**

Die Verbindlichkeiten aus Derivaten teilen sich wie folgt auf:

in Millionen €	31.12.2014	31.12.2013
Verbindlichkeiten aus Devisenderivaten	41,9	26,6
Verbindlichkeiten aus Zinsderivaten	105,9	69,4
Verbindlichkeiten aus <b>Commodityderivaten</b>	169,9	124,2
	<b>317,7</b>	<b>220,2</b>

**(d) Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten**

In den sonstigen finanziellen Verbindlichkeiten werden im Geschäftsjahr Verbindlichkeiten aus dem Gewinnabführungsvertrag einschließlich der **Steuerumlage** an die KSBG KG in Höhe von 86,0 Millionen € (Vorjahr: 96,0 Millionen €) ausgewiesen. Im Vorjahr waren in den finanziellen Verbindlichkeiten negative beizulegende Zeitwerte der Optionen aus Energieverträgen in Höhe von 2,6 Millionen € enthalten.

Es werden negative Marktwerte aus schwebenden Grundgeschäften in Höhe von 24,6 Millionen € (Vorjahr: 8,8 Millionen €) ausgewiesen, die im Rahmen von Fair Value Hedges bilanziert werden.

**(6.14) Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, sonstige Verbindlichkeiten**

in Millionen €	31.12.2014		31.12.2013	
	Gesamt	Davon langfristig	Gesamt	Davon langfristig
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	357,2	-	278,0	-
Verbindlichkeiten aus Fertigungsaufträgen	5,5	5,3	8,3	7,6
Erhaltene Kundenanzahlungen	150,0	77,0	118,0	75,6
Übrige sonstige Verbindlichkeiten	56,4	3,9	49,3	5,3
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	38,8	28,0	37,6	30,7
	607,9	114,2	491,2	119,2

Die erhaltenen Kundenanzahlungen beinhalten erhaltene Anzahlungen auf künftige Stromlieferungen in Höhe von 115,1 Millionen € (Vorjahr: 95,4 Millionen €).

Die Verbindlichkeiten aus Fertigungsaufträgen entstehen aus Vorauszahlungen auf langfristige Aufträge und setzen sich zusammen aus folgenden Positionen:

in Millionen €	31.12.2014	31.12.2013
Angefallene Kosten zzgl. Gewinne/abzgl. Verluste	•30,0	-16,8
Erhaltene Anzahlungen aus Fertigungsaufträgen	35,5	25,1
	5,5	8,3

**(6.15) Latente Steuern, laufende Ertragsteuern**

Die in der Bilanz ausgewiesenen latenten Steuern und laufenden Ertragsteuern verteilen sich auf folgende Fristigkeiten:

in Millionen €	31.12.2014		31.12.2013	
	Gesamt	Davon langfristig	Gesamt	Davon langfristig
Aktive latente Steuern	186,8	138,9	151,1	81,9
Laufende Ertragsteueransprüche	26,3	7,0	24,8	10,3
Passive latente Steuern	70,5	35,5	71,7	42,6
Laufende Ertragsteuerschulden	49,6	-	39,0	-

Die kurzfristigen Elemente der latenten Steuern werden in Übereinstimmung mit IAS 1 in der Bilanz unter den langfristigen Vermögenswerten bzw. Schulden ausgewiesen.



Latente Steuern entfallen auf nachstehende Bilanzposten und Sachverhalte:

in Millionen €	Aktive latente Steuern		Passive latente Steuern	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Vermögenswerte				
Immaterielle Vermögenswerte	0,7	0,6	8,9	5,8
<b>Sachanlagen</b> , als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	141,8	166,2	33,5	34,7
Finanzielle Vermögenswerte	4,7	2,9	193,5	187,7
Vonäte	6,3	2,9	2,4	1,2
Forderungen, sonstige Vermögenswerte	3,3	8,1	8,1	10,8
Schulden				
Rückstellungen	129,5	81,3	3,9	3,5
Verbindlichkeiten	80,3	57,6	3,2	3,2
Sonderposten mit Rücklageanteil (nach nationalem Recht)	-	-	2,2	3,3
Verlustvorräge	8,8	14,0	-	-
Sonstige	0,5	0,1	0,5	0,3
<b>Latente Steuern (brutto)</b>	<b>375,9</b>	<b>333,7</b>	<b>256,2</b>	<b>250,5</b>
Wertberichtigungen	-3,4	-3,8	0,0	0,0
Saldierungen	-185,7	-178,8	-185,7	-178,8
<b>Latente Steuern (netto)</b>	<b>186,8</b>	<b>151,1</b>	<b>70,5</b>	<b>71,7</b>

Bei Gesellschaften mit steuerlichen Verlustvorrägen wurden aktive latente Steuern in Höhe von 8,8 Millionen € (Vorjahr: 14,0 Millionen €) angesetzt, da in der Zukunft mit ausreichend zu versteuernden Einkommen gerechnet wird.

Ergänzend zu den mit latenten Steuern belegten steuerlichen Verlustvorrägen bestehen nicht nutzbare und nicht mit latenten Steuern belegte Verlustvorräge. Diese und deren Verfallszeiten können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

in Millionen €	Körperschaftsteuer (in- und Ausland)		Lokale Steuer (In- und Ausland)	
	2014	2013	2014	2013
Verlustvorräge nach Verfallszeiten, unbegrenzt	22,1	41,4	21,6	35,8
	<b>22,1</b>	<b>41,4</b>	<b>21,6</b>	<b>35,8</b>

Für temporäre Differenzen zwischen dem Nettovermögen und dem steuerlichen Buchwert von Tochtergesellschaften (Outside Basis Differences) in Höhe von 103,4 Millionen € (Vorjahr: 136,1 Millionen €) wurden passive latente Steuern nicht gebildet. Bei Ausschüttung oder Beteiligungsveräußerungen würden die Gewinne zu 5 Prozent der deutschen Besteuerung zu unterwerfen sein; gegebenenfalls würden ausländische Quellensteuern anfallen.

Darüber hinaus wären bei Ausschüttung der Gewinne einer Tochtergesellschaft an eine Zwischenholding gegebenenfalls weitere ertragsteuerliche Konsequenzen zu beachten. Ausschüttungen und Veräußerungen würden deshalb in der Regel zu einem zusätzlichen Steueraufwand führen. Die Ermittlung der latenten Steuern auf diese zu versteuernden temporären Differenzen wäre mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand verbunden.

## (7) Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung stellt die zahlungswirksamen Veränderungen der Finanzmittel des STEAG-Konzerns im Laufe der Berichtsperiode dar. Sie ist nach den Zahlungsströmen (Cashflows) aus laufender Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit gegliedert. Die Auswirkungen aufgrund von Veränderungen des Konsolidierungskreises wurden eliminiert.

Gezahlte Zinsen sowie erhaltene Zinsen und Dividenden werden der laufenden Geschäftstätigkeit, gezahlte Dividenden bzw. Ergebnisabführungen der Finanzierungstätigkeit zugerechnet.

### (7.1) Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit wird nach der indirekten Methode ermittelt. Das Ergebnis vor Finanzergebnis und Ertragsteuern der fortgeführten Aktivitäten wird um Auswirkungen nicht zahlungswirksamer Aufwendungen und Erträge sowie um Posten, die der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind, bereinigt. Des Weiteren werden bestimmte Veränderungssalden der Bilanz ermittelt und diesem Ergebnis hinzugerechnet.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit lag mit 392,7 Millionen € unter dem Vorjahreswert von 472,2 Millionen € im Vorjahr wurde der Cashflow aus operativer Tätigkeit insbesondere durch den Zufluss flüssiger Mittel aus der Ziehung einer Vertragserfüllungsbürgschaft im Zusammenhang mit dem Kraftwerksprojekt Walsum 10 erhöht.

### (7.2) Cashflow aus Investitionstätigkeit

In den Ein- und Auszahlungen aus der Veräußerung bzw. dem Erwerb von Unternehmensbeteiligungen sind unter anderem enthalten:

Die Summe der Kaufpreise für den Anteilserwerb der erstmals in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen betrug im laufenden Geschäftsjahr 1,7 Millionen € (Vorjahr: 10,3 Millionen €). Hiervon sind 1,7 Millionen € (Vorjahr: 10,3 Millionen €) zahlungswirksam abgeflossen. Mit den im Geschäftsjahr erstmals einbezogenen Tochterunternehmen wurden 2,8 Millionen € (Vorjahr: 0,2 Millionen €) flüssige Mittel erworben.

Des Weiteren sind in den Auszahlungen für Investitionen für Unternehmensbeteiligungen im Wesentlichen die geleistete Kaufpreiszahlung für in 2012 erworbene Anteile der Crucea Wind Farm S.A. (Rumänien) und Einzahlungen in die Kapitalrücklage der Arenales Solar PS, S.L. (Spanien) enthalten.

Es gab keine wesentlichen Verkäufe von Tochterunternehmen im laufenden Geschäftsjahr.

Die Auszahlungen für Wertpapiere, Geldanlagen und Ausleihungen sind geprägt durch die Begebung eines Aufwärtsdarlehens an die KSBG KG in Höhe von 150,0 Millionen €

### **(7.3) Cashflow aus Finanzierungstätigkeit**

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit ist im Berichtsjahr geprägt durch die Aufnahme von Schuldscheindarlehen der STEAG GmbH in Höhe von 400,0 Millionen €. Ein Teil hiervon in Höhe von 150,0 Millionen € wurde als Aufwärtsdarlehen an die KSBG KG weitergereicht, vgl. Anhangziffer (7.2). Ebenso beeinflussten Aufnahmen und Tilgungen von Projektfinanzierungen den Cashflow aus Finanzierungstätigkeit. Wesentliche Aufnahmen und Refinanzierungen im Geschäftsjahr erfolgten durch die Crucea Wind Farm S.A. (Rumänien), die STEAG Windpark Ullersdorf GmbH & Co. KG, die STEAG State Power Inc. (Philippinen), die Compania Electrica de Sochagota S.A.E.S.P. (Kolumbien), die A4E2 SAS (Frankreich) und die STEAG Rüzgar Süloğlu Enerji Yatirim Üretim ve Ticaret AS (Türkei). im Vorjahr hat im Wesentlichen eine Refinanzierungsmaßnahme der Iskenderun Enerji Üretim ve Ticaret A.S. (Türkei) sowohl die Aufnahmen als auch die Tilgung der Finanzschulden stark anwachsen lassen.

## (8) Weitere Angaben

### (8.1) Zusätzliche Informationen über Finanzinstrumente

#### Nettoergebnisse der Finanzinstrumente

Die in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Erträge und Aufwendungen bzw. Gewinne und Verluste aus Finanzinstrumenten sind als Nettoergebnis je Bewertungskategorie des IAS 39 darzustellen.

in Millionen €	Ergebnis je Bewertungskategorie				2014
	Zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte	Ausleihungen und Forderungen	Zu Handelszwecken gehalten (nur Derivate)	Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten	
Ergebnis aus dem Abgang	0,1	-0,1	-	-	0,0
Ergebnis aus Bewertungen	-	-	20,4	-	20,4
Wertminderungen/Wertaufholungen	-12,4	-49,1	-	-	•61,5
Zinsergebnis	0,2	7,8	-0,1	-42,2	-34,3
Ergebnis aus übrigen Beteiligungen	5,2	-	-	-	5,2
Sonstiges finanzielles Ergebnis	-	-	9,4	-	9,4
	<b>-6,9</b>	<b>-41,4</b>	<b>29,7</b>	<b>-42,2</b>	<b>-60,8</b>

in Millionen €	Ergebnis je Bewertungskategorie				2013
	Zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte	Ausleihungen und Forderungen	Zu Handelszwecken gehalten (nur Derivate)	Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten	
Ergebnis aus dem Abgang	-0,7	-0,1	-	-	-0,8
Ergebnis aus Bewertungen	-	-	12,9	-	12,9
Wertminderungen/Wertaufholungen	-1,8	-3,8	-	-	-5,6
Zinsergebnis	0,7	7,8	0,0	-40,4	-31,9
Ergebnis aus übrigen Beteiligungen	7,2	-	-	-	7,2
Sonstiges finanzielles Ergebnis	-	-	-4,4	-	-4,4
	<b>5,4</b>	<b>3,9</b>	<b>8,5</b>	<b>-40,4</b>	<b>-22,6</b>

Bei den zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten wurden im Berichtsjahr Wertänderungen in Höhe von minus 0,7 Millionen € (Vorjahr: 0,2 Millionen €) erfolgsneutral im OCI erfasst. Es wurden 0,3 Millionen € Gewinne oder Verluste aus dem OCI (Vorjahr: minus 0,1 Millionen €) erfolgswirksam umgegliedert.

Die Position „Ergebnis aus Bewertung von Derivaten“ beinhaltet nicht die Ergebnisse aus derivativen Finanzinstrumenten, die im Rahmen des Hedge Accounting bilanziert werden.

Auf Finanzinstrumente, die nicht der Kategorie „zu Handelszwecken gehalten“ zugeordnet werden, entfallen Zinserträge in Höhe von 8,0 Millionen € (Vorjahr: 8,5 Millionen €) und Zinsaufwendungen in Höhe von 42,7 Millionen € (Vorjahr: 23,0 Millionen €). Die Zinsaufwendungen beinhalten im Übrigen die Zinsaufwendungen aus Finanzierungsleasing. Des Weiteren enthält das Zinsergebnis keine Zinserträge aus dem wertgeminderten Teil von finanziellen Vermögenswerten bzw. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

### Buchwerte und beizulegende Zeitwerte der Finanzinstrumente

Finanzinstrumente, die in den Anwendungsbereich des IFRS 7 fallen, sind entsprechend ihrer zugrunde liegenden Charakteristika in Gruppen (Klassen) zusammenzufassen. Im STEAG-Konzern orientieren sich die Klassen an der bestehenden Untergliederung der Bilanzposten. Die Buchwerte der Klassen sind je Bewertungskategorie des IAS 39 darzustellen und werden auf die Buchwerte der Bilanzposten übergeleitet. Keiner Bewertungskategorie zugeordnete Finanzinstrumente werden gesondert dargestellt. Zusätzlich werden die beizulegenden Zeitwerte der Klassen zum Bilanzstichtag ausgewiesen. Der Buchwert der finanziellen Vermögenswerte stellt gleichzeitig das maximale Ausfallrisiko dar.

Die folgenden Übersichten zeigen die Überleitung der finanziellen Vermögenswerte:

in Millionen €	Ergebnis je Bewertungskategorie				31.12.2014	
	Zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte	Ausleihungen und Forderungen	Zu Handelszwecken gehaltene Vermögenswerte	Keiner Kategorie zugeordnet	Buchwert	Beizulegender Zeitwert
<b>Finanzielle Vermögenswerte</b>	<b>66,3</b>	<b>320,6</b>	<b>282,6</b>	<b>741,1</b>	<b>1.410,6</b>	<b>2.153,6</b>
Übrige Beteiligungen	46,3	-	-	-	46,3	-
Ausleihungen	-	175,2	-	-	175,2	250,5
Wertpapiere und wertpapierähnliche Ansprüche	20,0	-	-	-	20,0	20,0
Forderungen aus Finanzierungsleasing	-	-	-	599,7	599,7	1.313,7
Forderungen aus Derivaten	-	-	117,0	141,4	258,4	258,4
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	-	145,4	165,6	-	311,0	311,0
<b>Forderungen aus Lieferungen und Leistungen</b>	<b>-</b>	<b>443,0</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>443,0</b>	<b>443,0</b>
<b>Flüssige Mittel</b>	<b>-</b>	<b>686,9</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>686,9</b>	<b>686,9</b>
	<b>66,3</b>	<b>1.450,5</b>	<b>282,6</b>	<b>741,1</b>	<b>2.540,5</b>	<b>3.283,5</b>

in Millionen €	Ergebnis je Bewertungskategorie				31.12.2013	
	Zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte	Ausleihungen und Forderungen	Zu Handelszwecken gehaltene Vermögenswerte	Keiner Kategorie zugeordnet	Buchwert	Beizulegender Zeitwert
<b>Finanzielle Vermögenswerte</b>	<b>124,3</b>	70,8	<b>144,2</b>	<b>725,8</b>	<b>1.065,1</b>	1.682,5
Übrige Beteiligungen	72,5	-	-	-	72,5	-
Ausleihungen	-	47,5	-	-	47,5	47,5
Wertpapiere und wertpapierähnliche Ansprüche	51,8	-	-	-	51,8	51,8
Forderungen aus Finanzierungsleasing	-	-	-	654,9	654,9	1.344,8
Forderungen aus Derivaten	-	-	94,9	70,3	165,2	165,2
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	-	23,3	49,3	0,6	73,2	73,2
<b>Forderungen aus Lieferungen und Leistungen</b>	-	<b>353,8</b>	-	-	<b>353,8</b>	<b>353,8</b>
<b>Flüssige Mittel</b>	-	<b>576,4</b>	-	-	<b>576,4</b>	<b>576,4</b>
	<b>124,3</b>	<b>1.001,0</b>	<b>144,2</b>	725,8	<b>1.995,3</b>	<b>2.612,7</b>

Die folgenden Übersichten zeigen die Überleitung der finanziellen Verbindlichkeiten:

in Millionen €	Ergebnis je Bewertungskategorie			31.12.2014	
	Zu Handelszwecken gehaltene Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten	Keiner Kategorie zugeordnet	Buchwert	Beizulegender Zeitwert
<b>Finanzielle Verbindlichkeiten</b>	<b>113,5</b>	<b>1.497,8</b>	263,7	<b>1.875,0</b>	<b>2.016,0</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-	1.346,2	-	1.346,2	1.482,6
Kredite von Nichtbanken	-	48,0	-	48,0	48,4
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	-	-	34,8	34,8	39,0
Verbindlichkeiten aus Derivaten	<b>113,5</b>	-	204,2	317,7	317,7
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	-	103,6	24,7	128,3	128,3
<b>Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen</b>	-	<b>357,2</b>	-	<b>357,2</b>	<b>357,2</b>
	<b>113,5</b>	<b>1.855,0</b>	<b>263,7</b>	2.232,2	<b>2.373,2</b>

in Millionen €	Ergebnis je Bewertungskategorie			31.12.2013	
	Zu Handelszwecken gehaltene Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten	Keiner Kategorie zugeordnet	Buchwert	Beizulegender Zeitwert
<b>Finanzielle Verbindlichkeiten</b>	<b>94,4</b>	<b>949,4</b>	175,2	<b>1.219,0</b>	1.235,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-	824,5	-	824,5	833,3
Kredite von Nichtbanken	-	14,5	-	14,5	15,1
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	-	-	38,0	38,0	45,1
Verbindlichkeiten aus Derivaten	91,8	-	128,4	220,2	220,2
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	<b>2,6</b>	110,4	8,8	121,8	121,8
<b>Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen</b>	-	<b>278,0</b>	-	<b>278,0</b>	278,0
	<b>94,4</b>	<b>1.227,4</b>	<b>175,2</b>	<b>1.497,0</b>	1.513,5

Der Teil der derivativen Finanzinstrumente sowie der sonstigen finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, der im Rahmen des Hedge Accounting bilanziert ist, ist keiner Kategorie des IAS 39 zugeordnet.

Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Finanzinstrumenten, die in der Bilanz mit ihrem beizulegenden Zeitwert erfasst werden, erfolgt auf Grundlage der für die Bewertung verwendeten Daten nach einer dreistufigen Hierarchie:

- Stufe 1: Börsen- oder Marktpreis auf einem aktiven und zugänglichen Markt.
- Stufe 2: Börsen- oder Marktpreis für ähnliche Finanzinstrumente auf einem aktiven Markt oder für identische oder ähnliche Finanzinstrumente auf einem inaktiven Markt oder andere Inputfaktoren als Marktpreisnotierungen, bei denen die angewandten Parameter auf beobachtbaren Marktdaten basieren.
- Stufe 3: Bewertungstechniken, bei denen die angewandten Parameter nicht auf beobachtbaren Marktdaten basieren.

In der Berichtsperiode gab es keine Umgruppierungen zwischen Stufe 1 und Stufe 2 der Bewertungshierarchie.

Die folgende Tabelle zeigt die Zuordnung der beizulegenden Zeitwerte zu den Stufen der Hierarchie:

in Millionen €	Beizulegende Zeitwerte der Finanzinstrumente, ermittelt nach			31.12.2014
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	
<b>Finanzielle Vermögenswerte</b>	<b>179,0</b>	<b>258,4</b>	6,6	<b>444,0</b>
Wertpapiere und wertpapierähnliche Ansprüche	20,0	-	-	20,0
Forderungen aus Derivaten	-	258,4	-	258,4
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	<b>159,0</b>	-	6,6	165,6
<b>Finanzielle Verbindlichkeiten</b>	-	<b>317,7</b>	-	317,7
Verbindlichkeiten aus Derivaten	-	317,7	-	317,7

in Millionen €	Beizulegende Zeitwerte der Finanzinstrumente, ermittelt nach			31.12.2013
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	
<b>Finanzielle Vermögenswerte</b>	<b>101,1</b>	<b>165,2</b>	-	266,3
Wertpapiere und wertpapierähnliche Ansprüche	51,8	-	-	51,8
Forderungen aus Derivaten	-	165,2	-	165,2
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	<b>49,3</b>	-	-	49,3
<b>Finanzielle Verbindlichkeiten</b>	-	220,2	2,6	<b>222,8</b>
Verbindlichkeiten aus Derivaten	-	220,2	-	220,2
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	-	-	2,6	2,6

Die beizulegenden Zeitwerte der Optionen von Energieverträgen werden mit Hilfe von Bewertungsmodellen auf Basis finanzmathematischer Methoden ermittelt und basieren auf den Clean Dark Spreads. Sie sind in obiger Tabelle der Stufe 3 zugeordnet.



Eine hypothetische Reduktion der Strompreise und somit eine Reduktion des Clean Dark Spread um 0,10€/MWh führt zu einer Verringerung des beizulegenden Zeitwerts um 0,6 Millionen € (Vorjahr: 0,8 Millionen €). Eine hypothetische Erhöhung der Strompreise und somit eine Erhöhung des Clean Dark Spread um 0,10 €/MWh führt zu einer Erhöhung des beizulegenden Zeitwerts um 0,6 Millionen € (Vorjahr: 0,8 Millionen €).

Die folgende Übersicht zeigt diejenigen finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten, die nach IAS 32 saldiert werden:

	Angesetzter Bruttobetrag	Saldierung	Aus- gewiesener Nettobetrag	Zugehörige, nicht saldierte Beträge		Nettobetrag
				Finanz- instrumente	Erhaltene/ geleistete Bar- sicherheiten	
<b>in Millionen €</b>						<b>31.12.2014</b>
Derivate (positive Marktwerte)	258,4	-	258,4	-	-	258,4
Derivate (negative Marktwerte)	317,7	-	317,7	-	-89,7	228,0
Optionsverträge (negative Marktwerte)	6,6	-	6,6	-	-	6,6

	Angesetzter Bruttobetrag	Saldierung	Aus- gewiesener Nettobetrag	Zugehörige, nicht saldierte Beträge		Nettobetrag
				Finanz- instrumente	Erhaltene/ geleistete Bar- sicherheiten	
<b>in Millionen €</b>						<b>31.12.2013</b>
Derivate (positive Marktwerte)	165,2	-	165,2	-	-	165,2
Derivate (negative Marktwerte)	220,2	-	220,2	-	-49,3	170,9
Optionsverträge (negative Marktwerte)	2,6	-	2,6	-	-	2,6

Die zugehörigen nicht saldierten Beträge umfassen im Voraus zu erbringende Sicherheitsleistungen in Form von Barhinterlegungen im Rahmen von Börsengeschäften.

Die folgende Darstellung zeigt die Entwicklung der nach Stufe 3 zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente:

in Millionen €	01.01.2014	Veränderungen			31.12.2014
		Erfolgs-wirksam	Erfolgs-neutral	Aus-gleiche	
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	-	6,3	-	0,3	6,6
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	2,6	-	-	-2,6	0,0

in Millionen €	01.01.2013	Veränderungen			31.12.2013
		Erfolgs-wirksam	Erfolgs-neutral	Aus-gleiche	
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	1,8	-	-	-1,8	0,0
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	1,3	8,7	-	-7,4	2,6

Die erfolgswirksam erfassten Gewinne und Verluste der Stufe 3 wurden wie folgt in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen:

in Millionen €	2014	Davon: auf Finanz-instrumente entfallend, die am Bilanz-Stichtag noch gehalten wurden	
		2014	2013
<b>Gewinne und Verluste der Stufe 3</b>	<b>6,3</b>	<b>6,3</b>	<b>-8,7</b>
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3,1	-3,1	-4,3
Sonstige finanzielle Erträge	9,4	9,4	1,3
Sonstige finanzielle Aufwendungen	-	-	-5,7

Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Finanzinstrumenten, die nicht mit ihrem beizulegenden Zeitwert in der Bilanz erfasst werden, stellt sich wie folgt dar:

Die langfristigen Forderungen werden auf Basis verschiedener Parameter bewertet. Bei erwarteten Forderungsausfällen werden entsprechende Wertminderungen erfasst. Demnach entspricht der Nettobuchwert dieser Forderungen annähernd ihrem beizulegenden Zeitwert. Bei Forderungen und Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing stellt der beizulegende Zeitwert die mit dem gewichteten länderspezifischen Kapitalkostensatz vor Steuern abgezinsten Mindestleasingzahlungen dar. Bei Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Krediten von Nichtbanken sowie langfristigen Ausleihungen wird der beizulegende Zeitwert als Barwert der zukünftigen Zahlungsmittelzu- oder -abflüsse unter der Annahme einer Bewertung zum laufzeitadäquaten Zinssatz ermittelt.

In allen anderen Fällen weichen aufgrund der kurzfristigen Laufzeiten für Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, Ausleihungen, sonstige finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sowie flüssige Mittel die Buchwerte am Bilanzstichtag nicht signifikant von den beizulegenden Zeitwerten ab.

Die folgende Darstellung zeigt die Zuordnung der beizulegenden Zeitwerte von Finanzinstrumenten, die nicht mit ihrem beizulegenden Zeitwert in der Bilanz erfasst werden:

in Millionen €	Beizulegende Zeitwerte der Finanzinstrumente, ermittelt nach			31.12.2014
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	
Finanzielle Vermögenswerte	<b>144,8</b>	<b>250,4</b>	1.313,7	1.708,9
Ausleihungen	-	250,4	-	250,4
Forderungen aus Finanzierungsleasing	-	-	1.313,7	1.313,7
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	144,8	-	-	144,8
Finanzielle Verbindlichkeiten	-	1.556,3	39,0	1.595,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-	1.482,6	-	1.482,6
Kredite von Nichtbanken	-	48,4	-	48,4
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	-	-	39,0	39,0
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	-	25,3	-	25,3

in Millionen €	Beizulegende Zeitwerte der Finanzinstrumente, ermittelt nach			31.12.2013
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	
Finanzielle Vermögenswerte	<b>23,0</b>	48,1	1.344,7	1.415,8
Ausleihungen	-	47,5	-	47,5
Forderungen aus Finanzierungsleasing	-	-	1.344,7	1.344,7
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	23,0	0,6	-	23,6
Finanzielle Verbindlichkeiten	-	858,8	<b>45,1</b>	903,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-	833,3	-	833,3
Kredite von Nichtbanken	-	15,1	-	15,1
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	-	-	45,1	45,1
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	-	10,4	-	10,4

Der wesentliche, nicht beobachtbare Inputfaktor bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes von Forderungen und Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing stellt sich wie folgt dar:

Wesentliche, nicht beobachtbare Inputfaktoren	Bandbreite (gewichteter Durchschnitt)
gewichteter, länderspezifischer Kapitalkostensatz vor Steuern (WACC)	6% bis 9%

Ein höherer (niedrigerer) gewichteter Kapitalkostensatz vor Steuern vermindert (erhöht) den beizulegenden Zeitwert der Forderung bzw. der Verbindlichkeit aus Finanzierungsleasing. Eine hypothetische Verschiebung des länderspezifischen WACCs um 100 Basispunkte führt zu einer Verringerung der beizulegenden Zeitwerte der Forderungen aus Finanzierungsleasing um 6 Prozent bzw. zu einer Erhöhung um 7 Prozent. Die beizulegenden Zeitwerte der Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing verringern sich um 3 Prozent bzw. erhöhen sich um 4 Prozent, wenn sich der länderspezifische WACC um 100 Basispunkte verschiebt.

### Nominalvolumen der Derivate

Das **Nominalvolumen** entspricht bei Devisenderivaten dem in die gesicherte Währung umgerechneten **Fremdwährungsvolumen**, bei Zinsderivaten der Summe der über die Laufzeit abgesicherten Grundgeschäfte und bei **Commodityderivaten** den in Euro umgerechneten gesicherten Anschaffungskosten. Das Nominalvolumen der eingebetteten Derivate entspricht je nach Art des eingebetteten Derivats einer der oben genannten Definitionen des Nominalvolumens.

Das Nominalvolumen der derivativen Finanzinstrumente besteht aus folgenden Positionen:

in Millionen €	31.12.2014		31.12.2013	
	Gesamt	Davon langfristig	Gesamt	Davon langfristig
Devisenderivate	1.229,5	341,0	1.148,9	335,2
Zinsderivate	847,4	800,1	513,3	472,9
Commodityderivate	3.025,2	941,2	2.409,1	923,3
	<b>5.102,1</b>	<b>2.082,3</b>	<b>4.071,3</b>	<b>1.731,4</b>

Als langfristig werden alle Derivate ausgewiesen, die eine Restlaufzeit von über einem Jahr haben, auch wenn das Nominalvolumen über die Gesamtlaufzeit zu- oder abnimmt.

### Finanzwirtschaftliches Risikomanagement

Der STEAG-Konzern ist als international operierender Konzern im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit finanziellen Risiken ausgesetzt. Ein wesentliches Ziel der Unternehmenspolitik ist die Begrenzung von Markt-, Liquiditäts- und **Ausfallrisiken** sowohl für den Unternehmenswert als auch für die Ertragskraft des STEAG-Konzerns, um negative Cashflow- und Ergebnisschwankungen weitgehend einzudämmen, ohne auf Chancen aus positiven Marktentwicklungen zu verzichten. Zu diesem Zweck wurde ein systematisches Finanz- und Risikomanagement als ein zentraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung etabliert. Dies dient der gezielten Sicherung bestehender und künftiger Erfolgspotenziale sowie der Vermeidung, Vorbeugung bzw. Gegensteuerung und Minimierung von Risiken. Der STEAG-Konzern ist aufgrund seiner Betätigungsfelder sich ständig ändernden politischen, gesellschaftlichen, demografischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ausgesetzt. Den Risiken, die sich daraus ableiten, wird entsprochen, indem das gesamte Umfeld beobachtet und analysiert wird und daraus Marktentwicklungen antizipiert werden. Die so gewonnenen Erkenntnisse werden genutzt, um das Portfolio konsequent entsprechend der Konzernstrategie weiterzuentwickeln. Zu dieser zählen die strategische und operative Planung, die Vorbereitung von Investitionsentscheidungen sowie die Monatsberichterstattungen und Hochrechnungen und ab einem bestimmten Schwellenwert eine Risiko-Sofortberichterstattung. Die Organisationseinheiten führen einmal jährlich in Verbindung mit der Mittelfristplanung eine umfassende Inventur von Chancen und Risiken durch. Alle Sachverhalte werden systematisch erfasst, dokumentiert und hinsichtlich ihrer potenziellen Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet.

Die Steuerung der Zins- und Währungsrisiken erfolgt grundsätzlich zentral bei der STEAG GmbH. Ein großer Teil des Fremdkapitals, insbesondere für die Auslandskraftwerke, ist so strukturiert, dass die jeweilige Haftungsmasse - abgesehen von begrenzten Ausnahmen - auf die jeweilige ausländische Projektgesellschaft beschränkt bleibt.

Zur Reduzierung finanzieller Risiken werden derivative Finanzinstrumente eingesetzt. Sie stehen ausschließlich im Zusammenhang mit den korrespondierenden Grundgeschäften aus der originären unternehmerischen Tätigkeit, die ein dem Sicherungsgeschäft gegenläufiges Risikoprofil aufweisen. Im Bereich des Zins- und Währungsmanagements handelt es sich um marktübliche Produkte wie Devisentermin- und Devisenoptionsgeschäfte, Zins- und Währungsswaps sowie Zinscaps. Zur Absicherung von Commodityrisiken aus Strom, Kohle, Fracht und Emissionszertifikaten kommen Termingeschäfte (Forwards, Futures, Swaps, Optionen) zum Einsatz.

Ein dokumentiertes, angemessenes und funktionsfähiges Risikomanagementsystem überwacht die finanziellen Risiken sowie die Wirksamkeit der risikominimierenden Maßnahmen. Handlungsrahmen, Verantwortlichkeiten sowie Kontrollen sind in internen Richtlinien verbindlich festgelegt.

Steuerungsgrößen im Commodityhandel des STEAG-Konzerns sind die täglich ermittelten Marktpreisänderungen und deren Auswirkungen auf das schwebende Ergebnis sowie der Value at Risk (VaR) und eine Sensitivitätsanalyse. Zentral vorgegebene Wertgrenzen werden täglich überprüft und berichtet und limitieren somit effektiv das Marktpreisänderungsrisiko.

#### (a) Marktrisiko

Das Marktrisiko kann grundsätzlich in Währungs-, Zinsänderungs- und Commodityrisiken unterteilt werden:

Währungsrisiken entstehen sowohl auf der Einkaufsseite durch den Bezug von Rohstoffen als auch auf der Verkaufsseite durch den Absatz von Endprodukten in Währungen, die nicht der funktionalen Währung der jeweiligen Gesellschaft entsprechen. Ziel des Währungsmanagements ist es, das operative Geschäft dieser Gesellschaften gegen negative Ergebnis- und Cashflow-Schwankungen infolge von Kursänderungen gegenüber diesen Währungen abzusichern. Gegenläufige Effekte aus der Ein- und Verkaufsseite werden hierbei mit berücksichtigt. Ein danach noch verbleibender Teil der Währungsrisiken im STEAG-Konzern besteht überwiegend aus der Kursentwicklung des Euro zum US-Dollar.

Ziel des Zinsmanagements ist es, das Konzern ergebnis gegen Auswirkungen von Schwankungen der Marktzinssätze zu schützen. Die Risikosteuerung erfolgt durch den Einsatz originärer und derivativer Finanzinstrumente, insbesondere Zinsswaps und Zinscaps. Hierdurch wird ein unter Berücksichtigung von Kosten-Risiko-Aspekten angemessenes Verhältnis aus festen (mit einer Zinsbindung von länger als einem Jahr) und variablen (mit einer Zinsbindung von weniger als einem Jahr) Zinssätzen erzielt. Die Absicherung der variabel verzinsten Kreditverbindlichkeiten (mit einer Ursprungslaufzeit von länger als einem Jahr) durch Zinsswaps zum 31. Dezember 2014 beträgt rund 96 Prozent (Vorjahr: nahezu 99 Prozent).

Zur Messung der Marktrisiken im Währungs- und Zinsbereich wurden zum 31. Dezember 2014 mehrere Szenarioanalysen durchgeführt. Die folgenden Tabellen fassen die Auswirkungen auf das Ergebnis vor Steuern bzw. das OCI zusammen. Auswirkungen auf das Eigenkapital einschließlich des Periodenergebnisses können als Summe der Einzeleffekte abgelesen werden.

Für den Währungsbereich wurde der Wechselkurs der für den STEAG-Konzern wichtigsten Währung US-Dollar zum Euro um jeweils 5 Prozent, 10 Prozent sowie um jeweils 1 Prozent in der Preisnotierung verändert. Damit soll ein möglicher Wertverlust für originäre und derivative Finanzinstrumente simuliert werden.

Dabei ergeben sich folgende Szenarien:

in Millionen €	31.12.2014		31.12.2013	
	Ergebniseffekt	OCI	Ergebniseffekt	OCI
+5%	-5,0	16,7	0,4	15,8
-5%	5,7	-16,3	-0,5	-16,0
+10%	-9,4	33,8	0,8	31,3
-10%	12,2	-32,0	-1,1	-32,4
+1%	-1,1	3,3	0,1	3,2
-1%	1,1	-3,3	-0,1	-3,2

Für den Zinsbereich wurden ebenfalls mehrere Szenarien simuliert. Hierbei handelt es sich um Verschiebungen der Zinsstrukturkurve bzw. der Zinssätze um jeweils 50, 100 und 150 Basispunkte. Diese Veränderungen beziehen sich auf alle Fremdwährungszinskurven sowie auf die Euro-Zinskurve. Damit soll ein möglicher Wertverlust für originäre und derivative Finanzinstrumente simuliert werden. Hierbei ergeben sich folgende Ergebnisse:

in Millionen €	31.12.2014		31.12.2013*	
	Ergebniseffekt	OCI	Ergebniseffekt	OCI
+ 50 Basispunkte	-0,1	24,2	-0,1	15,3
- 50 Basispunkte	0,1	-23,0	0,1	-16,3
+ 100 Basispunkte	-0,2	47,3	-0,1	29,9
- 100 Basispunkte	0,3	-31,9	0,2	-33,3
+ 150 Basispunkte	-0,3	69,3	-0,2	43,7
- 150 Basispunkte	0,4	-33,0	0,3	-49,2

\*Vorjahr angepasst

Commodityrisiken resultieren aus Marktpreisänderungen von Strom Produkten, Emissionsberechtigungen und Rohstoffen einschließlich der für die Logistik erforderlichen Seefrachten.

Für die Vermarktung unserer eigenen **Kraftwerksleistung** resultiert das Marktpreisrisiko aus einer Veränderung des **Clean Dark Spread** als Kombination der einfließenden Marktpreise (Strompreis abzüglich der **währungsbereinigten Kohle- und CO<sub>2</sub>-Beschaffungskosten**). Rohstoffe werden sowohl zur Deckung des eigenen Bedarfs als auch zum Weiterverkauf am Drittmarkt benötigt. Für die Risikosituation des **STEAG-Konzerns** sind die physischen Verfügbarkeiten sowie die Preisabhängigkeit von relevanten Rohstoffen von großer Bedeutung. Die Preis- und Bezugsrisiken auf den Beschaffungsmärkten verringert der STEAG-Konzern durch ein ganzheitliches und breit aufgestelltes Portfoliomanagement für die Brennstoffversorgung.

Dabei werden die Preisrisiken aus der Beschaffung und dem Weiterverkauf erfasst und wirksame risikominimierende Maßnahmen festgelegt, wie zum Beispiel die Vereinbarung von Preisgleitklauseln oder der Einsatz von **Terminprodukten** zu Absicherungszwecken. Dabei gilt der Grundsatz, dass derivative Finanzinstrumente im weitaus überwiegenden Teil im Zusammenhang mit korrespondierenden Grundgeschäften eingesetzt werden und dabei ein gegenläufiges Risikoprofil aufweisen müssen.

Für die Messung des Marktrisikos aus **Commodityderivaten** wurde die Sensitivität der beizulegenden Zeitwerte dieser Instrumente auf eine Erhöhung bzw. Verringerung der zugrunde liegenden Marktpreise um 1 Prozent bestimmt.

Die folgende Tabelle fasst die Auswirkungen auf das Ergebnis vor Steuern bzw. das **Eigenkapital** zusammen:

in Millionen €		31.12.2014		31.12.2013	
		Ergebniseffekt	OCI	Ergebniseffekt	OCI
<b>CDS-Handel</b>					
Strom	+ 100 Basispunkte	0,1	-7,3	0,0	-5,4
	- 100 Basispunkte	-0,1	7,3	0,0	5,4
CO <sub>2</sub> -Zertifikate	+ 100 Basispunkte	0,0	1,2	0,0	0,5
	- 100 Basispunkte	0,0	-1,2	0,0	-0,5
Kohle	+ 100 Basispunkte	0,0	3,7	0,0	2,3
	- 100 Basispunkte	0,0	-3,7	0,0	-2,3
<b>Sonstiger Handel</b>					
Strom	+ 100 Basispunkte	0,0	-	-	-
	- 100 Basispunkte	0,0	-	-	-
CO <sub>2</sub> -Zertifikate	+ 100 Basispunkte	0,0	-	-	-
	- 100 Basispunkte	0,0	-	-	-
Kohle	+ 100 Basispunkte	-0,2	0,2	0,0	-0,2
	- 100 Basispunkte	0,2	-0,2	0,0	0,2

Die Tabelle zeigt die Sensitivität der **Commodityderivate**. Die gegenläufigen Wertentwicklungen der korrespondierenden physischen Geschäfte werden nicht angezeigt.

Sofern die Voraussetzungen für eine Bilanzierung im Rahmen des **Hedge Accounting** erfüllt sind, werden Commodityderivate wie auch Devisen- und Zinsderivate als **Fair Value Hedge**, **Cashflow Hedge** oder **Hedge of a Net Investment** bilanziert.

### Hedge Accounting

Die bilanzielle Abbildung der Derivate im Hedge Accounting unterstreicht den Absicherungscharakter der Instrumente.

Je nach Geschäftstyp sowie der zugehörigen Sicherungsstrategie wird im Commoditybereich gemäß den geltenden Richtlinien und Verfahrensanweisungen wie folgt differenziert:

- **Clean Dark Spread - Handel (CDS - Handel):**

Bei der Terminvermarktung der Stromerzeugung aus eigener **Kraftwerksleistung** steht die Sicherung der Marge zwischen den Kosten der Stromerzeugung (**Brennstoffkosten** und Emissionszertifikate) und den Erlösen aus der Stromvermarktung im Vordergrund. Dazu werden die damit verbundenen prognostizierten künftigen **Zahlungsströme** durch standardisierte Terminprodukte abgesichert. Diese werden, sofern möglich, im Rahmen des Cashflow Hedge Accounting bilanziell abgebildet. Einzelne Geschäfte, die nicht Bestandteil der Terminvermarktung sind, erfüllen die Kriterien der **Own-Use-Exemption** des IAS 39.6 und werden daher bilanziell nicht erfasst.

- **Eigenbedarf an Brennstoffen:**

Im Rahmen der **Brennstoff beschaffung** für die eigene Stromerzeugung können Beschaffungs- und Absatzzeitpunkte zeitlich auseinanderfallen. Zudem kann es aufgrund der Asynchronität der zugrunde liegenden Preisgestaltung zu Preisrisiken kommen. In diesen Fällen erfolgt eine Preisabsicherung durch Swap-Geschäfte, die bilanziell je nach Ausgestaltung des zugrunde liegenden physischen Grundgeschäfts als Sicherungsinstrument im Cashflow Hedge oder Fair Value Hedge abgebildet werden.

- **Sonstiger Handel:**

Es bestehen sowohl lang laufende Rahmenverträge über den Ein- und Verkauf von Importkohle einschließlich der zugehörigen Seefrachten als auch kurzfristige Vermarktungspotenziale. Sofern Ein- und Verkauf nicht zeitgleich und auf gleicher Preisbasis gestaltet werden können, entstehen Preisrisiken aus diesen schwebenden Geschäften. Sie werden durch Kohle- und Frachtswaps gesichert. Bilanziell erfolgt in Abhängigkeit der Ausgestaltung des zugrunde liegenden physischen Grundgeschäfts eine Abbildung als Cashflow Hedge oder Fair Value Hedge. Im Rahmen des Ausbaus der Vermarktungsaktivität werden zudem Terminlieferungen für Strom und Emissionszertifikate an- und verkauft. Preisrisiken werden dabei im Wesentlichen durch entweder im Volumen oder im Wert identische Gegengeschäfte reduziert.

Aus der oben beschriebenen Sicherung haben sich zum Berichtszeitpunkt die folgenden bilanziellen Auswirkungen ergeben:

#### (1) Cashflow Hedge Accounting

Für die Absicherung im Brennstoffhandel wurden Derivate mit einem beizulegenden Zeitwert am Bilanzstichtag in Höhe von **minus 1,2 Millionen €** (Vorjahr: **minus 0,1 Millionen €**) abgeschlossen, die sämtlich im kommenden Geschäftsjahr fällig werden.

Im Bereich **CDS-Handel** wurden **Commodityderivate** mit einem saldierten beizulegenden Zeitwert zum Stichtag in Höhe von **minus 7,9 Millionen €** (Vorjahr: **9,8 Millionen €**) abgeschlossen. Hiervon werden Derivate mit einem saldierten beizulegenden Zeitwert in Höhe von **1,6 Millionen €** im kommenden Geschäftsjahr fällig.



Des Weiteren wurden geplante Wareneinkäufe mittels Devisentermingeschäften gegen Währungskursschwankungen in Höhe von saldierten 35,6 Millionen € (Vorjahr: minus 7,0 Millionen €) gesichert. Hiervon werden Derivate mit einem beizulegenden Zeitwert in Höhe von 22,6 Millionen € im kommenden Geschäftsjahr fällig. Alle weiteren Sicherungsinstrumente zur Absicherung des CDS-Handels sind als langfristig mit einer Fälligkeit von 2016 bis 2017 einzustufen.

Die abgesicherten physischen Grundgeschäfte haben eine gegenläufige Wertentwicklung am Bilanzstichtag.

Zinszahlungen aus der Aufnahme variabel verzinsten Schuldscheindarlehen der STEAG GmbH sowie aus Kraftwerksprojektfinanzierungen wurden bis 2031 mittels Zinsswaps und Zinscaps gegen Zinsänderungsrisiken gesichert. Des Weiteren wurden ausländische Kraftwerksprojekte mittels Devisentermingeschäften gegen Währungskursschwankungen abgesichert. Die zugehörigen beizulegenden Zeitwerte der designierten Zinsderivate betragen minus 105,4 Millionen € (Vorjahr: minus 69,4 Millionen €) und der Devisenderivate minus 2,4 Millionen € (Vorjahr: minus 0,3 Millionen €).

Bei Zinssicherungen, bei denen Zinsoptionen als Sicherungsinstrument eingesetzt werden, erfolgt der Nachweis der Effektivität über die *Intrinsic-Value-Methode*. Als ineffektiver Teil aus der Bewertung von Cashflow Hedges ist wie im Vorjahr nur ein geringfügiger Betrag ergebniswirksam erfasst.

Die in IAS 39 vorgesehene Möglichkeit zum Hedge Accounting verhindert ein Accounting Mismatch dahin gehend, dass die wirtschaftlich hocheffektiven Sicherungsbeziehungen bilanziell zu keinem Ergebnisausweis führen. Die Wertänderungen der derivativen Sicherungsinstrumente werden daher im Hedge Accounting im Eigenkapital gezeigt, während die Wertänderungen der physischen Grundgeschäfte bilanziell bis zur Fälligkeit unberücksichtigt bleiben.

Im Zeitpunkt der Fälligkeit werden die sich kompensierenden Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft im Ergebnis gezeigt. Bei einer hocheffektiven Sicherungsbeziehung entsteht dabei kein bzw. nur ein geringfügiger Ergebniseffekt.

Die Effektivität der gebildeten Sicherungsbeziehungen wird zu jedem Bilanzstichtag unter Zuhilfenahme der Methode des hypothetischen Derivats nachgewiesen. Der Nachweis wird mittels einer Regressionsanalyse vorgenommen. Die Ermittlung eventuell auftretender Ineffektivitäten erfolgt über die Dollar-Offset-Methode.

Im Jahr 2014 wurde aus der Rücklage für Marktwertänderungen von Finanzinstrumenten in Sicherungsbeziehungen insgesamt ein Betrag in Höhe von minus 11,7 Millionen € (Vorjahr: minus 0,3 Millionen €) ergebniswirksam entnommen und wie folgt in die Gewinn- und Verlustrechnung übertragen:

in Millionen €	2014	2013*
Umsatzerlöse	38,7	13,7
Materialaufwand	-32,5	-13,3
Sonstige betriebliche Erträge	0,0	0,3
Zinsaufwand	-17,9	-1,0
	<b>-11,7</b>	<b>-0,3</b>

\* Vorjahr angepasst

Im Berichtsjahr wurden keine Fremdkapitalkosten (Vorjahr: 18,2 Millionen €) umgegliedert und aktiviert.

### (2) Fair Value Hedge Accounting

Für die Absicherung des Eigenbedarfs an Brennstoffen wurden Derivate mit einem beizulegenden Zeitwert am BÜanzstichtag in Höhe von 6,1 Millionen € (Vorjahr: 2,5 Millionen €) abgeschlossen, die sämtlich im kommenden Geschäftsjahr fällig werden. Im Bereich CDS-Handel wurden Derivate mit einem beizulegenden Zeitwert am Bilanzstichtag in Höhe von 17,5 Millionen € (Vorjahr: 5,7 Millionen €) abgeschlossen. Davon werden Sicherungsinstrumente in Höhe von 5,3 Millionen € im kommenden Geschäftsjahr fällig. Alle weiteren Sicherungsinstrumente haben eine Laufzeit von 2016 bis 2018.

Der Nachweis der Effektivität erfolgt analog der Vorgehensweise im Cashflow Hedge Accounting.

Bei Fair Value Hedges wird sowohl das Derivat als auch das abgesicherte Grundgeschäft erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert erfasst. Aus dem abgesicherten Grundgeschäft wurden im Berichtsjahr Aufwendungen in Höhe von 24,6 Millionen € (Vorjahr: 8,2 Millionen €) realisiert, während aus der Bewertung des Derivats Erträge in Höhe von 23,6 Millionen € (Vorjahr: 8,2 Millionen €) realisiert wurden.

### (3) Hedge of a Net Investment

Bei den ausländischen Kraftwerksprojekten ist das anteilige Eigenkapital der Gesellschaft rollierend mit Devisenderivaten gegen das Wechselkursrisiko gesichert. Zum Geschäftsjahresende beträgt das Sicherungsvolumen 116,0 Millionen US-Dollar mit Laufzeiten bis November 2016 (Vorjahr: 126,3 Millionen US-Dollar mit Laufzeiten bis November 2015). Der zugehörige beizulegende Zeitwert der Sicherungsinstrumente beträgt minus 5,3 Millionen € (Vorjahr: 0,6 Millionen €). In der Hedge-Rücklage sind zum Bilanzstichtag 66,5 Millionen € (Vorjahr: 73,8 Millionen €) Erträge angesammelt.

### (b) Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko besteht darin, dass möglicherweise nicht ausreichend flüssige Mittel zur Verfügung stehen, um anfallende finanzielle Verpflichtungen zu erfüllen.

Um die fortlaufende Zahlungsfähigkeit zu gewährleisten, verfügt der STEAG-Konzern über ein flexibles Instrumentarium zur Absicherung der Kapitalerfordernisse aus laufender Geschäftstätigkeit und Investitionen sowie zur Tilgung und Zinszahlungen von Finanzschulden. Ein bedeutender Aspekt dabei ist die Optimierung des Net Working Capital.

Ein weiterer wesentlicher Aspekt sind die in 2014 aufgenommenen Schuldscheindarlehen. Die STEAG GmbH hat sich in diesem Zusammenhang verpflichtet, bestimmte Kennzahlen (Covenants) einzuhalten. Es besteht grundsätzlich das Risiko, dass die für diese Kennzahlen vorgegebenen Werte nicht eingehalten werden. Gemäß den Verträgen stellt die Nichteinhaltung der Finanzkennzahlen einen Kündigungsgrund mit der Folge der sofortigen Rückzahlung der ausstehenden Kredite dar. Diese reduzieren einerseits zukünftige Zinszahlungen und führen andererseits zu einem unmittelbaren Mittelabfluss.

Das Liquiditätsrisiko wird auf Basis der Geschäftsplanung gesteuert, die sicherstellt, dass die erforderlichen Mittel zur Finanzierung des operativen Geschäfts und der laufenden und künftigen Investitionen in allen Konzerngesellschaften zeitgerecht und in der erforderlichen Währung zu optimalen Kosten zur Verfügung stehen. Durch ein geeignetes Risikomanagement wird der Liquiditätsbedarf aus dem operativen Geschäft, aus Investitionstätigkeiten sowie aus anderen Finanzierungserfordernissen monatlich durch eine rollierende Liquiditätsplanung ermittelt. Nach Maßgabe der rechtlichen Möglichkeiten und der Wirtschaftlichkeit wird die vorhandene Liquidität der Konzerngesellschaften über ein zentrales Cash-Management bei der STEAG GmbH gepoolt. Durch das zentrale Liquiditätsrisikomanagement werden eine kostengünstige Fremdmittelaufnahme und ein vorteilhafter Finanzausgleich erreicht. Durch die vorgenannten Maßnahmen wird somit sichergestellt, dass eine jederzeitige Zahlungsfähigkeit gewährleistet ist. Das Liquiditätsrisiko der STEAG GmbH wird als gering eingestuft.

Nachfolgend sind die Restlaufzeiten der originären Finanzinstrumente, basierend auf den vereinbarten Fälligkeitsterminen der Summe aus erwarteten Zins- und Tilgungszahlungen, dargestellt.

in Millionen €	Zahlungen fällig in				31.12.2014
	bis zu 1 Jahr	über 1-3 Jahren	über 3-5 Jahren	über 5 Jahren	
<b>Finanzielle Verbindlichkeiten</b>	<b>338,4</b>	<b>329,2</b>	<b>338,5</b>	<b>698,1</b>	1.704,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	220,4	303,8	324,0	637,2	1.485,4
Kredite von Nichtbanken	7,7	11,1	3,3	44,4	66,5
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	7,3	14,3	11,2	15,9	48,7
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	103,0	0,0	-	0,6	103,6
<b>Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen</b>	<b>357,2</b>	-	-	-	357,2

in Millionen €	Zahlungen fällig in				31.12.2013
	bis zu 1 Jahr	über 1-3 Jahren	über 3-5 Jahren	über 5 Jahren	
<b>Finanzielle Verbindlichkeiten</b>	<b>284,7</b>	<b>265,0</b>	<b>141,1</b>	<b>411,0</b>	1.101,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	158,7	245,2	125,7	388,4	918,0
Kredite von Nichtbanken	8,4	5,5	0,7	0,5	15,1
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	7,0	13,5	13,9	20,7	55,1
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	110,6	0,8	0,8	1,4	113,6
<b>Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen</b>	<b>278,0</b>	-	-	-	278,0

Der STEAG-Konzern hat in Bezug auf seine finanziellen Verbindlichkeiten nicht gegen Zahlungsvereinbarungen verstoßen.

Die folgende Gliederung der Zins- und Tilgungszahlungen nach Restlaufzeiten bezieht sich auf derivative Finanzinstrumente mit positiven und negativen beizulegenden Zeitwerten. Die Tabelle zeigt die saldierten Zahlungsmittelzu- und -abflüsse. Da bei Devisenderivaten kein Nettoausgleich vereinbart wurde, erfolgt die Darstellung hier zusätzlich brutto.

in Millionen €	Zahlungen fällig in				31.12.2014
	bis zu 1 Jahr	über 1-3 Jahren	über 3-5 Jahren	über 5 Jahren	
<b>Forderungen aus Derivaten</b>	<b>1.049,9</b>	<b>517,5</b>	4,3	-	<b>1.571,7</b>
Devisenderivate	44,7	22,9	-	-	67,6
<b>Zahlungsmittelzufluss</b>	495,3	262,8	-	-	758,1
Zahlungsmittelabfluss	-450,6	-239,9	-	-	-690,5
Commodityderivate	1.005,2	494,6	4,3	-	1.504,1
<b>Verbindlichkeiten aus Derivaten</b>	<b>-714,1</b>	<b>-255,2</b>	-25,5	-33,2	<b>-1.028,0</b>
Devisenderivate	-33,3	-8,1	-1,1	-	-42,5
Zahlungsmittelzufluss	436,7	89,1	11,6	-	537,4
Zahlungsmittelabfluss	-470,0	-97,2	-12,7	-	-579,9
Zinsderivate	-19,5	-34,1	-24,1	-33,2	-110,9
Commodityderivate	-661,3	-213,0	-0,3	-	-874,6

in Millionen €	Zahlungen fällig in				31.12.2013
	bis zu 1 Jahr	über 1-3 Jahren	über 3-5 Jahren	über 5 Jahren	
<b>Forderungen aus Derivaten</b>	<b>714,8</b>	<b>471,9</b>	<b>1,9</b>	-	<b>1.188,6</b>
Devisenderivate	8,8	1,3	0,0	-	10,1
<b>Zahlungsmittelzufluss</b>	311,5	100,4	21,6	-	433,5
Zahlungsmittelabfluss	-302,7	-99,1	21,6	-	-423,4
<b>Commodityderivate</b>	706,0	470,6	1,9	-	<b>1.178,5</b>
					-
<b>Verbindlichkeiten aus Derivaten</b>	<b>-494,3</b>	<b>-255,4</b>	<b>-14,5</b>	-12,7	<b>-776,9</b>
Devisenderivate	-21,4	-5,3	-	-	-26,7
Zahlungsmittelzufluss	482,1	208,1	-	-	690,2
Zahlungsmittelabfluss	-503,5	-213,4	-	-	-716,9
Zinsderivate	-17,6	-27,2	-14,5	-12,7	-72,0
<b>Commodityderivate</b>	-455,3	-222,9	<b>0,0</b>	-	<b>-678,2</b>

### (c) Ausfallrisiko

Im Zuge des Bonitätsrisiko managements werden Ausfallrisiken in drei Kategorien unterteilt, die jeweils gemäß ihren Besonderheiten einzeln behandelt werden: **Ausfallrisiken** für Debitoren und Kreditoren, **Länderrisiken** sowie **Ausfallrisiken bei Finanzkontrahenten**.

Für Debitoren und Kreditoren werden Ausfallrisiken laufend über ein internes Limitsystem geprüft und überwacht. Zu den größten Kunden des Unternehmens im Ausland zählen staatliche Unternehmen, deren Zahlungsverpflichtungen durch Staatsgarantien abgesichert sind. Bei Auslandsinvestitionen oder Exportaufträgen kommt es zusätzlich zu einer Analyse des politischen Risikos (Länderrisiko), so dass ein Gesamtrisiko, bestehend aus politischem und wirtschaftlichem Risiko, gebildet wird.

Soweit sinnvoll möglich, wird sowohl das Eigenkapital als auch das Fremdkapital gegen politische Risiken (Enteignung, Transferrisiken etc.) versichert. Im Zuge dieser Prüfung kommt es zur Festsetzung von Höchstgrenzen für das jeweilige Risikoexposure eines Vertragspartners. Für Vertragspartner gilt, dass deren Bonität über ein Rating bzw. **Scoringverfahren** laufend aktualisiert wird.

Für Finanz- und Handelskontrahenten wird darüber hinaus ein spezifisches Limit für die jeweilige Risikoart (Geldmarkt, Kapitalmarkt und Derivate) bestimmt. Im Zuge der Bonitätsanalysen werden Höchstgrenzen für die jeweiligen Vertragspartner festgelegt. Dies geschieht im Wesentlichen auf Basis von Ratings internationaler Ratingagenturen und eigener interner Bonitätsprüfungen. Im Fall von Geldanlagen bei Banken werden zusätzlich das haftende Eigenkapital der Bank sowie die Höhe von Sicherungsgrenzen bei Einlagensicherungssystemen herangezogen.

**(8.2) Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen**

Der STEAG-Konzern steht - über die im Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen hinaus - mit nahestehenden Unternehmen und Personen in Beziehungen.

Als nahestehende Unternehmen gelten die KSBG KG sowie deren Gesellschafterin Dortmunder Stadtwerke AG mit den von ihr beherrschten Unternehmen.

Zwischen dem STEAG-Konzern und diesen Unternehmen bestanden nachfolgende Geschäftsvorfälle.

in Millionen €	KSBG KG		STEAG-Beteiligungen		Gemeinschaftsunternehmen		Assoziierte Unternehmen		Sonstige nahestehende Unternehmen	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Lieferungen und Leistungen:										
erbracht	0,1	0,1	3,4	0,2	8,4	5,1	20,5	19,2	6,0	36,3
bezogen	-	-	2,7	4,6	0,1	1,0	-	-	0,0	7,2
Sonstige Erträge	2,0	0,4	0,4	0,3	5,3	5,8	0,6	0,0	-	0,0
Sonstiger Aufwand	1,1	1,6	0,6	0,0	34,0	0,4	0,2	0,0	-	10,6
Forderungen zum 31.12.	167,2	21,7	13,9	3,9	0,8	27,3	1,3	1,6	-	14,5
Schulden zum 31.12.	86,0	96,0	1,2	0,6	5,9	6,3	0,2	-	-	0,6

In den Forderungen gegenüber der KSBG KG sind im Wesentlichen das gewährte Aufwärtsdarlehen inklusive kapitalisierter Zinsen in Höhe von 151,9 Millionen € sowie anrechenbare Steuern enthalten. Die Schulden gegenüber der KSBG KG bestehen zum Stichtag aus der Ertragsteuermulde sowie dem Gewinnabführungsvertrag.

Zum Bilanzstichtag wurden uneinbringliche Forderungen gegen nahestehende Unternehmen in Höhe von 33,3 Millionen € (Vorjahr: 3,9 Millionen €) wertberichtigt. Dies betrifft im Berichtsjahr insbesondere ein Gesellschafterdarlehen zugunsten der Arenales Solar PS, S.L. (Spanien).

Wertberichtigte Forderungen gegen nahestehende Unternehmen aus Vorjahren wurden in Höhe von 0,2 Millionen € (Vorjahr: keine) wieder aufgeholt.

Als nahestehende Personen gelten die Managementmitglieder, die direkt oder indirekt für die Planung, Leitung und Überwachung der Tätigkeit des STEAG-Konzerns zuständig und verantwortlich sind, sowie deren nahe Familienangehörige. Im STEAG-Konzern sind dies die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat der STEAG GmbH und die KSBG GmbH als Geschäftsführerin der KSBG KG sowie das sonstige Management des STEAG-Konzerns. Das sonstige Management besteht aus den Geschäftsführungen der STEAG Fernwärme GmbH, der STEAG Power Minerals GmbH, der STEAG Energy Services GmbH, der STEAG Power Saar GmbH, der STEAG New Energies GmbH und der STEAG Technischer Service GmbH.

Die Aufsichtsräte der Tochtergesellschaften STEAG Power Saar GmbH, STEAG New Energies GmbH und STEAG Technischer Service GmbH haben keinen wesentlichen Einfluss auf den STEAG-Konzern.

Gegenüber diesem Personenkreis wurden folgende Leistungen erbracht:

in Millionen €	Geschäftsführung der STEAG GmbH		Sonstiges Management	
	2014	2013	2014	2013
Laufende Bezüge	5,1	4,1	3,2	3,0
Erdiente Anwartschaften auf Altersversorgung (Current Service Costs)	0,8	0,6	0,4	0,4
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	-	1,7	•	-

Die kurzfristige Vergütung beinhaltet sowohl erfolgsabhängige als auch erfolgsunabhängige Vergütungen.

Die Pensionsverpflichtungen in Höhe ihrer Barwerte (Defined Benefit Obligations) belaufen sich für die Geschäftsführung auf 10,9 Millionen € (Vorjahr: 9,5 Millionen €) und für das sonstige Management auf 13,6 Millionen € (Vorjahr: 8,6 Millionen €).

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Aufsichtsrats der STEAG GmbH betragen 0,5 Millionen € (Vorjahr: 0,4 Millionen €).

Darüber hinaus hat der STEAG-Konzern keine wesentlichen Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen oder Personen unterhalten.

### (8.3) Eventualschulden und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Eventualschulden teilen sich zum Bilanzstichtag wie folgt auf.

in Millionen €	31.12.2014	31.12.2013
Verpflichtungen aus Bürgschaften	60,1	72,8
Verpflichtungen aus Gewährleistungsverträgen	151,4	112,2
	<b>211,5</b>	<b>185,0</b>

In den Verpflichtungen aus Gewährleistungsverträgen sind auch Patronatserklärungen enthalten, die teilweise gemeinsam mit Dritten abgegeben wurden.

Es bestehen gesetzliche Haftungen für Beteiligungen an offenen Handelsgesellschaften und Gesamthandschaften sowie als Komplementärin von Kommanditgesellschaften.

Auf eine Angabe zu Unsicherheiten im Hinblick auf die Höhe sowie den Zeitpunkt der Fälligkeit der angegebenen Verpflichtungen aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen wird aus Praktikabilitätsgründen verzichtet.

Im Übrigen ergeben sich die folgenden sonstigen finanziellen Verpflichtungen:

Die Nominalwerte der Verpflichtungen aus künftigen **Mindestleasingzahlungen** für die über **Operating-Leasing-Verträge** angemieteten Vermögenswerte haben folgende Fälligkeiten.

in Millionen €	31.12.2014	31.12.2013
Fällig bis 1 Jahr	12,8	9,7
Fällig innerhalb 1 - 5 Jahren	37,3	30,9
Fällig nach über 5 Jahren	45,1	24,5
	<b>95,2</b>	<b>65,1</b>

Im Berichtsjahr wurden wie im Vorjahr keine bedingten Mietzahlungen geleistet.

Im laufenden Geschäftsjahr wurden Erträge aus Untermietverhältnissen in Höhe von 0,5 Millionen € (Vorjahr: 0,5 Millionen €) erfasst. Die zukünftigen Einnahmen aus Untermietverhältnissen belaufen sich auf insgesamt 1,8 Millionen € (Vorjahr: 2,6 Millionen €).

Im Berichtsjahr fand bei der Iskenderun Enerji Üretim ve Ticaret A.S. (Türkei) eine steuerliche Betriebsprüfung statt. Am 27. Januar 2015 wurden der Gesellschaft der entsprechende Betriebsprüfungsbericht und die Steuerbescheide übermittelt. Die Finanzverwaltung in der Türkei fordert eine Nachzahlung in Höhe von 96,9 Millionen €, die sich aus Steueransprüchen in Höhe von 35,3 Millionen €, Strafzahlungen in Höhe von 48,8 Millionen € sowie Zinsansprüchen in Höhe von 12,8 Millionen € zusammensetzt. Dem würde ein gegenläufiger Erstattungsanspruch in Höhe von 2,4 Millionen € aus überzahlter Quellensteuer gegenüberstehen. Die Finanzverwaltung fordert eine Besteuerung ausgeschütteter Gewinnanteile, die bislang steuerfrei gestellt wurden. Weiterhin ist strittig, ob bei Ausschüttungen aus dem versteuerten Einkommen der Steuersatz aus dem Doppelbesteuerungsabkommen (bis 2010: 15 Prozent, ab 2011: 5 Prozent) oder der für die Iskenderun Enerji Üretim ve Ticaret A.S. (Türkei) grundsätzlich anwendbare Steuersatz in Höhe von 19,8 Prozent Anwendung findet.

Das Management sieht die Forderungen der Finanzverwaltung in der Türkei auf Basis aller sorgfältig geprüften Unterlagen als nicht gerechtfertigt und stuft die Risikowahrscheinlichkeit als gering ein. Das landesübliche Einspruchsverfahren wurde eingeleitet.




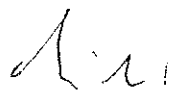
**(8.4) Ereignisse nach dem Bilanzstichtag**

Es liegen keine Ereignisse nach dem Bilanzstichtag vor.

Essen, den 13. März 2015  
**STEAG GmbH**  
**Die Geschäftsführung**

  
Rumstadt

  
Baumgärtner

  
Dr. Cieslik

  
Geißler

## Zusammengefasster Lagebericht zum 31. Dezember 2014

---

Bei diesem Lagebericht handelt es sich um einen **zusammengefassten** Lagebericht für die STEAG GmbH und ihre Tochterunternehmen (zusammen „STEAG-Konzern“) und die STEAG GmbH. Auf die wirtschaftliche Entwicklung der STEAG GmbH wird in einem gesonderten Abschnitt eingegangen. Der Konzernabschluss wurde nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, und der **Einzelabschluss** nach den **Vorschriften** des deutschen **Handelsgesetzbuches** (HGB) aufgestellt.

### Grundlagen des STEAG-Konzerns

#### Geschäftstätigkeit und Struktur

##### Geschäft

Der STEAG-Konzern ist ein international tätiges Unternehmen, das seinen Kunden integrierte Lösungen im Bereich der Strom- und Wärmeerzeugung sowie technische Dienstleistungen anbietet. Zu den Kernkompetenzen gehören Planung, Realisierung und Betrieb sowohl von Großkraftwerken als auch von dezentralen Anlagen sowie die kraftwerksbasierte Stromvermarktung. Grundlagen für die Strom- und Wärmeerzeugung sind neben Spezialbrennstoffen sowohl fossile Brennstoffe als auch in zunehmendem Maß erneuerbare Energien.

##### Erzeuger konventioneller Energien

Als einer der größten Stromerzeuger Deutschlands verfügt der STEAG-Konzern über eine installierte Leistung von insgesamt 10.150 Megawatt (MW), davon allein rund 8.200 MW in Deutschland.

In Deutschland betreibt der STEAG-Konzern an zehn Standorten Kraftwerke sowie über 200 dezentrale Anlagen zur Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien bzw. dezentrale Anlagen für die Industrie und zur Wärmeversorgung.

Im Ausland betreibt der STEAG-Konzern eigene Kraftwerke, arbeitet aber auch eng mit lokalen Partnern zusammen.

Der STEAG-Konzern betreibt Kraftwerke in Kolumbien, auf den Philippinen und in der Türkei. Das türkische Kraftwerk in Iskenderun ist die größte Auslandsinvestition des STEAG-Konzerns und hat eine Leistung von 1.320 MW.

## Erzeuger erneuerbarer Energien

Erneuerbaren Energien kommt im Gesamtportfolio des STEAG-Konzerns eine zunehmend größere Bedeutung zu. So nahm das Unternehmen im November 2014 den Windpark Ullersdorf (Brandenburg) mit 43,2 MW installierter Leistung in Betrieb. Und auch im Ausland etabliert sich der STEAG-Konzern als Anbieter erneuerbarer Energien: Ebenfalls in 2014 nahm der STEAG-Konzern den Windpark „Crucea Nord“ in Rumänien mit 108 MW installierter Leistung in Betrieb.

## Kompetenter Handelspartner

Auf der Grundlage langjähriger Erfahrung im Strom-, Kohle- und CO<sub>2</sub>-Geschäft hat der STEAG-Konzern nicht nur ein breites Produkt- und Dienstleistungsportfolio geschaffen, sondern auch eine hohe Handelskompetenz aufgebaut. Heute ist der STEAG-Konzern einer der führenden Importeure und Vermarkter für Steinkohle in Deutschland. Das Unternehmen importiert Steinkohle aus den wichtigsten Produzentenländern für die Versorgung sowohl der STEAG-Kraftwerke als auch für Drittkunden.

## Vielfältiger Dienstleister

Der STEAG-Konzern hat sich über Jahrzehnte eine große Expertise in der Modernisierung bestehender Anlagen erarbeitet und gilt heute als einer der führenden Anbieter von Lösungen für eine maßgeschneiderte Energieversorgung, die umweltfreundlich und zugleich wirtschaftlich ist.

So ist der STEAG-Konzern nicht nur Vorreiter bei effizienten Technologien zur Steinkohleverstromung, die sich durch einen hohen Wirkungsgrad und Ressourcenschonung auszeichnen, sondern darüber hinaus auch Spezialist in der Optimierung der gesamten Wertschöpfungskette innerhalb des Kraftwerksprozesses. Auch in der Verwertung von Reststoffen aus Steinkohlekraftwerken ist der STEAG-Konzern in Europa stark positioniert.

Führend ist der STEAG-Konzern in Deutschland ebenfalls in der Erzeugung von Strom und Wärme aus Grubengas und im Bereich der geothermischen Wärmegewinnung. Zudem ist der STEAG-Konzern einer der größten Fernwärmeversorger und Contracting-Anbieter sowie Betreiber von Biomasse-Heizkraftwerken in Deutschland.

Professionelle Engineering- und Betreiberlösungen für alle Bereiche der Energieerzeugung gehören zum Kompetenzfeld des STEAG-Konzerns. Dafür sind die Ingenieure der Tochtergesellschaft STEAG Energy Services GmbH international im Einsatz: zum Beispiel in Brasilien, Botswana, Rumänien, der Türkei, der Schweiz, den USA und in Indien, wo die STEAG Energy Services (India) Pvt. Ltd. (Indien) mit über 1.000 Mitarbeitern die mitarbeiterstärkste ausländische Tochtergesellschaft des STEAG-Konzerns ist.

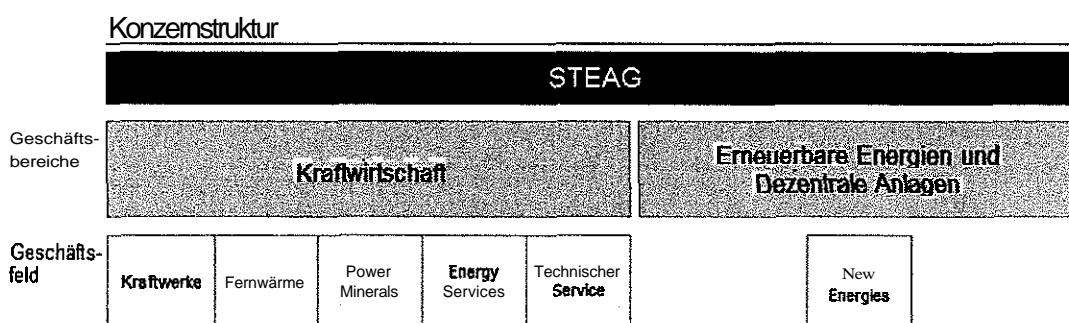
### Gesellschaftsstruktur

Am 31. Dezember 2014 wurden 100,0 Prozent der Anteile an der STEAG GmbH von der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (KSBG KG) gehalten.

Die KSBG KG war zu Beginn des Jahres 2014 mit 51,0 Prozent an der STEAG GmbH beteiligt. Der Kauf der übrigen 49,0 Prozent der Anteile an der STEAG GmbH von der RBV Verwaltungs-GmbH (RBV, eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Evonik Industries AG) durch die KSBG KG erfolgte mit Wirkung zum 5. September 2014.

### Integriertes Geschäftsmodell

Die STEAG GmbH mit Sitz in Essen ist als Stammhaus das Mutterunternehmen des Konzerns. Sie hält direkt und indirekt die Anteile an den zum Konzern gehörenden Tochterunternehmen. Der STEAG GmbH obliegt die strategische und operative Leitung der Geschäftsbereiche des Konzerns, bestehend aus dem Geschäftsbereich Kraftwirtschaft (Geschäftsfelder Kraftwerke, Fernwärme, Power Minerals, Energy Services, Technischer Service) sowie dem Geschäftsbereich Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen (Geschäftsfeld New Energies). Diese Stammhausorganisation entspricht dem integrierten Geschäftsmodell des STEAG-Konzerns.



Im Geschäftsbereich Kraftwirtschaft bildet das nationale und internationale Projektgeschäft die Grundlage für hochwertige technische Lösungen im Kraftwerksbetrieb. Im Geschäftsfeld Kraftwerke ist der Bereich Beschaffung und Optimierung (B&O) für die Vermarktung und der Bereich Erzeugung für den Betrieb von Kraftwerken verantwortlich.

Die deutschen Erzeugungsaktivitäten werden ergänzt durch das Geschäftsfeld Fernwärme, innerhalb dessen Fernwärme aus Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen erfolgreich vertrieben wird.

Die Reststoffe aus diesen Erzeugungsaktivitäten wiederum werden innerhalb des Geschäftsfeldes Power Minerals wirtschaftlich vermarktet. Abnehmer ist vor allem die Bauindustrie.

Innerhalb des Geschäftsfeldes Energy Services entwickeln STEAG-Ingenieure bereits seit Jahrzehnten Konzepte für konventionelle und erneuerbare Anlagen, planen und realisieren diese Anlagen und bieten internationale Dienstleistungen sowie IT-Lösungen für die Optimierung von Kraftwerken an.

Das über Jahrzehnte gewachsene Know-how im Bereich Service mit den Schwerpunkten Instandhaltung von Kraftwerken sowie Dienstleistungen für elektrische Netze ist im Geschäftsfeld Technischer Service zusammengefasst.

Der zweite Geschäftsbereich schließlich, dem in Zukunft eine zunehmend größere Bedeutung zukommen wird, ist der Bereich Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen. Hierin sind sämtliche Aktivitäten zur dezentralen Energieerzeugung (auf Basis erneuerbarer Energien und industrielle bzw. kommunale Versorgungslösungen) gebündelt.

## Organisatorische Veränderungen

Aufgrund der zunehmend größeren wirtschaftlichen Bedeutung energiepolitischer Entscheidungen für das Unternehmen hat sich der STEAG-Konzern entschlossen, mit einem eigenen Büro in Berlin vertreten zu sein.

Die Eröffnung dieses Büros erfolgte im März 2014 und hat in den vergangenen Monaten, speziell in der Phase der Gespräche mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) zur Frage der Rahmenbedingungen für die Laufzeit der Kohlekraftwerke, einen verbesserten Informations- und Meinungsaustausch mit Ansprechpartnern und Verantwortlichen in der Bundespolitik bewirkt.

Darüber hinaus prüft der STEAG-Konzern fortwährend Abläufe und Prozesse in der Verwaltung. In einem ersten Schritt wurde 2014 der Planungsprozess des STEAG-Konzerns optimiert und neu strukturiert.

### Wesentliche Verträge

Die STEAG GmbH und die EnBW Energie Baden-Württemberg AG (EnBW) haben im Rahmen konstruktiver Gespräche zu Perspektiven und Interessen beider Unternehmen am Standort Bexbach die Übernahme des **EnBW-Anteils** am Kraftwerk Bexbach und sämtlicher Geschäftsanteile an der Kraftwerk Bexbach Verwaltungsgesellschaft mbH durch die STEAG GmbH beschlossen. Die STEAG GmbH hat die Anteile der EnBW an dem 1983 in Betrieb gegangenen Gemeinschaftskraftwerk Bexbach im Saarland zum 1. Januar 2015 übernommen. Somit befindet sich dieses Kraftwerk nun zu 100,0 Prozent im Eigentum des STEAG-Konzerns, der damit neben der Betriebsführung auch die Vermarktung der installierten Leistung von 780 MW und die Beschaffung der Kohle verantwortet.

Die STEAG Energy Services GmbH hat zum 1. Januar 2014 die Betriebsführung für das 600 MW Steinkohle-Kraftwerk Morupule B in Botswana übernommen. Eine entsprechende Anfrage des staatlichen Energieversorgers Botswana Power Corporation (BPC) war erst Ende November 2013 an den STEAG-Konzern gerichtet worden. Ungeachtet des kurzen Zeitraums setzte die STEAG Energy Services GmbH die Betriebsführung fristgerecht um und trug somit wesentlich zur Stabilisierung der Energieversorgung Botswanas bei.

Das Kraftwerk Morupule, das rund 280 km nordöstlich der Landeshauptstadt Gaborone liegt, ist von entscheidender Bedeutung für die Versorgung des Landes. In Zukunft soll mehr als 90 Prozent der Stromerzeugung der BPC am Standort Morupule erfolgen. Botswana möchte mit dem Betrieb des Kraftwerks langfristig unabhängiger von Stromimporten aus Südafrika werden.

## Strategie

### Strategische Weiterentwicklung

Der STEAG-Konzern steht für effiziente und sichere Energieerzeugung - national und international. Mit diesem Leitsatz ist die Strategie des STEAG-Konzerns auf drei wesentliche Ziele ausgerichtet:

1. das Deutschlandgeschäft zukunftsfähig aufstellen,
2. ertragsstarkes Wachstum im Ausland realisieren und
3. den Anteil erneuerbarer Energien signifikant ausbauen.

Diese strategischen Ziele werden innerhalb der operativen Einheiten und Tochtergesellschaften des STEAG-Konzerns durch fünf verschiedene Stoßrichtungen und Initiativen vorangetrieben.

Die Stoßrichtung „Bestandskraftwerke optimieren“ dient in erster Linie dem Ziel das „Deutschlandgeschäft zukunftsfähig aufstellen“. Dazu setzt der STEAG-Konzern auf eine kontinuierliche Optimierung der Kraftwerksprozesse und erhöht die technische und organisatorische Flexibilität der Kraftwerke, um die Wirtschaftlichkeit der Standorte zu steigern und die jeweiligen Laufzeiten zu verlängern. In den vergangenen Jahren hat der STEAG-Konzern in diesem Bereich bereits erhebliche technische Optimierungspotenziale gehoben, wie zum Beispiel die Absenkung der Mindestlast, die Anfahroptimierung und die Erweiterung des Kohlebandes. Neben der technischen Optimierung wurde durch die Gründung der STEAG Technischer Service GmbH das Know-how der Instandhaltung gebündelt und intern, aber verstärkt auch für externe Kunden, angeboten.

Ergänzend zum Erhalt des Bestandsgeschäfts in Deutschland lautet die nächste Initiative „In Deutschland gezielt wachsen“. Der Trend zur dezentralen Energieerzeugung bietet Chancen, das Geschäft mit Stadtwerken bzw. kommunalen Partnern mit ihrer starken lokalen Präsenz auszubauen.

Das umfasst auch den Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere im Bereich Wind Onshore. Die Weiterentwicklung von Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) und Fernwärme, vor allem über die in Entwicklung befindliche Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr, sind wichtige Stützen dieser Initiative. Darüber hinaus wird der STEAG-Konzern gegebenenfalls Opportunitäten im Bereich der konventionellen Energieerzeugung prüfen und bei positiver Gesamtbeurteilung gezielt zur Weiterentwicklung des Inlandsgeschäfts nutzen.

Die dritte Stoßrichtung heißt „Handel weiterentwickeln“ und dient einerseits zur Stabilisierung und Entwicklung des Inlandsgeschäfts, soll aber andererseits auch das internationale Wachstum voranbringen. Dazu soll B&O die Vermarktung von erneuerbaren Energien und dezentralen Anlagen ausbauen. In diesem Zusammenhang ist das virtuelle Kraftwerk des STEAG-Konzerns ein wichtiger Meilenstein zur Weiterentwicklung des Inlandsgeschäfts. Des Weiteren soll die Internationalisierung der Einheit durch unter anderem grenzüberschreitenden Handel sukzessive entwickelt werden. So kann die Expertise in internationalen Energiemärkten weiter ausgebaut werden und eine wichtige Unterstützung bei der Entwicklung von internationalen Wachstumsprojekten bieten.

„Ertragsstarke Auslandsprojekte als Independent Power Producer (IPP) realisieren“ ist die erste Stoßrichtung, die dem Wachstum im Ausland dient. An dieser Stelle steht die Entwicklung und Realisierung von Projekten in Ländern wie z.B. der Türkei und Indonesien sowie die Nutzung von Opportunitäten in weiteren sogenannten „Emerging Markets“. Diese Länder sind in den vergangenen Jahren von einem deutlichen Wirtschaftswachstum geprägt. Damit einher geht ein signifikanter Anstieg der Lebensstandards. Beides zusammen führt zu einem gesteigerten Energiebedarf. Die Infrastruktur der Energieversorgung in „Emerging Markets“ ist aber meistens noch defizitär. Aus diesem Grund sind intelligente, effiziente und verlässliche Energieversorgungskonzepte gefragt. Der STEAG-Konzern hat hier in der Vergangenheit mehrfach bewiesen, dass er in der Lage ist, diese Art von Lösungen erfolgreich umzusetzen (beispielsweise bei den Projekten in Kolumbien, der Türkei und auf den Philippinen). Zusätzlich zur Entwicklung von konventionellen Kraftwerken setzt der STEAG-Konzern konsequent auf den Ausbau des Wind Onshore-Portfolios in Europa, um neben internationalem Wachstum ebenfalls die Diversifizierung des STEAG-Erzeugungsportfolios weiter voranzutreiben.

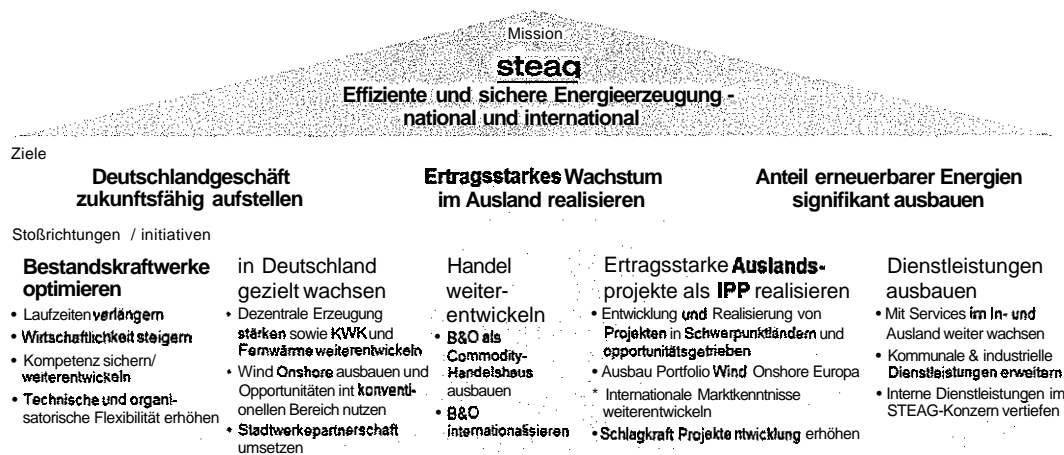
Die letzte der fünf Initiativen zur Umsetzung der strategischen Ziele wird als „Dienstleistungen ausbauen“ zusammengefasst.



Unter diesem Bereich versteht der STEAG-Konzern den Ausbau der Services im In- und Ausland vor allem durch die STEAG Energy Services GmbH, die STEAG Technischer Service GmbH sowie die STEAG Power Minerals GmbH. Die Erweiterung der kommunalen und industriellen Dienstleistungen durch die STEAG New Energies GmbH sowie die Vertiefung der internen Dienstleistungen im STEAG-Konzern bilden weitere Elemente dieser Stoßrichtung.

Das STEAG Strategiehaus stellt die Strategie und Ausrichtung des Konzerns kompakt und übersichtlich dar.

## STEAG Strategiehaus



## Forschung und Entwicklung

### Forschungsschwerpunkte

Der STEAG-Konzern betreibt keine Grundlagenforschung. Der Schwerpunkt der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten des Konzerns liegt in der Entwicklung von Techniken, die der STEAG-Konzern im Geschäft direkt einsetzen kann. Das Interesse liegt im Wesentlichen im Bereich der Optimierung des Betriebs von konventionellen Kraftwerken sowie von Windenergieanlagen.

Große Bedeutung kommt der Flexibilisierung der vorhandenen Kraftwerke zu. Dazu gehören beispielsweise die Absenkung der Mindestlast sowie Alternativen bei der Bereitstellung von Anfahrwärme. Die Flexibilisierung konventioneller Kraftwerke ist auch Gegenstand des Gemeinschaftsvorhabens „CoLoF-PP“ (Competitive Load Following Power Plant) und des Gemeinschaftsvorhabens „Partnerdampfkraftwerk“.

Der Ausbau der Speichertechnologien ist ein wesentlicher Baustein für das Gelingen der Energiewende. Der STEAG-Konzern hat in diesem Bereich in den letzten Jahren erfolgreich das Gemeinschaftsvorhaben „Lessy“ am Kraftwerksstandort Fenne umgesetzt. Der bundesweit erste Lithium-Ionen-Batteriespeicher in dieser Konfiguration erhielt Anfang 2014 die Zulassung für die Netzstabilisierung durch den Übertragungsnetzbetreiber. Speicher in jeglicher Form werden an Bedeutung gewinnen und wurden daher im Rahmen von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten des STEAG-Konzerns weitergehenden Untersuchungen unterzogen. Solche Kleinspeicher können einerseits im Kraftwerksumfeld und andererseits auch dezentral platziert werden. Entsprechend dem gewählten Standort können unterschiedliche Synergien zur Optimierung der Netzauslastung genutzt werden.

Auch zukünftig wird der STEAG-Konzern als integrativer, technologieoffener Energieerzeuger Speichertechnologien erforschen und entwickeln. Aus diesem Grund treibt der STEAG-Konzern an seinen Standorten Herne und Lünen die Untersuchung von CO<sub>2</sub>-Abscheidetechniken weiter voran. In diesem Zusammenhang ist am Standort Lünen ein neues Forschungsprojekt zur Umwandlung von Kohlendioxid-Emissionen in Kraftstoff gestartet worden (Power-to-Fuel). Für den STEAG-Konzern ist es das Ziel, Optionen zu entwickeln, CO<sub>2</sub> nicht einzulagern, sondern gegebenenfalls als Rohstoff zum Beispiel in der Chemieindustrie und damit als Speichermedium zu nutzen.

Flugasche in eine für die Zementindustrie optimal nutzbare Form zu bringen, schont den Deponieraum und reduziert die CO<sub>2</sub>-Emissionen. Daher werden die Einsatzmöglichkeiten fortwährend weiterentwickelt. Dazu zählt beispielsweise auch Photoment®. Hierbei handelt es sich um katalytisch aktive Baustoffe, die, großflächig aufgebracht, Schadstoffe durch direkten Kontakt mit diesen Oberflächen reduzieren können. Photoment® kann dazu beitragen, die Luftqualität in belasteten Städten zu verbessern und Oberflächen länger sauber und farbecht zu halten.

Biomasse wird bei der Erzeugung disponibler erneuerbarer Energien auch in Zukunft eine große Rolle spielen. Im Rahmen der Forschung und Entwicklung wird untersucht, wie kleinere Hybridlösungen, beziehungsweise Torrefizierungsanlagen, vorangetrieben werden können.

Die Entwicklungen im weiten Feld der „Smart-City-Themen“ werden weiter kontinuierlich beobachtet und gezielt verfolgt.

## Wirtschaftsbericht

### Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

#### Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Das globale Wirtschaftswachstum hat sich im Sommer 2014 merklich verlangsamt. Bedingt durch eine deutlich nachlassende konjunkturelle Dynamik im Euroraum sowie in Japan legte die globale Industrieproduktion im zweiten und dritten Quartal 2014 nur noch halb so stark zu wie im vorausgegangenen Winterhalbjahr. Die Zuwachsraten, insbesondere in den USA und Großbritannien, waren weiterhin robust, und in den Schwellenländern ließ sich sogar eine Beschleunigung der Wirtschaftsleistung feststellen. Diese konnte den Rückgang in den Industrieländern aber nicht auffangen. Das Bruttoinlandsprodukt ist daher in 2014 mit 2,7 Prozent (2013: 3,3 Prozent) nochmals langsamer gestiegen als im Jahr zuvor.

China bleibt wesentlicher Treiber der weltwirtschaftlichen Entwicklung. Die chinesische Wirtschaft ist 2014 um 7,4 Prozent gewachsen, nach 7,7 Prozent im Vorjahr. Insgesamt hat sich das Wachstum der Schwellenländer zwar verringert (2014: 4,6 Prozent vs. 2013: 5,2 Prozent), es liegt allerdings weiterhin deutlich über dem der Industriestaaten. Die Industrieländer legten im Wachstum relativ deutlich zu (2014: 1,7 Prozent vs. 2013: 1,3 Prozent). Dies wurde allerdings auch durch den abnehmenden Restriktionsgrad der Finanzpolitik in den meisten großen Industriestaaten begünstigt.

Der aktuell geringe Ölpreis wird für die konjunkturelle Entwicklung im kommenden Jahr eine wichtige Stütze darstellen. Gegenläufig wirken zahlreiche Strukturprobleme, welche in fortgeschrittenen Volkswirtschaften und auch in einigen großen Schwellenländern wie Brasilien und Argentinien angelaufen sind.

In Deutschland hat die Konjunktur, nach einer Abkühlung im Sommerhalbjahr, wieder deutlich an Schwung gewonnen. Die Abkühlung lag vor allem darin begründet, dass Unternehmen bei der Neuanschaffung von Ausrüstungsgütern zurückhaltender agiert haben. Hinzu kamen wirtschaftliche Risiken in der Welt und im Euroraum sowie beschäftigungsdämpfende und kostenträchtige Reformprogramme der Bundesregierung. Selbst günstige Finanzierungsbedingungen konnten keine entscheidenden Impulse setzen. Gegenläufig sind insbesondere die realen Konsumausgaben gestiegen, und auch der Außenhandel hat die gesamtwirtschaftliche Entwicklung gestützt. Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass der kräftige Rückgang der Rohölnotierungen die gesamtwirtschaftliche Entwicklung weiter fördert und insbesondere die Kaufkraft der privaten Haushalte stärkt. Verglichen mit dem Vorjahr ist aktuell davon auszugehen, dass das Wirtschaftswachstum trotz des schwächeren zweiten Halbjahres in Deutschland deutlich ansteigen wird (2014: 1,5 Prozent vs. 2013: 0,1 Prozent).

#### Energieverbrauch und -erzeugung<sup>1</sup>

Der Energieverbrauch in Deutschland ist im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr im Wesentlichen aufgrund der milden Witterung um 4,8 Prozent zurückgegangen und damit auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Die Nutzung erneuerbarer Energien verzeichnete einen Anstieg von 1,4 Prozent, somit liegt der Anteil der erneuerbaren Energien am gesamten Primärenergieverbrauch bei 11,1 Prozent (Vorjahr: 10,4 Prozent). Der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch liegt bei 27,3 Prozent und stieg somit im Vergleich zum Vorjahr um 1,9 Prozentpunkte an. Der Primärenergieverbrauch von Erdgas (minus 14 Prozent), Steinkohle (minus 7,9 Prozent), Braunkohle (minus 2,3 Prozent), Mineralöl (minus 1,3 Prozent) und Kernenergie (minus 0,4 Prozent) ging in Summe hingegen deutlich zurück. Dies hat positive Auswirkungen auf den erwarteten energiebedingten CO<sub>2</sub>-Ausstoß: Es wird davon ausgegangen, dass sich dieser um rund 5 Prozent reduziert.

#### Stromverbrauch

Der Stromverbrauch 2014 ist in Summe gegenüber 2013 um rund 3,8 Prozent gesunken. Die Stromerzeugung ist ebenfalls leicht gesunken (2014: 610 TWh vs 2013: 633 TWh). Der Exportüberschuss hingegen ist im Vergleich zum Vorjahr mit minus 34,1 TWh nahezu konstant geblieben (2013: minus 33,8 TWh).

---

<sup>1</sup> Alle Daten zu Energieverbrauch und -erzeugung sind vorläufige Angaben der AG Energiebilanzen e. V. und des BDEW.

Die erneuerbaren Energien haben im Jahr 2014 einen Beitrag in Höhe von rund 157 TWh zur Gesamterzeugung in Deutschland geleistet. Dies stellt 25,8 Prozent der Stromerzeugung dar, die erneuerbaren Energien hatten somit im Jahr 2014 in Summe einen höheren Anteil an der Stromerzeugung als 2013 und stellten zum ersten Mal den höchsten Anteil an der Gesamtstromerzeugung dar. Der Einsatz von Erdgas in der Stromerzeugung ist nochmals stark zurückgegangen (minus 13 Prozent auf 58,5 TWh). Gründe dafür sind der Ausbau der erneuerbaren Energien sowie die anhaltende Differenz zwischen Kohle- und Gaspreisen. Die Stromerzeugung aus Steinkohle reduzierte sich um rund 10 Prozent auf ca. 110 TWh. Der Anteil an der Gesamterzeugung reduzierte sich ebenfalls leicht auf rund 18 Prozent. Braunkohle machte mit 25,6 Prozent in 2014 nur noch knapp den zweitgrößten Anteil an der Stromerzeugung aus, blieb aber mit 156 TWh (minus 4,9 TWh) im Vergleich zum Vorjahr auf einem konstanten Level. Die Stromerzeugung aus Kernenergie blieb relativ konstant und sank nur um 0,4 Prozent auf insgesamt 96,9 TWh, der Anteil lag damit bei 15,9 Prozent.

## Energiepreisentwicklung

Die weiterhin weltweit schwache Konjunktur mit Auswirkungen auf die Energienachfrage, die sogenannte unkonventionelle Gewinnung von Gas und Öl in den USA, die Wiederaufnahme der Ölgewinnung in politisch instabilen Ländern wie Libyen, Iran und Irak sowie die Unsicherheit über die Nachfrageentwicklung in China, den USA und den von der europäischen Schuldenkrise besonders betroffenen Staaten schlugen sich auf den internationalen Rohstoffmärkten preissenkend nieder. Hinzu kommt, dass ein starker US-Dollar fallende Öl- und Rohstoffpreise zur Folge hat. Dies wiederum hat zur Folge, dass eine relativ geringe Nachfrage einem hohen Angebot gegenüber steht. Die USA förderten eine sehr hohe Menge Öl, und auch die OPEC Länder haben die eigene Förderung nicht heruntergefahren, um den Marktpreisen entgegenzuwirken.

Die Rohölpreise waren in 2014 von einem vor allem in der zweiten Jahreshälfte rückläufigen Verlauf geprägt. Den Höchststand erreichte das Barrel der Nordseesorte Brent mit 115,01 \$/bbl am 19. Juni 2014, bis zum 30. Dezember 2014 halbierte sich der Rohölpreis und sank auf 57,51 \$/bbl. Somit steht der Preis für ein Barrel der Nordseesorte Brent auf einem historischen Tiefstand. Der durchschnittliche Brent-Preis für das Jahr 2014 lag bei 99,68 \$/bbl und somit rund 9 \$/bbl niedriger als 2013. Der im Vorjahr beobachtete Abwärtstrend der Steinkohlepreise hat sich in 2014 fortgesetzt.

Der API#2, welcher ein für Europa relevanter Spot-Preisindex für Steinkohle ist, wies einen Jahresdurchschnitt von 75,25 \$/t auf und erreichte im Dezember mit einem Monatsdurchschnitt von 70,96 \$/t den Jahrestiefstand. Tendenziell ist der weltweite Kohlemarkt überversorgt. Die sogenannte unkonventionelle Gewinnung von Öl und Gas in den USA und das gebremste Wachstum in China dämpfen die Nachfrage zusätzlich.

Im Jahr 2014 wurde das sogenannte Backloading, die zeitweise Zurückhaltung von 900 Millionen CO<sub>2</sub>-Zertifikaten innerhalb der dritten Handelsperiode, eingeführt und umgesetzt. In Summe wurden im Jahr 2014 insgesamt 400 Millionen Zertifikate aus dem Markt genommen. Der Preis für CO<sub>2</sub>-Zertifikate ist trotz dieser Maßnahme im Vergleich zum Vorjahr absolut nur leicht angestiegen, der von einigen Experten erwartete starke Anstieg der CO<sub>2</sub>-Preise blieb zumindest bisher aus. Der Durchschnittspreis im Jahr 2014 stieg zwar temporär mit rund 35 Prozent in Relation stark an, absolut lag der Preis damit aber bei relativ niedrigen 5,91 €/t.

Der Abwärtstrend der Strompreise aus dem Vorjahr setzte sich auch 2014 fort. Der Base-Preis für das Jahr 2014 an der Strombörse EEX lag bei 32,78 €/MWh und damit rund 13 Prozent niedriger als noch 2013 (37,82 €/MWh). Der Peak-Kontrakt verlor sogar um rund 16 Prozent an Wert (2014 0 41,00 €/MWh vs. 2013 0 48,74 €/MWh). Wie im Vorjahr lässt sich auch im Jahr 2014 der Rückgang der Strompreise mit dem weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien erklären. Auch die niedrigen Rohstoff- und CO<sub>2</sub>-Preise trugen zu den sinkenden Strompreisen bei.

## Ertragslage

### Ergebnis 2014

Beeinflusst durch höhere Energieabsätze aus gehandelten Strommengen im Geschäftsbereich Kraftwirtschaft liegen die Umsatzerlöse 2014 um etwa 14 Prozent über dem für das aktuelle Geschäftsjahr prognostizierten Niveau. Das Gesamtergebnis des Jahres 2014 ist gegenüber 2013 deutlich gesunken. Dies ist insbesondere auf einmalige Effekte im laufenden Jahr zurückzuführen, die im Folgenden erläutert werden.

## Gewinn- und Verlustrechnung STEAG-Konzern

in Millionen €	2014	2013
Umsatzerlöse	3.129,0	2.936,4
Bestandsveränderung der Erzeugnisse	2,9	0,1
Andere aktivierte Eigenleistungen	1,6	4,5
Sonstige betriebliche Erträge	302,8	346,3
<b>Materialaufwand</b>	<b>-2.242,9</b>	<b>-2.038,9</b>
Personalaufwand	-405,6	-411,2
Abschreibungen und Wertminderungen	-204,1	-110,4
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-408,2	-422,7
<b>Ergebnis vor Finanzergebnis und Ertragsteuern</b>	<b>175,5</b>	<b>304,1</b>
Zinserträge	10,4	25,5
Zinsaufwendungen	-102,9	-64,0
Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen	-8,7	10,6
Sonstiges Finanzergebnis	14,2	2,7
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-87,0</b>	<b>-25,2</b>
<b>Ergebnis vor Ertragsteuern</b>	<b>88,5</b>	<b>278,9</b>
Ertragsteuern	-55,0	-80,0
<b>Ergebnis nach Steuern</b>	<b>33,5</b>	<b>198,9</b>
davon entfallen auf		
Andere Gesellschafter	61,4	88,5
Anteilseigner der STEAG GmbH (Konzernergebnis)	-27,9	110,4

## Außenumsatz nach Geschäftsbereichen

in Millionen €	2014	2013	Veränd. in %
Kraftwirtschaft	2.914,6	2.692,3	8,3
Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen	214,4	244,1	-12,2
<b>STEAG-Konzern</b>	<b>3.129,0</b>	<b>2.936,4</b>	<b>6,6</b>

Die Umsatzerlöse stiegen insgesamt um 6,6 Prozent auf 3.129,0 Millionen € (Vorjahr: 2.936,4 Millionen €) im Wesentlichen aufgrund höherer Energieabsätze aus der kommerziellen Inbetriebnahme des Kraftwerks Walsum 10 im Dezember 2013 sowie aus gehandelten Strommengen.

Die Abschreibungen und Wertminderungen von 204,1 Millionen € (Vorjahr: 110,4 Millionen €) betrafen mit 139,1 Millionen € (Vorjahr: 99,6 Millionen €) planmäßige Abschreibungen für immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen und Investment Properties.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 408,2 Millionen € (Vorjahr: 422,7 Millionen €) sind unter anderem Aufwendungen aus der Bewertung von Derivaten (161,1 Millionen €; Vorjahr: 146,3 Millionen €) sowie Kursverluste aus der Bewertung von Fremdwährungspositionen (34,2 Millionen €; Vorjahr: 17,6 Millionen €) enthalten. Diesen Aufwendungen stehen Erträge aus der Bewertung von Derivaten (181,5 Millionen €; Vorjahr: 159,2 Millionen €) sowie Kursgewinne aus der Bewertung von Fremdwährungspositionen (19,2 Millionen €; Vorjahr: 13,9 Millionen €) gegenüber.

Das Ergebnis vor Finanzergebnis und Ertragsteuern hat sich gegenüber dem Vorjahr um 128,6 Millionen € auf 175,5 Millionen € (Vorjahr: 304,1 Millionen €) vermindert. Das Zinsergebnis liegt mit minus 92,5 Millionen € unterhalb des Vorjahreswertes von minus 38,5 Millionen €. Das Ergebnis vor Ertragsteuern sinkt von 278,9 Millionen € auf 88,5 Millionen €. Der Ertragsteueraufwand beträgt 55,0 Millionen € (Vorjahr: 80,0 Millionen €). Das Ergebnis nach Steuern liegt mit 33,5 Millionen € unter dem Vorjahreswert von 198,9 Millionen €.

Der Rückgang des Ergebnisses vor Steuern um minus 190,4 Millionen € ist im Wesentlichen durch Sondereinflüsse im Berichtsjahr verursacht.

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten eine Wertaufholung für das Kraftwerksprojekt **Walsum 10** in Höhe von 46,7 Millionen € (Vorjahr: 91,9 Millionen €). Darüber hinaus waren im Vorjahr einmalige Erträge aus einem Schiedsverfahren in Kolumbien in Höhe von 30,2 Millionen € enthalten. Der Personalaufwand ist insbesondere durch Aufwendungen für **Restrukturierungsmaßnahmen** in Höhe von minus 29,9 Millionen € (Vorjahr: minus 52,7 Millionen €) beeinflusst. Die Abschreibungen und Wertminderungen beinhalten mehrere Effekte. Neben Wertminderungen auf Projekte in Brasilien und Spanien von minus 54,7 Millionen € sind erstmals für das Kraftwerksprojekt Walsum 10 planmäßige Abschreibungen für ein vollständiges Geschäftsjahr mit 46,3 Millionen € (Vorjahr: 4,4 Millionen €) enthalten.

Der Rückgang des Finanzergebnisses ist im Wesentlichen verursacht durch einen Verlust aus einer at Equity bilanzierten Beteiligung in Spanien (minus 15,2 Millionen €) im Geschäftsjahr 2014. Das Vorjahr beinhaltete einmalige Zinserträge aus einem Schiedsverfahren in Kolumbien (13,1 Millionen €). Darüber hinaus ist mit der Inbetriebnahme des Kraftwerks Walsum 10 im Dezember 2013 die Möglichkeit zur Aktivierung von Bauzeitinsen aus diesem Projekt (Vorjahr: 21,4 Millionen €) entfallen.

Zur internen Steuerung und als Indikator für die nachhaltige Ertragskraft des Konzerns werden die Kennzahlen EBITDA und EBIT verwendet.



Es handelt sich um das um außergewöhnliche Effekte bereinigte Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (EBITDA) bzw. vor Zinsen und Steuern (EBIT).

Das EBITDA ist im Wesentlichen aufgrund besserer Ergebnisse im Geschäftsbereich Kraftwirtschaft gegenüber dem Vorjahr um 6,6 Prozent gestiegen. Die EBITDA-Marge bleibt mit 12,5 Prozent auf dem Niveau des Vorjahres.

Das EBIT liegt mit 244,2 Millionen € unter dem Vorjahreswert von 262,8 Millionen €. Die EBIT-Marge sinkt leicht um 1,1 Prozentpunkte auf 7,8 Prozent.

#### EBITDA und EBIT STEAG-Konzern

in Millionen €	2014	2013	Veränd. in %
Umsatterlöse	3.129,0	2.936,4	6,6
EBITDA	390,3	366,1	6,6
EBIT	244,2	262,8	-7,1
<b>EBITDA-Marge in %</b>	<b>12,5%</b>	<b>12,5%</b>	
<b>EBIT-Marge in %</b>	<b>7,8%</b>	<b>8,9%</b>	

#### Energieabsatz

Der gesamte Energieabsatz aus eigener und für Kunden betriebener Leistung sowie aus zugekauften Handelsmengen im Geschäftsbereich Kraftwirtschaft ist um 12,3 Prozent gegenüber 2013 auf 58.464 GWh<sub>a</sub><sup>2</sup> (Vorjahr: 52.083 GWh<sub>a</sub>) gestiegen. Der Wärmeabsatz aus dem Geschäftsbereich Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen sank um 6,7 Prozent auf 1.962 GWh<sub>th</sub> (Vorjahr: 2.103 GWh<sub>th</sub>) und der Stromabsatz nahm um 15,1 Prozent auf 1.843 GWh<sub>el</sub> (Vorjahr: 1.600 GWh<sub>el</sub>) zu.

Die Volllastbenutzungsstunden betragen im Geschäftsbereich Kraftwirtschaft 5.034 h<sub>el</sub> (Vorjahr: 5.172 h<sub>el</sub>), im Geschäftsbereich Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen 4.305 h<sub>el</sub> (Vorjahr: 4.675 h<sub>el</sub>).

<sup>2</sup> Energieabsatz in GWh<sub>a</sub> umfasst elektrische und thermische Energie, wobei die thermische in eine äquivalente elektrische Menge umgerechnet wurde.

## Finanzlage

### Finanzwirtschaftliches Risikomanagement

Die wesentlichen Ziele des Finanzmanagements sind die Sicherung der finanziellen Unabhängigkeit und die Begrenzung von Refinanzierungsrisiken für den STEAG-Konzern.

Die STEAG GmbH steuert grundsätzlich zentral die Mittelaufnahmen sowie die Bürgschaften und Garantien der STEAG-Konzerngesellschaften. Die STEAG GmbH verfügt über flexible Möglichkeiten zur Absicherung der Kapitalerfordernisse aus laufender Geschäftstätigkeit sowie aus Investitionen und Tilgungen von Finanzschulden.

Ein weiteres wesentliches Ziel des Finanzmanagements ist es, die Einhaltung der in den Schuldscheindarlehen der STEAG GmbH enthaltenen Kennzahlen sicherzustellen. Zu den wesentlichen Konditionen der Darlehensverträge gehört die Einhaltung von Finanzkennzahlen, die auf Basis des Konzernabschlusses der STEAG GmbH zu ermitteln sind. Hierbei handelt es sich um eine Vorgabe zum Nettoverschuldungsgrad als Verhältnis von Nettoverschuldung und adjustiertem EBITDA<sup>3</sup>.

### Finanzierungspolitik

Die STEAG GmbH stellt für die Gesellschaften des STEAG-Konzerns die Finanzmittel zur Verfügung und übernimmt von den Gesellschaften überschüssige Liquidität zu jeweils marktüblichen Bedingungen. In geringem Umfang nehmen STEAG-Konzerngesellschaften auch selbst Fremdmittel im Bankenmarkt auf bzw. legen überschüssige Liquidität dort an. In diesen Fällen erfolgt die Mittelaufnahme unter Besicherung der STEAG GmbH. Die Projektgesellschaften haften grundsätzlich mit ihren Cashflows und ihren Vermögenswerten. Ein Rückgriff auf die Muttergesellschaft STEAG GmbH ist nicht möglich (non-recourse). Zum Beispiel sind die drei Kraftwerke im Ausland Iskenderun, Mindanao und Termopaipa non-recourse projektfianziert.

Das Cashpooling im Inland wird bei STEAG GmbH geführt. Um ein Minimum externer Kreditaufnahmen zu erzielen, werden Liquiditätsüberschüsse in einem Cashpool auf STEAG-Konzernebene genutzt. Dadurch wird der Finanzbedarf in anderen Konzerngesellschaften gedeckt.

---

<sup>3</sup> Definition gemäß den Schuldscheindarlehenverträgen.

## Finanzierungsstruktur

Zum 31. Dezember 2014 standen den Finanzverbindlichkeiten von 1.875,0 Millionen € (Vorjahr: 1.219,0 Millionen €) flüssige Mittel in Höhe von 686,9 Millionen € (Vorjahr: 576,4 Millionen €) gegenüber.

Wesentlicher Bestandteil der langfristigen Finanzverbindlichkeiten sind die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, insbesondere für die neu aufgenommenen Schuldscheindarlehen, das Kraftwerk Walsum 10 sowie Kraftwerksgesellschaften im Ausland.

Von den kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten in Höhe von 501,5 Millionen € (Vorjahr: 400,2 Millionen €) entfallen 86,0 Millionen € (Vorjahr: 96,0 Millionen €) auf die Verbindlichkeit gegenüber der KSBG KG aus dem Gewinnabführungsvertrag einschließlich Steuerumlagen.

Wesentlicher Bestandteil der finanziellen Vermögenswerte sind die Forderungen aus Finanzierungsleasing in Höhe von 599,7 Millionen € (Vorjahr: 654,9 Millionen €). Hiervon entfallen 150,8 Millionen € (Vorjahr: 119,2 Millionen €) auf kurzfristige Forderungen.

Der STEAG-Konzern verfügt über keine weiteren außerbilanziellen Finanzierungsinstrumente, die einen wesentlichen Einfluss auf die derzeitige und zukünftige Finanz- und Ertragslage, die Liquidität oder sonstige Bilanzposten haben.

Die Passivseite ist geprägt durch die erstmalige Aufnahme von Schuldscheindarlehen durch die STEAG GmbH in Höhe von 400,0 Millionen €. Die abgeschlossenen Konditionen spiegeln die gute Bonität der STEAG GmbH wider. Außerdem hat die STEAG GmbH mit den Banken weitere Kreditvereinbarungen getroffen, um die verfügbare Liquidität zu erhöhen, die über die aktuellen Notwendigkeiten hinausgeht. Auch dort wurden dem Konzern aufgrund der positiven Bonitätsbeurteilung durch die Kreditinstitute entsprechende Konditionen eingeräumt.

Für den STEAG-Konzern ist die Liquidität gesichert.

## Investitionen

Der STEAG-Konzern verfolgt mit zielgerichteten Investitionsprojekten den Erhalt guter Wettbewerbspositionen und die Expansion in Geschäfte und Märkte, in denen Potenziale für nachhaltiges, profitables Wachstum und angemessene Renditen gesehen werden. Jedes Projekt wird detaillierten strategischen und wirtschaftlichen Analysen unter Berücksichtigung von Sensitivitäten und Szenarien zur Abbildung wesentlicher Risiken unterzogen.

Die Projekte müssen geschäftsspezifische und risikoadjustierte Mindestrenditeanforderungen erfüllen, die auch die Deckung konzernübergreifender Funktionskosten berücksichtigen.

#### Sach- und Finanzinvestitionen

in Millionen €	2014	2013	Veränd. in %
Kraftwirtschaft	60,8	225,1	-73,0
Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen	263,9	134,8	95,8
Sonstige	156,1	3,9	3.902,6
<b>STEAG-Konzern</b>	<b>480,8</b>	<b>363,8</b>	32,2

Die Investitionen betragen insgesamt 480,8 Millionen € (Vorjahr: 363,8 Millionen €) und übertrafen damit die Abschreibungen von 139,1 Millionen € (Vorjahr: 99,6 Millionen €) deutlich. Die Sachinvestitionen sanken 2014 um minus 3,3 Prozent nur unwesentlich auf 314,1 Millionen € (Vorjahr: 324,9 Millionen €).

Mit 79,8 Prozent entfiel der größte Teil der Sachinvestitionen auf den Geschäftsbereich Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen (250,7 Millionen €, Vorjahr: 108,2 Millionen €). Diese Investitionen betreffen vor allem Windparks in der Türkei, Rumänien, Deutschland und Polen. Größtes Einzelprojekt war die Errichtung des Windparks Crucea Nord in Rumänien. Weitere 18,6 Prozent der Sachinvestitionen entfallen auf den Geschäftsbereich Kraftwirtschaft (58,3 Millionen €, Vorjahr: 212,9 Millionen €). Die Errichtung des 790-MW-Steinkohlekraftwerks in Duisburg-Walsum wurde bereits 2013 abgeschlossen. Regional lag der Schwerpunkt der Sachinvestitionen des STEAG-Konzerns mit einem Anteil von 41,7 Prozent in Deutschland (131,0 Millionen €, Vorjahr: 246,4 Millionen €).

Wesentliche Finanzinvestition in 2014 war das Aufwärtsdarlehen an die KSBG KG in Höhe von 150,0 Millionen € im Rahmen der Kaufpreisfinanzierung für die Übernahme der 49,0 Prozent der Anteile an der STEAG GmbH.

## Cashflow

### Kapitalflussrechnung STEAG-Konzern (Kurzfassung)

in Millionen €	2014	2013
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	392,7	472,2
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-579,1	-237,4
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	272,2	-193,0
Einfluss von Wechselkurs- und sonstigen Wertänderungen auf die flüssigen Mittel	24,7	-9,5
Flüssige Mittel zum 31. Dezember	686,9	576,4

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit lag mit 392,7 Millionen € unter dem Vorjahreswert von 472,2 Millionen €. Im Vorjahr wurde der Cashflow aus operativer Tätigkeit insbesondere durch den Zufluss flüssiger Mittel aus der Ziehung einer Vertragserfüllungsbürgschaft im Zusammenhang mit dem Kraftwerksprojekt Walsum 10 erhöht. Die endgültige Klärung der zugrundeliegenden Ansprüche ist Gegenstand eines Schiedsverfahrens.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit lag mit minus 579,1 Millionen € unter dem Vorjahreswert von minus 237,4 Millionen €. Der höhere Mittelabfluss ist im Wesentlichen durch die gestiegenen Auszahlungen für Sachanlagevermögen und das genannte Aufwärtsdarlehen an die KSBG KG begründet. Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit liegt mit 272,2 Millionen € über dem Vorjahreswert von minus 193,0 Millionen €, was im Wesentlichen auf höhere Aufnahmen von Finanzschulden zurückzuführen ist. Hier ist insbesondere die Aufnahme von Schuldscheindarlehen durch die STEAG GmbH in Höhe von 400,0 Millionen € zu nennen.

## Vermögenslage

### Bilanzstruktur

#### STEAG-Konzern: Bilanzstruktur

in Millionen €	2014*	2013*	2014*	2013*	
Langfristige Vermögenswerte	3.112,9 (58,1%)	2.800,0 (61,4%)	978,3 (18,3%)	1.256,3 (27,6%)	Eigenkapital
			2.930,6 (54,7%)	2.087,8 (45,8%)	Langfristiges Fremdkapital
Kurzfristige Vermögenswerte	2.244,4 (41,9%)	1.758,5 (38,6%)	1.448,4 (27,0%)	1.214,4 (26,6%)	Kurzfristiges Fremdkapital
<b>Bilanzsumme</b>	<b>5.357,3</b>	<b>4.558,5</b>	<b>5.357,3</b>	<b>4.558,5</b>	

\*jeweils Stichtag 31. Dezember

Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem 31. Dezember 2013 von 4.558,5 Millionen € um 798,8 Millionen € auf 5.357,3 Millionen €. Die langfristigen Vermögenswerte stiegen um 312,9 Millionen € auf 3.112,9 Millionen € (Vorjahr: 2.800,0 Millionen €). Dies ist im Wesentlichen auf Sachinvestitionen in Höhe von 314,1 Millionen € (Vorjahr: 324,9 Millionen €) sowie Wertaufholungen in Höhe von 46,7 Millionen € (Vorjahr: 91,9 Millionen €) zurückzuführen. Den Investitionen stehen planmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen und als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien in Höhe von insgesamt 139,1 Millionen € (Vorjahr: 99,6 Millionen €) sowie Wertminderungen von 1,5 Millionen € (Vorjahr: 2,5 Millionen €) gegenüber. Der Anteil des langfristigen Vermögens am Gesamtvermögen betrug 58,1 Prozent (Vorjahr: 61,4 Prozent). Die langfristigen Vermögenswerte sind zu 125,6 Prozent durch langfristiges Kapital gedeckt (Vorjahr: 119,4 Prozent). Die kurzfristigen Vermögenswerte lagen mit 2.244,4 Millionen € (Vorjahr: 1.758,5 Millionen €) um 485,9 Millionen € über dem Wert zum Geschäftsjahresende 2013. Die kurzfristigen Vermögenswerte übersteigen das kurzfristige Fremdkapital um 55,0 Prozent (Vorjahr: 44,8 Prozent).

Das Eigenkapital sank um 278,0 Millionen € auf 978,3 Millionen € (Vorjahr: 1.256,3 Millionen €). Die Eigenkapitalquote verringerte sich unter anderem aufgrund der gestiegenen Bilanzsumme von 27,6 Prozent auf 18,3 Prozent. Das langfristige Fremdkapital erhöhte sich um 842,8 Millionen € bzw. 40,4 Prozent auf 2.930,6 Millionen € (Vorjahr: 2.087,8 Millionen €). Dies ist sowohl durch einen Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 469,0 Millionen € auf 1.145,6 Millionen € (Vorjahr: 676,6 Millionen €) als auch durch einen Anstieg der Rückstellungen bedingt. Die Pensionsrückstellungen stiegen um 259,6 Millionen € auf 1.085,6 Millionen € (Vorjahr: 826,0 Millionen €). Dies beruht insbesondere auf einem im Vergleich zum Vorjahr gesunkenen Zinssatz in der Bewertung der Pensionsrückstellungen. Der Anstieg der langfristigen sonstigen Rückstellungen um 34,7 Millionen € auf 286,8 Millionen € (Vorjahr: 252,1 Millionen €) resultiert im Wesentlichen aus einem Anstieg der Rückstellungen für Abbruchverpflichtungen um 23,8 Millionen € sowie aus einem Anstieg der Restrukturierungsrückstellungen um 13,9 Millionen €. Das kurzfristige Fremdkapital ist um 234,0 Millionen € auf 1.448,4 Millionen € gestiegen (Vorjahr: 1.214,4 Millionen €). Dies ist im Wesentlichen auf einen Anstieg der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 79,2 Millionen € auf 357,2 Millionen € (Vorjahr: 278,0 Millionen €) zurückzuführen. Des Weiteren haben sich die kurzfristigen Verbindlichkeiten aus Derivaten um 48,9 Millionen € auf 180,2 Millionen € (Vorjahr: 131,3 Millionen €) erhöht. Ebenso stiegen die kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 52,7 Millionen € auf 200,6 Millionen € (Vorjahr: 147,9 Millionen €).

Der STEAG-Konzern konnte trotz der genannten Sondereffekte ein deutlich positives Ergebnis erzielen. Durch gezielte Investitionen wird die zukünftige Ertragskraft des STEAG-Konzerns gestärkt. Finanzierung und Liquidität des Konzerns stehen auch für das Geschäftsjahr 2015 auf einer stabilen Basis.

## Wirtschaftliche Entwicklung der STEAG GmbH

Die STEAG GmbH mit Sitz in Essen ist das Mutterunternehmen des STEAG-Konzerns. Sie hält direkt und indirekt die Anteile an den zum Konzern gehörenden Tochterunternehmen. Der STEAG GmbH obliegt die operative und strategische Leitung der Geschäftsgebiete des Konzerns. Die Gesellschaft ist darüber hinaus mit Umsätzen von 2.241,9 Millionen € und einer Bilanzsumme von 3.142,9 Millionen € die größte Einzelgesellschaft des Konzerns. Die wesentlichen inländischen Beteiligungsunternehmen sind über Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträge mit der Gesellschaft verbunden.

Der Jahresabschluss der STEAG GmbH wurde nach den Rechnungslegungsvorschriften des deutschen Handelsgesetzbuches aufgestellt.

### Gewinn- und Verlustrechnung STEAG GmbH

in Millionen €	2014	2013
Umsatzerlöse	2.241,9	2.141,9
Bestandsveränderungen, aktivierte Eigenleistungen	-28,8	3,2
Sonstige betriebliche Erträge	47,6	65,3
Materialaufwand	-1.986,4	-1.880,5
Personalaufwand	-147,7	•165,1
Abschreibungen und Wertminderungen	-18,1	-24,8
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-143,6	-155,0
Finanzergebnis	106,0	124,2
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>70,9</b>	<b>109,2</b>
<b>Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>19,5</b>	<b>40,3</b>
Steuern	-12,5	-17,5
Gewinnabführung	-77,9	-89,0
<b>Jahresüberschuss/-fehlbetrag</b>	<b>0,0</b>	<b>43,0</b>
Einstellungen in andere Gewinnrücklagen	-	-43,0
<b>Bilanzgewinn</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>

Der Umsatz erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 100,0 Millionen € auf 2.241,9 Millionen € (Vorjahr: 2.141,9 Millionen €). Der Anstieg ist insbesondere in der Erhöhung der Energie- und Medienlieferungen begründet, wogegen für die Umsätze aus dem Kohlehandelsgeschäft ein Rückgang zu verzeichnen ist.



Die Umsatzerlöse im Berichtsjahr enthalten im Wesentlichen Energielieferungen von 1.461,9 Millionen € (Vorjahr: 1.270,3 Millionen €), Kohlelieferungen von 573,8 Millionen € (Vorjahr: 714,6 Millionen €), sowie Betriebs- und Geschäftsführungsentgelte in Höhe von 93,6 Millionen € (Vorjahr: 128,2 Millionen €). Die Erlöse entfallen auf Kunden im Inland, im europäischen Ausland sowie in Nord- und Lateinamerika.

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 47,6 Millionen € (Vorjahr: 65,3 Millionen €) enthalten im Wesentlichen Erträge aus Umlageverrechnung und Kostenerstattungen sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

Der Materialaufwand erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum insbesondere korrespondierend zu den gestiegenen Umsatzerlösen aus Energielieferungen sowie dem mengen- und preisbedingten Anstieg des Einsatzes von Emissionszertifikaten.

Der Rückgang des Personalaufwandes im Vergleich zum vorherigen Geschäftsjahr beruht insbesondere auf geringeren Aufwendungen für Restrukturierungsmaßnahmen (17,8 Millionen €; Vorjahr: 30,1 Millionen €).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen bewegen sich mit 143,6 Millionen € (Vorjahr: 155,0 Millionen €) annähernd auf dem Niveau des Vorjahres und umfassen im Wesentlichen Transportkosten und sonstige Verwaltungs- und Vertriebskosten. Darüber hinaus werden hauptsächlich Rechts- und Beratungskosten, Mieten und Pachten sowie Versicherungsprämien unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

Die Gesellschaft weist im Berichtszeitraum ein positives Finanzergebnis in Höhe von 106,0 Millionen € (Vorjahr: 124,2 Millionen €) aus. Dieses resultiert im Wesentlichen aus der Vereinnahmung von Beteiligungserträgen in Höhe von 120,5 Millionen € (Vorjahr: 106,9 Millionen €) sowie aus Ergebnisabführungsverträgen saldiert in Höhe von 32,4 Millionen € (Vorjahr: 54,6 Millionen €). Gegenläufig steht dem ein negatives Zinsergebnis von minus 54,4 Millionen € (Vorjahr: minus 36,5 Millionen €) - im Wesentlichen bedingt durch die Aufzinsung von Pensionsverpflichtungen und übrigen langfristigen Rückstellungen sowie den Zinsaufwand aus langfristigen Krediten - gegenüber.

Das außerordentliche Ergebnis im Vorjahr war geprägt von Ergebniseffekten im Zusammenhang mit dem Projekt Walsum 10, die sich aus Erträgen aus der geänderten Bewertung der Finanzanlage sowie gegenläufig aus der Erhöhung der Rückstellung für drohende Verluste aus der Stromvermarktung zusammensetzten. Im Berichtsjahr ergab sich aus der Neubewertung dieser Risikovorsorgen ein außerordentlicher Ertrag in Höhe von 36,7 Millionen €.

Zudem erhöhten die Erträge aus der Zuschreibung der Beteiligung an der STEAG Fernwärme GmbH in Höhe von 18,5 Millionen € das außerordentliche Ergebnis. Demgegenüber wurde der Aufwand aus der Wertberichtigung der Beteiligung an der STEAG Power Saar GmbH in Höhe von 10,0 Millionen € sowie der Aufwand von 22,0 Millionen € aus der Abschreibung von Beteiligungen und kurzfristigen Ausleihungen anlässlich des Projektausstiegs in Brasilien unter dem außerordentlichen Ergebnis erfasst. Ferner wurden unter dieser Position Aufwendungen aus der Anpassung der Pensionsrückstellungen aufgrund von Bewertungsänderungen nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) in Höhe von 3,7 Millionen € ausgewiesen. Der verbleibende Unterschiedsbetrag ist spätestens bis zum 31. Dezember 2024 in jährlichen Raten den Pensionsrückstellungen zuzuführen.

Der Steueraufwand enthält im Wesentlichen Ertragsteuern von 11,6 Millionen € (Vorjahr: 16,4 Millionen €). Der Rückgang ist bedingt durch geringere Körperschaftsteuerzahlungen von 0,3 Millionen € (Vorjahr: 4,4 Millionen €). Daneben beinhalten die Ertragsteuern die an den Organträger KSBG abgeführte Gewerbesteuerumlage in Höhe von 8,1 Millionen € (Vorjahr: 7,0 Millionen €).

Das Ergebnis nach Steuern in Höhe von 77,9 Millionen € wird aufgrund des bestehenden Gewinnabführungsvertrages an die KSBG KG abgeführt.

Bilanz STEAG GmbH

**Aktiva**

in Millionen €	31.12.2014	31.12.2013
Immaterielle Vermögensgegenstände	9,6	3,9
Sachanlagen	156,3	160,3
Finanzanlagen	1.562,7	1.254,3
<b>Anlagevermögen</b>	<b>1.728,6</b>	<b>1.418,5</b>
Vorräte	143,2	152,9
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	742,1	643,7
Wertpapiere	19,9	51,6
Flüssige Mittel	504,1	252,1
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>1.409,3</b>	<b>1.100,3</b>
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>5,0</b>	<b>2,2</b>
<b>Summe Aktiva</b>	<b>3.142,9</b>	<b>2.521,0</b>

**Passiva**

in Millionen €	31.12.2014	31.12.2013
Gezeichnetes Kapital	128,0	128,0
Kapitalrücklage	77,5	77,5
Gewinnrücklagen	272,8	272,8
<b>Eigenkapital</b>	<b>478,3</b>	<b>478,3</b>
Sonderposten mit Rücklageanteil	10,9	11,5
Sonderposten für Investitionszulagen zu Sachanlagen	0,6	0,8
<b>Rückstellungen</b>	<b>796,7</b>	<b>794,2</b>
<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>1.849,7</b>	<b>1.228,7</b>
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>6,7</b>	<b>7,5</b>
<b>Summe Passiva</b>	<b>3.142,9</b>	<b>2.521,0</b>

Die Bilanzsumme der STEAG GmbH erhöhte sich um 621,9 Millionen € auf 3.142,9 Millionen €. Das Anlagevermögen erhöhte sich insgesamt um 310,1 Millionen € auf 1.728,6 Millionen € (Vorjahr: 1.418,5 Millionen €). In Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände wurden 19,9 Millionen € (Vorjahr: 28,4 Millionen €) investiert. Die Investitionen lagen damit über den Normalabschreibungen von 16,4 Millionen €. Die Zugänge des Sachanlagevermögens im Geschäftsjahr 2014 resultieren insbesondere aus Investitionsmaßnahmen an den Kraftwerksstandorten (14,4 Millionen € Vorjahr: 24,5 Millionen €), die am Stichtag im Wesentlichen abgeschlossen waren. Der Anstieg bei den immateriellen Vermögensgegenständen ist insbesondere bedingt durch die Einführung einer aktuellen SAP-Version. Die Abschreibungsquote auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände (aufgelaufene Abschreibungen im Verhältnis zu den historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten) lag bei 90,8 Prozent (Vorjahr: 90,4 Prozent).

Im Finanzanlagevermögen haben die Veränderungen der Kapitalrücklage und des Verlustvortrages der STEAG Walsum 10 Kraftwerksbeteiligungsgesellschaft mbH zu einer korrespondierenden Erhöhung des Beteiligungsbuchwertes im Saldo von 49,8 Millionen € bei STEAG GmbH geführt. Weitere Kapitalmaßnahmen sind im Wesentlichen Kapitaleinzahlungen in die Steag 1. Beteiligungs-GmbH für das Projekt **Solarthermiekraftwerk** Arenales in Spanien in Höhe von 7,6 Millionen € und in die STEAG Rüzgar Süloglu Enerji Yaterim Üretim ve Ticaret A.S. (Türkei) in Höhe von 4,5 Millionen €. Aufgrund positiver Folgebewertungen im Rahmen der Inbetriebsetzung des Kraftwerks Walsum 10 konnten 19,3 Millionen € Zuschreibungen auf den Beteiligungsbuchwert der STEAG Walsum 10 Kraftwerksbeteiligungsgesellschaft mbH in 2014 erfasst werden. Darüber hinaus wurden Wertaufholungen in Höhe von 18,5 Millionen € auf den Beteiligungsbuchwert an der STEAG Fernwärme GmbH erfasst, da der Grund für die Wertberichtigung entfallen ist. Die Beteiligung an der STEAG Power Saar GmbH wurde in Höhe von 10,0 Millionen € weiter wertberichtigt. Im Berichtsjahr sind die Anteile an den Gesellschaften Canto do Buriti Bioeletricidade S.A. und Brasil **Campo Grande Participacoes S.A.** aufgrund des Projektausstieges in Brasilien im Geschäftsjahr 2014 nach vollständiger Wertberichtigung abgegangen. Unter den Ausleihungen des Finanzanlagevermögens sind die Gewährung des Aufwärtsdarlehens an den Gesellschafter KSBG KG in Höhe von 150,0 Millionen € sowie die seitens der **Tochtergesellschaft Crucea Wind Farm S.A.** (Rumänien) gezogene Kreditlinie von 70,2 Millionen € die wesentlichen Veränderungen.

Das Umlaufvermögen erhöhte sich um 309,0 Millionen € auf 1.409,3 Millionen € (Vorjahr: 1.100,3 Millionen €). Die Vorräte verblieben mit 143,2 Millionen € (Vorjahr: 152,9 Millionen €) auf dem Niveau des Vorjahres. Hierbei wurde der preis- und mengenbedingte Anstieg von Emissionsrechten um 23,5 Millionen € durch Abrechnung unfertiger Leistungen von 28,9 Millionen € für Unterstützungsleistungen im Projekt Walsum 10 überkompensiert. Der Anteil der Vorräte an der Bilanzsumme ist insgesamt auf 4,6 Prozent (Vorjahr: 6,1 Prozent) gesunken. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände erhöhten sich um 98,4 Millionen € auf 742,1 Millionen € (Vorjahr: 643,7 Millionen €). Diese Erhöhung resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg der Forderungen aus Ergebnisabführungen gegen verbundene Unternehmen um 38,3 Millionen € (96,4 Millionen €, Vorjahr: 58,1 Millionen €) und dem umsatzbedingten Aufbau der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 41,9 Millionen € (192,7 Millionen €, Vorjahr: 150,8 Millionen €). Gleichzeitig erhöhten sich im Berichtsjahr die flüssigen Mittel um 252,0 Millionen € (504,1 Millionen €, Vorjahr: 252,1 Millionen €) unter anderem durch die Aufnahme von Schuldscheindarlehen.

Das Eigenkapital veränderte sich im Vergleich zum Vorjahr nicht. Die Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten mit Rücklageanteil) beträgt nun 15,2 Prozent (Vorjahr: 19,0 Prozent). 27,7 Prozent (Vorjahr: 33,7 Prozent) des Anlagevermögens sind durch Eigenkapital gedeckt.

Die Rückstellungen verblieben mit 796,7 Millionen € (Vorjahr: 794,2 Millionen €) auf dem Niveau des Vorjahres. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erhöhten sich insbesondere bedingt durch höhere Aufzinsungen um 24,0 Millionen € auf 457,8 Millionen € (Vorjahr: 433,8 Millionen €). Die Pensionsrückstellungen bildeten mit 57,5 Prozent (Vorjahr: 54,6 Prozent) den größten Anteil an den Rückstellungen. Die sonstigen Rückstellungen zur Abdeckung drohender Verluste aus der zukünftigen Stromvermarktung aus dem Projekt **Walsum 10** verringerten sich im Saldo um 21,7 Millionen € auf 107,2 Millionen € (Vorjahr: 128,9 Millionen €). Hierin enthalten ist eine ertragswirksame Auflösung in Höhe von 17,4 Millionen €. Ein weiterer Rückgang der sonstigen Rückstellungen resultiert aus der Ausweisänderung noch nicht abgerechneter Fremdstromkäufe, die abweichend vom Vorjahr nicht unter den sonstigen Rückstellungen sondern unter den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ausgewiesen werden. Demgegenüber erhöhten sich die Rückstellungen aus der Rückgabeverpflichtung für Emissionszertifikate sowie die Rückstellung für **Restrukturierungsmaßnahmen**. Diese wurden insbesondere durch weitere Zuführungen von 17,8 Millionen € im Saldo auf insgesamt 70,9 Millionen € (Vorjahr: 58,9 Millionen €) erhöht.

Die Verbindlichkeiten erhöhten sich um 621,0 Millionen € auf 1.849,7 Millionen € (Vorjahr: 1.228,7 Millionen €). Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Aufnahme von Schuldscheindarlehen mit einem Gesamtvolumen von 400,0 Millionen €. Darüber hinaus erhöhten sich die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen insbesondere bedingt durch Kapitaleinzahlungsverpflichtungen um 89,9 Millionen € auf 1.063,3 Millionen € (Vorjahr: 973,4 Millionen €). Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich insbesondere aufgrund der dargelegten Ausweisänderung um 85,6 Millionen € auf 205,8 Millionen € (Vorjahr: 120,2 Millionen €). Aus der Ergebnisabführungsverpflichtung resultiert eine Verbindlichkeit inklusive Ertragsteuerumlage in Höhe von 86,0 Millionen € (Vorjahr: 96,0 Millionen €) gegenüber der KSBG KG.

## Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

### Mitarbeiter

#### Entwicklung der Mitarbeiterzahlen

Zum Jahresende 2014 waren im STEAG-Konzern 6.419 Mitarbeiter beschäftigt. Der Anteil der weiblichen Beschäftigten betrug 11 Prozent. Das Durchschnittsalter der Mitarbeiter lag weltweit bei 42 Jahren. Knapp 43 Prozent der Beschäftigten waren außerhalb Deutschlands tätig. Der Personalstand im Konzern ist gegenüber dem Vorjahr um knapp 400 Mitarbeiter angestiegen. Hierfür waren folgende Veränderungen ursächlich: Der Personalstand erhöhte sich im Bereich der Energy Services durch Erstkonsolidierung der STEAG Energy Services Solar SLU (Spanien) (+52) und STEAG Energy Services (Botswana) (pty) Limited (Botswana) (+247) sowie durch Ausweitung der Geschäftstätigkeit der STEAG Energy Services (India) Pvt. Ltd. (Indien) im Projekt Vedanta (+118). Im Geschäftsbereich Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen war ein Aufbau durch den Zugang der EC Gorlice Sp.z.o.o. (Polen) (+44) zu verzeichnen. Der Mitarbeiteranstieg in der Verwaltung ist im Wesentlichen durch den Wechsel der gewerblich-technischen Ausbildung (+105) und des Bereichs Umwelt, Genehmigungen, Produkte (+12) aus dem Bereich der Erzeugung zu erklären. Dementsprechend reduzierte sich der Personalstand im Bereich der Erzeugung. Das verbleibende Delta in Höhe von 29 Mitarbeitern im Bereich der Verwaltung ergab sich im Wesentlichen durch Personalabbau im Rahmen der Optimierung von Verwaltungsfunktionen.

Mitarbeiter nach Geschäftsbereichen	31.12.2014	31.12.2013
Kraftwirtschaft	5.177	4.928
Erneuerbare Energien und Dezentrale Anlagen	820	772
Verwaltung	422	334
STEAG-Konzern	6.419	6.034

## Ausbildung

Die Ausbildung im STEAG-Konzern bleibt beliebt. Das zeigt sich an den hohen Bewerberzahlen. Im Dezember 2014 wurden insgesamt 256 Auszubildende in den unterschiedlichsten Berufen ausgebildet. Dies entspricht einer Quote von konzernweit 4,2 Prozent bzw. 8,3 Prozent bei der STEAG GmbH. Der STEAG-Konzern legt seit vielen Jahren großen Wert auf eine qualitativ hochwertige und attraktive Berufsausbildung. Er leistet somit einen Beitrag zur gesellschaftlichen Verantwortung und stellt letztlich auch die Förderung des innerbetrieblichen Nachwuchses sicher.

## Personalentwicklung

Das neue Nachwuchskräfteentwicklungsprogramm des STEAG-Konzerns wurde zum Jahresende 2014 gestartet. Je nach Ausrichtung und Erfahrung gibt es ein Programm für High Potentials oder Potenzialträger.

High Potentials sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die über eine mehrjährige Berufserfahrung verfügen und bereits disziplinarische oder fachliche Führungserfahrungen gesammelt haben. In der „Executive Development Group“ (EDG) wird ihnen die Möglichkeit gegeben, Netzwerke auszubauen, ihre Kenntnisse des STEAG-Konzerns zu vertiefen und sich mit den Anforderungen einer möglichen zukünftigen Konzern-Führungsaufgabe auseinanderzusetzen.

Potenzialträger sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in der Regel drei bis fünf Jahre Berufserfahrung nach Ausbildung oder Studium haben. Das Unternehmen ermöglicht den Potenzialträgern, im Rahmen eines „General Management Program“ (GMP) ihre Kompetenzen zu erweitern und Netzwerke im STEAG-Konzern aufzubauen. Dabei werden sie von erfahrenen Führungskräften des Hauses begleitet, die die Rolle von Mentoren übernehmen.

Auch für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des „Energy Development Program“ (EDP) steht die Bildung von Netzwerken neben dem Auf- und Ausbau von Kompetenzen im Fokus. In 2014 haben insgesamt 43 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus verschiedenen Unternehmensbereichen des STEAG-Konzerns das EDP beendet; 16 weitere Teilnehmer starteten im September mit diesem STEAG-internen Entwicklungsprogramm für junge bzw. neue STEAG-Mitarbeiter.

Bei der STEAG Energy Services GmbH hat die erste internationale Gruppe des internen Entwicklungsprogramms „Emotion“ ihren Programmdurchlauf im Sommer 2014 erfolgreich beendet. Emotion steht für „Energy in Motion“ und ist seit dem Jahr 2006 ein zentraler Bestandteil der Mitarbeiterentwicklung der STEAG Energy Services GmbH. Zentrale Themenstellungen in dem Programm sind u.a. die Ausrichtung auf die Internationalisierung der Projektstrukturen und die Netzwerkbildung über alle Gesellschaften der STEAG Energy Services GmbH hinweg.

#### Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutzmanagement

Die Anzahl der **Betriebsunfälle** ist um 8,9 Prozent von 45 auf 49 angestiegen. Die Anzahl der **Wegeunfälle** hat sich um 36,8 Prozent von 19 auf 12 Unfälle verringert. Besonders hervorzuheben ist das Kraftwerk Mindanao auf den Philippinen, in dem seit acht Jahren unfallfrei gearbeitet wird. **Compania Electrica de Sochagota S.A.E.S.P.** (Kolumbien) ist seit mehr als zwei Jahren unfallfrei, ebenso die RKB Raffinerie-Kraftwerks-Betriebs GmbH und das Kraftwerk Weiher, die mehr als ein Jahr unfallfrei arbeiteten.

Die Einführung der zertifizierten Arbeits- und Gesundheitsschutzmanagementsysteme gemäß den Anforderungen OHSAS 18001:2007 im Inland seit 2008 hat zu einer Verbesserung in allen Bereichen beigetragen. Mit den durch die Berufsgenossenschaft durchgeführten erfolgreichen Re-Zertifizierungen in den letzten Jahren an allen Standorten und in allen Gesellschaften spiegelt sich der hohe Stand des Arbeits- und Gesundheitsschutzes wieder. Für die STEAG Technischer Service GmbH werden 2015 die Arbeitsschutzmaßnahmen systematisch weiterentwickelt, um eine Verbesserung des Arbeitsschutzes unter dem Motto „Vision ZERO“ zu erreichen. Die Gesellschaften mit unseren Kohlekraftwerken im Ausland haben 2014 ebenfalls den gleichen hohen und zertifizierten Standard im Arbeits- und Umweltschutz erreicht und werden regelmäßig auditiert.

Im Rahmen der standortbezogenen, durch die Behörden durchgeführten elf Inspektionen gemäß der **Industrieemissions-Richtlinie** (IED) im Umweltschutz wurden unser Umweltschutzmanagementsystem und die Auflagenerfüllung überprüft. Es wurden keine Mängel in den überprüften Kraft- und Heizwerken festgestellt.



## Betriebliches Gesundheitsmanagement

Das betriebliche Gesundheitsmanagement des STEAG-Konzerns ist als strategischer Baustein einer **demografiefesten** Personalarbeit etabliert und spielt bei den anstehenden Veränderungsprozessen im Unternehmen eine verbindende Rolle.

Auf Grundlage von Analysen und den Ergebnissen aus der Gesundheitsbefragung konnten verschiedene Aufgabenstellungen an den Standorten identifiziert werden. Die daraus resultierenden Erkenntnisse werden systematisch, zielgerichtet und standortbezogen genutzt, um die Beschäftigungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den einzelnen Standorten zu sichern. Dabei ist der partizipative Ansatz der Mitarbeiterbeteiligung und Führungskräfteentwicklung ein wesentlicher Baustein für die „gesunde STEAG“ in betriebswirtschaftlicher und personeller Hinsicht.

Die Führungskräfteentwicklung soll zukünftig die Fragestellungen rund um die Gesundheit als selbstverständlichen Baustein enthalten. Dazu sollen im ersten Schritt Führungskräfte Be- und Überlastungssituationen besser erkennen lernen. Dies ist nicht nur im Interesse der persönlichen Gesundheit, sondern auch im Interesse der Risikovermeidung und Qualitätssicherung der Arbeit im Unternehmen.

## Betriebliches Vorschlagswesen

Im Jahr 2014 wurde der STEAG-Konzern vom Deutschen Institut für Betriebswirtschaft gleich zweimal ausgezeichnet. In der Sparte „Energie, Energieversorgung“ ging der erste Platz an das Vorschlagswesen der STEAG GmbH. Den zweiten Platz erreichte das Ideenmanagement von STEAG Power Saar GmbH / STEAG New Energies GmbH. Der STEAG-Konzern hat somit schon über Jahre eine Spitzenposition in diesem Bereich inne, was untermauert, dass der STEAG-Konzern ein lernendes Unternehmen ist.

Durch umgesetzte Verbesserungsvorschläge im Jahr 2014 erzielte der STEAG-Konzern insgesamt einen quantifizierbaren Jahresnutzen in Höhe von 5,5 Millionen €. Dafür wurden an die Mitarbeiter Prämien in Höhe von 0,7 Millionen € ausgezahlt.

## Corporate Governance

Sowohl die Grundsätze, nach denen ein Unternehmen geführt werden soll, als auch die Regeln und Maßnahmen, die diese Grundsätze ausgestalten und zur praktischen Umsetzung verhelfen, stellen Corporate Governance dar. Diese Prinzipien sind im Deutschen Corporate Governance Kodex geregelt, an dem sich die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat der STEAG GmbH orientieren und dessen wesentliche Inhalte Teil der Unternehmenskultur des STEAG-Konzerns sind.

Für den STEAG-Konzern bedeutet gute Unternehmensführung, sich nicht nur in jeder Hinsicht rechtskonform entsprechend den gesetzlichen Verpflichtungen zu verhalten, sondern darüber hinaus verantwortungsvoll und werteorientiert, auch durch freiwillige Maßnahmen, zu handeln. Gute Unternehmensführung, die zudem transparent ist, führt dauerhaft zum Erfolg.

Zur Verwirklichung dieser Grundsätze dienen der STEAG Verhaltenskodex, die konkretisierenden Richtlinien sowie das Compliance Managementsystem des STEAG-Konzerns, welches ständig weiterentwickelt wird, allen Mitarbeitern als Orientierung. Der überwiegende Schwerpunkt der Tätigkeit im Themenfeld Compliance im Jahr 2014 lag wie in den vorangegangenen Geschäftsjahren darauf, Risiken und Verstößen vorzubeugen. In den turnusmäßigen und zielgruppenorientierten Präsenzs Schulungen zum Thema Antikorruption und Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität, in denen die Teilnehmer in aktiven Dialogen und Diskussionen mögliche „Dilemma-Situationen“ gemeinsam erörterten, konnten im vergangenen Jahr über 1.000 Mitarbeiter konzernweit persönlich erreicht werden. Wertvolle Unterstützung wurde dazu insbesondere in den Tochtergesellschaften durch die Beauftragten vor Ort geleistet. Neben Terminen im Inland fanden Veranstaltungen im europäischen Ausland, unter anderem in Polen, statt. Die Geschäftstätigkeiten im Ausland werden für den STEAG-Konzern immer bedeutender, so dass in der Zukunft vorbeugende Information über Risiken stärker ausgebaut werden soll.

Neben Präsenzs Schulungen entwickelte der Fachbereich Compliance gemeinsam mit der Abteilung Personal- und Organisationsentwicklung ein E-Learning-Tool zum STEAG Verhaltenskodex, um neuen Mitarbeitern sowie turnusmäßig zu schulenden Mitarbeitern und darüber hinaus Interessierten einen ständigen Zugang zu den Grundsätzen der STEAG Corporate Governance zu ermöglichen.

Grundsätze der Corporate Governance werden darüber hinaus kontinuierlich in die Verträge sowie Selbstverpflichtungen des STEAG-Konzerns mit ihren Geschäftspartnern einbezogen.

Der STEAG-Konzern nimmt nunmehr im vierten Jahr am UN Global Compact teil und unterstützt die Einhaltung der zehn Prinzipien aus den Bereichen Menschenrechte, Arbeitsnormen, Umweltschutz und Korruptionsbekämpfung. Ferner setzt der STEAG-Konzern die Kernarbeitsnormen der ILO (International Labour Organisation) um und handelt gemäß den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen.

Diese Grundsätze finden ebenfalls Eingang in die Vereinbarungen mit den Geschäftspartnern, sowohl individuell als auch über die allgemeinen Geschäftsbedingungen. Der STEAG-Konzern verwirklicht somit die Prinzipien einer nachhaltigen Lieferkette und versteht sich als deren Teil. Gemeinsam mit dem Fachbereich Einkauf führte der Fachbereich Compliance eine Selbstbefragung für Fokuslieferanten zu **Governance-** und **Nachhaltigkeitsthemen** und deren jeweilige Umsetzung ein. Der STEAG-Konzern berichtet darüber hinaus kontinuierlich über die eigenen Maßnahmen im Bereich Unternehmensverantwortung (Corporate Responsibility) im in- und Ausland, die zumeist standortbezogene Infrastrukturen in der jeweiligen Gesellschaft vor Ort stärken und soziale Zwecke unterstützen. Eine zusätzliche Bedeutung kommt dabei der wachsenden Zahl von Informationsportalen im Internet zu, über die Kunden, Anteilseigner und auch Finanzierungspartner sich ein Bild über die messbaren Aktivitäten des STEAG-Konzerns, insbesondere in den Bereichen Umweltschutz und **Personalwesen**, machen können.

## Nachtragsbericht

Seit Beginn des neuen Geschäftsjahres 2015 haben sich weder Änderungen des Branchenumfeldes ergeben noch sind Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, die eine wesentliche Auswirkung auf die Lage des STEAG-Konzerns haben könnten.

## Risiko-, Chancen- und Prognosebericht

### Risikobericht

#### Risikostrategie

Im Rahmen seiner Geschäftstätigkeit ergeben sich für den STEAG-Konzern kontinuierlich Chancen und Risiken. Das Risikomanagement ist ein zentraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung und dient der gezielten Sicherung bestehender und künftiger Erfolgspotenziale sowie der Vermeidung, Vorbeugung bzw. Gegensteuerung und Minimierung von Risiken. Die frühzeitige Erkennung und Realisierung von Chancen kann den Unternehmenserfolg erhöhen.

Der STEAG-Konzern ist aufgrund seiner Betätigungsfelder sich ständig ändernden politischen, gesellschaftlichen, demografischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ausgesetzt. Den Risiken, die sich daraus ableiten, wird entsprochen, indem das gesamte Umfeld beobachtet und analysiert wird und daraus Marktentwicklungen antizipiert werden. Die so gewonnenen Erkenntnisse werden genutzt, um das Portfolio konsequent entsprechend der Konzernstrategie weiterzuentwickeln.

#### Aufbau und Organisation des Risikomanagements

Der STEAG-Konzern verfügt über ein konzernweites internes Risikomanagementsystem. Neben organisatorischen Sicherungsmaßnahmen und internen Kontrollsystemen unterstützt auch die Revision als prozessunabhängige Kontroll- und Beratungsinstanz das Risikomanagement.

Das Risikomanagementsystem ist gemäß der STEAG-Organisationsstruktur dezentral aufgebaut. Die **originäre** Risikoverantwortung liegt bei den Bereichen, die für Früherkennung, Abschätzung der Auswirkungen, Erarbeitung und Umsetzung geeigneter Vorsorge- und Sicherungsmaßnahmen sowie die konzerninterne Kommunikation der Chancen und Risiken verantwortlich sind. Innerhalb dieser Organisationseinheiten koordinieren Risikobeauftragte die jeweiligen Risikomanagementaktivitäten.

Für den STEAG-Konzern nimmt das Konzerncontrolling die Steuerungs- und Kontrollfunktionen für Abläufe und Systeme wahr. Es ist Ansprechpartner für alle Risikobeauftragten und zuständig für die Koordination, Information und Dokumentation auf Konzernebene. Gleichzeitig verantwortet es die methodische Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems.

Risikomanagement ist auf allen Ebenen ein wesentliches Element der Controllingprozesse des STEAG-Konzerns. Zu diesen zählen die strategische und operative Planung, die Vorbereitung von Investitionsentscheidungen sowie die Monatsberichterstattungen und Hochrechnungen und - ab einem bestimmten Schwellenwert - eine Risiko-Sofortberichterstattung. Die Organisationseinheiten führen einmal jährlich in Verbindung mit der Mittelfristplanung eine umfassende Inventur von Chancen und Risiken durch. Alle Sachverhalte werden systematisch erfasst, dokumentiert und hinsichtlich ihrer potenziellen Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet. Für bei der Inventur erkannte Chancen und Risiken müssen sämtliche Organisationseinheiten Sicherungsmaßnahmen benennen, deren Umsetzung verfolgt wird. Die Inventur, die Sachverhalte kurzfristig für ein Jahr sowie mittelfristig über einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren betrachtet, wird ergänzt durch monatliche Chancen- und Risikoberichte, in denen Veränderungen bei den bereits identifizierten sowie neu aufgetretenen Sachverhalten, bezogen auf das laufende Jahr, erfasst werden.

## Gesamtrisikosituation

Die identifizierten Risiken unter Berücksichtigung der ergriffenen bzw. geplanten Maßnahmen haben einzeln oder in Wechselwirkung miteinander keine bestandsgefährdenden Auswirkungen auf den STEAG-Konzern.

Die Risiken unterteilen sich in strategische, operative, finanzwirtschaftliche und sonstige Risiken.

## Strategische Risiken

Veränderungen der bestehenden regulatorischen Rahmenbedingungen können die geplanten Investitionen und die Ertragslage des STEAG-Konzerns signifikant beeinflussen.

Die Geschäfte des STEAG-Konzerns sind einem dynamischen und starken Wettbewerb ausgesetzt, der die Mengen- und Preisrisiken verstärkt.

Aus heutiger Sicht wird das geänderte Marktumfeld in Deutschland zu einem wirtschaftlich begründeten Rückgang der inländischen Kraftwerkskapazitäten führen. Hierzu tragen insbesondere auch die nachfrageunabhängige Förderung und der Einspeisevorrang der erneuerbaren Energien bei. Durch den Einspeisevorrang werden nicht nur die systemstabilisierenden Kraftwerke verdrängt, sondern auch hocheffiziente **KWK-Anlagen**. Die Markt- und **Systemintegration** von erneuerbaren Energien wird verhindert. Ohne strukturelle Anpassungen der derzeitigen energiepolitischen Rahmenbedingungen wird der STEAG-Konzern **mittelfristig** die vorhandenen inländischen Kraftwerkskapazitäten verringern müssen und keine Investitionen in konventionelle Erzeugungsanlagen in Deutschland tätigen können, da das aktuelle Marktmodell hierfür keine Anreize bietet.

Durch Kapitalanlagegarantien der Bundesrepublik Deutschland sowie Kreditversicherungen der Exportkredite gewährenden Staaten wurden die politischen Risiken in den Ländern, in denen Auslandskraftwerke betrieben werden, abgesichert. Hierdurch ist ein Verlust des Kapitalanteils des STEAG-Konzerns weitgehend ausgeschlossen.

### Operative Risiken

Aufgrund der Langfristigkeit des Kraftwerksgeschäfts kommt dem vorbeugenden Risikomanagement besondere Bedeutung zu. Zentrale Elemente sind die sorgfältige Analyse der Markt- und Rahmenbedingungen, die bewusste Steuerung der relevanten Risiken durch eine systematische und ausgeglichene Risikopolitik, die hohe Qualität der eingesetzten Technik und die Akzeptanz der Anlagen in ihrem Umfeld. Die Qualität der Kommunikation mit Kunden, Lieferanten und Nachbarn sowie der Betrieb der Anlagen nach höchsten **Umweltstandards** sind Grundlage des langfristigen Erfolgs.

Konzernintern abgestimmte Regelwerke geben den Rahmen vor, innerhalb derer die finanzwirtschaftlichen Preisrisiken im Handelsbereich (**Commodity-Preise**, Währungen) sowie die damit verbundenen Kontrahentenausfall- und Liquiditätsrisiken gesteuert werden. Entsprechende Kennzahlen wie zum Beispiel **Positionslimite**, **Verlustlimite** oder auch **Value at Risk** dienen dabei der Einhaltung der gesetzten Grenzen.

Während die Preisrisiken insbesondere durch den Einsatz von Derivaten auf Basis entsprechender finanzmathematischer Modelle gesteuert werden, liegt der Fokus bei den Kontrahentenausfallrisiken auf der sorgfältigen Bonitätsprüfung der Vertragspartner, der Angemessenheit der zugrunde liegenden Rahmenverträge sowie einer kontinuierlichen Überprüfung der daraus abgeleiteten Kreditlinien. Für das Handelsgeschäft wird die Einhaltung aller relevanten Kennzahlen durch das Back Office im Handelsbereich überwacht.

Risiken für den STEAG-Konzern ergeben sich auch aus dem regulatorischen Umfeld zum Betrieb der Kraftwerke. Die an den Kraftwerksbetrieb gestellten Umweltschutzanforderungen werden in vollem Umfang erfüllt. Weitere Risiken ergeben sich aus den energiepolitischen Rahmenbedingungen, die Einfluss auf den Geschäftserfolg des STEAG-Konzerns haben. Zu nennen sind hier insbesondere zukünftige regulatorische Maßnahmen zur weiteren CO<sub>2</sub>-Reduzierung. Daher sind die Anstrengungen des STEAG-Konzerns auf die Verringerung der spezifischen CO<sub>2</sub>-Emissionen in den Kraftwerken durch Umsetzung weiterer Effizienzsteigerungen und innovative Technologien ausgerichtet. Investitionsentscheidungen bergen in ihrer Umsetzung aufgrund des hohen Kapitaleinsatzes und der langfristigen Kapitalbindung vielfältige und komplexe Risiken. Der STEAG-Konzern führt Vorbereitung, Umsetzung und Nachkontrolle solcher Entscheidungen entlang festgelegter und differenzierter Zuständigkeitsregelungen und Genehmigungsprozesse durch.

Regulatorische Eingriffe in den Grünstromzertifikatemarkt der rumänischen Regierung und das damit verbundene Überangebot an Grünstromzertifikaten lassen das Risiko der Erlösminderung der rumänischen Windparks erkennen. Das Überangebot und die damit verbundene negative Auswirkung auf deren Vermarktbarkeit kann dazu führen, dass nicht alle zugeteilten Grünstromzertifikate verkauft werden können.

## Finanzwirtschaftliche Risiken

Risiken aus Fremdwährung bestehen insbesondere bei der Beschaffung und Preisabsicherung des Brennstoffbedarfs. Sie werden mit geeigneten Finanzinstrumenten abgesichert.

Hinsichtlich der Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten wird auf den Abschnitt im Anhang zum Konzernabschluss verwiesen.

Geplante Dividendenausschüttungen ausländischer Konzerngesellschaften außerhalb des Euroraumes werden gegen Wechselkursschwankungen gesichert. Zusätzlich werden bei der Gesellschaft **Compania Electrica de Sochagota S.A.E.S.P.** (Kolumbien) die auf kolumbianischem Peso basierten Kosten gegen Wechselkursschwankungen gegenüber dem US-Dollar abgesichert. Nicht gegen Wechselkursschwankungen gesichert werden hingegen Risiken, die sich bei der Umrechnung von Jahresabschlüssen ausländischer Tochtergesellschaften in Euro mit dem aktuellen Wechselkurs gegenüber dem budgetierten Wechselkurs ergeben (Translationsrisiken).

#### Sonstige Risiken

Die Geschäftstätigkeit des **STEAG-Konzerns** birgt geschäftsübliche rechtliche Risiken aus Vertragsbeziehungen zu Kunden und Geschäftspartnern sowie technische Risiken aus dem Anlagenbetrieb, insbesondere von Großanlagen. Bei rechtlichen Auseinandersetzungen mit Vertragspartnern wurde in Abstimmung mit den Fachbereichen in angemessenem Umfang bilanzielle Risikovorsorge gebildet.

Im Rahmen der Errichtung des Kraftwerks **Walsum 10** wurden Maßnahmen zum Austausch von Kesselteilen notwendig, mit denen eine Verzögerung des Baufortschritts gegenüber der ursprünglichen Planung einherging. Hieraus ergaben sich Risiken in Form von Mehrausgaben, verzögerten Ergebnissen durch die verspätete Inbetriebnahme sowie aus einem Zwischenfinanzierungsbedarf. Den Risiken wurde seit dem Jahresabschluss 2011 auf Basis einer umfassenden Bewertung Rechnung getragen. Der Beginn des kommerziellen Betriebs erfolgte im Dezember 2013. Die rechtliche Auseinandersetzung mit dem Generalunternehmerkonsortium, bestehend aus Hitachi Ltd. und Hitachi Power Europe GmbH, wurde mit der Einleitung eines Schiedsverfahrens begonnen. Zusätzlich hat das Generalunternehmerkonsortium spiegelbildlich einen Regressanspruch gegen die STEAG GmbH vor dem Landgericht Essen geltend gemacht.



## Risiken der STEAG GmbH

Die STEAG GmbH mit Sitz in Essen hat als Führungsgesellschaft und Stammhaus des STEAG-Konzerns mit dem Großteil der inländischen Tochtergesellschaften Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträge geschlossen. Dadurch steuert die STEAG GmbH einen Großteil der inländischen Risiken im Konzern. Zugleich ist die Gesellschaft die größte Einzelgesellschaft des Konzerns. Die für den STEAG-Konzern aufgeführten Risiken gelten daher im Wesentlichen auch für die STEAG GmbH.

## Chancenbericht

Im Rahmen von Optimierungsprogrammen wurden Projekte zur Kosteneinsparung, Optimierung von Prozessen und Strukturen, Verbreiterung der Vermarktung sowie zur Entwicklung neuer Geschäftsaktivitäten abgeschlossen. Die erfolgreiche und zügige Umsetzung der mit den Projekten verbundenen Maßnahmen soll zu einer Verbesserung des Ergebnisniveaus führen.

In den für den STEAG-Konzern relevanten Zielmärkten gibt es gute Chancen, das Geschäft erfolgreich weiterzuentwickeln. In Deutschland hat der STEAG-Konzern inzwischen eine solide Basis im Bereich der erneuerbaren und dezentralen Energien erreicht, die weiter ausgebaut werden soll. Die internationale Ausrichtung des STEAG-Konzerns soll in den nächsten Jahren verstärkt vorangetrieben werden. Dabei zählt sich aus, dass der STEAG-Konzern schon in den vergangenen Jahren in wachstumsstarken Märkten und attraktiven Regionen engagiert war.

### Wachstum in internationalen **Schwerpunktländern**

Der STEAG-Konzern wird bevorzugt in den Ländern Projekte entwickeln, in denen bereits langjährige Geschäftserfahrung gesammelt werden konnte.

Der türkische Energiemarkt bietet auch zukünftig Potenzial für den STEAG-Konzern. Die Bauphase eines Windparks im Nordwesten der Türkei (66 MW) hat Ende 2014 begonnen, dieser wird voraussichtlich im letzten Quartal 2015 in den kommerziellen Betrieb übergehen.

Auch der asiatisch-pazifische Raum bietet für den STEAG-Konzern viele Wachstumschancen. Insbesondere in Indien, wo der STEAG-Konzern seit Jahren erfolgreich aktiv ist, gibt es, insbesondere im Service-Bereich sehr gute Möglichkeiten. Hier kann der STEAG-Konzern die besondere Kompetenz bei Planung, Realisierung und Betrieb von Steinkohlekraftwerken einbringen. Weitere Chancen ergeben sich aus der Aktivität in Südostasien. Der STEAG-Konzern verfolgt momentan Projektansätze im Bereich **Geothermie**, vornehmlich in Indonesien. Derzeit werden in einer Region in Indonesien Ressourcenprüfungen für ein **Geothermiekraftwerk** durchgeführt.

#### Ausbau der Handelsaktivitäten

Der Geschäftsbereich Markt ist dabei, die Handelsaktivitäten zu erweitern. Hierzu sind auf nationaler Ebene der Handel mit erneuerbaren Energien und die Einführung eines Handels für Strombedarf mit festen Lieferprofilen (Fahrplanhandel) zu nennen. Daneben wird auch das Geschäft im Ausland entwickelt, beispielsweise durch die Einführung eines grenzüberschreitenden Stromhandels und den Ausbau der Vermarktungsaktivität im Zusammenhang mit bestehenden oder in der Realisierung befindlichen Auslandsprojekten der STEAG GmbH und ihrer Tochtergesellschaften.

#### Kommunale Partnerschaften und erneuerbare Energien in Deutschland

Der STEAG-Konzern unterstützt kommunale Partner mit Know-how im Bereich der Energieerzeugung. Der STEAG-Konzern arbeitet bereits seit Jahrzehnten mit kommunalen Partnern erfolgreich zusammen, auch in gemeinsamen Gesellschaften oder im Auftrag von Zweckverbänden. Die kommunale Verbundenheit wird seit 2011 durch die Eigentümerstruktur vertieft. Die Anteilseignerstruktur bietet zum Beispiel Chancen, im Bereich der erneuerbaren Energien zu wachsen.

In Deutschland wird mehr als die Hälfte des abgesetzten Stroms über Stadtwerke vertrieben, gleichzeitig haben diese nur wenige eigene Erzeugungsanlagen. Der STEAG-Konzern bietet zum einen den Zugriff auf bestehende Erzeugungsanlagen an und plant zum anderen, gemeinsam mit Stadtwerken Erzeugungsprojekte zu realisieren.

Zur langfristigen Unterstützung eines nachhaltigen Wachstums wird beabsichtigt, eine Stadtwerke-Partnerschaft in Form einer gemeinsamen Gesellschaft einzugehen die Projekte im Bereich erneuerbare Energien finanziert, errichtet und betreibt sowie hierfür Beteiligungen an Projektgesellschaften hält. An der gemeinsamen Gesellschaft wird ein Anteil von 51,0 Prozent gehalten, und sie wird als Ausgangsbasis für eine künftige Zusammenarbeit mit ausgewählten Bestandsprojekten aus den Segmenten Biogas und Wind ausgestattet.

Auch im Energiehandel vergrößert sich die Anzahl der Kunden aus dem Bereich der Stadtwerke. Des Weiteren befinden sich Kooperationen und Dienstleistungen, insbesondere für die Handelsaktivitäten von Stadtwerken, in der Vorbereitung.

## Chancen der STEAG GmbH

Die STEAG GmbH als Führungsgesellschaft des STEAG-Konzerns steuert einen Großteil der Chancen des STEAG-Konzerns. Die wesentlichen Chancen entsprechen der Darstellung für den Konzern.

## Prognosebericht

### Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die Bundesbank erwartet für das Jahr 2015 einen leichten Anstieg des deutschen Bruttoinlandsprodukts um 1,0 Prozent. Laut Prognose werden die immer noch gute Verfassung der deutschen Wirtschaft - geringer Verschuldungsgrad und eine ausgewogene Preis-Kosten-Relation der Unternehmen –sowie das geringe Zinsniveau ausschlaggebende Faktoren für den zumindest leichten Anstieg sein.

Die Binnenwirtschaft wird hierdurch positiv beeinflusst, außerdem wird so die Wahrnehmung von Chancen auf ausländischen Märkten erhöht. Im Besonderen die Auslandsmärkte sollten im nächsten Jahr wieder vermehrt Chancen für Wachstum bieten, vor allem, wenn sich die wirtschaftliche Erholung des Euro-Gebiets festigt und der Welthandel zusätzlich floriert.

Der in den vergangenen Monaten stark gesunkene Preis für Rohöl könnte sich noch zusätzlich positiv auf die Entwicklung des Wirtschaftswachstums auswirken. Die Bundesbank geht davon aus, dass das deutsche Bruttoinlandsprodukt noch einmal zusätzlich um 0,1 bis 0,2 Prozentpunkte ansteigen könnte, wenn der Rohölpreis für einen längeren Zeitraum auf dem aktuell niedrigen Niveau verharrt.

Als Bedrohung für die wirtschaftliche Entwicklung werden weiterhin verschärfte geopolitische Spannungen sowie die Gefahr abrupter, von den Finanzmärkten ausgehender Anpassungsprozesse gesehen, die sich negativ auf die aufstrebenden Volkswirtschaften auswirken würden.

#### Energiewirtschaftliche Entwicklung

Der fortschreitende Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien wird zu einem weiteren Rückgang der konventionellen Stromerzeugung in Deutschland führen und spürbaren Einfluss auf die Strompreise nehmen. Analysten und Händler gehen mittelfristig von einem niedrigen Niveau der Börsenstrompreise aus. Gleichzeitig werden höhere Konsumentenpreise aufgrund der ergänzend zum Strombörsenpreis zu berücksichtigenden Kosten für Vertrieb, Netzausbau, Steuern und Abgaben erwartet. Aufgrund der Ziele der Bundesregierung zur Reduktion des Primärenergieverbrauchs und Steigerung der Energieeffizienz geht das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) trotz guter Konjunkturaussichten davon aus, dass der Bruttostromverbrauch in den kommenden Jahren in Deutschland stagnieren bzw. leicht sinken wird.

#### Strategische und operative Herausforderungen

In den kommenden Jahren ist der STEAG-Konzern mit besonderen Herausforderungen konfrontiert. Durch die energiepolitische Neuausrichtung in Deutschland haben sich die Rahmenbedingungen für Kraftwerksbetreiber substanziell geändert.

Die vorrangige Behandlung der erneuerbaren Energien durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) setzen speziell die Betreiber fossiler Kraftwerke unter Ergebnisdruck. Infolge der veränderten Auslastung von Steinkohlekraftwerken in Deutschland hat der STEAG-Konzern bereits frühzeitig damit begonnen, die Kosten- und Erlösstruktur der eigenen Kraftwerke zu optimieren. Darüber hinaus werden Verwaltungsstrukturen und -prozesse überprüft und, wo notwendig, weiter angepasst. Durch diese Maßnahmen sollen in den kommenden Jahren erhebliche Einsparungen erzielt werden.

Der STEAG-Konzern stellt sich zudem auf die steigenden Anforderungen bei der Vermarktung von Kraftwerkskapazitäten und Strommengen ein. Diesbezüglich hat der STEAG-Konzern bereits Maßnahmen ergriffen, um auf Marktveränderungen flexibel reagieren zu können. Hierzu zählen sowohl die Erweiterung des Dienstleistungsportfolios als auch die Vorbereitungen für den aus heutiger Sicht erforderlichen Auslaufbetrieb von Kraftwerken. Der STEAG-Konzern konzentriert sich daher darauf, einen Betrieb der vorhandenen **Kraftwerkskapazitäten** möglichst langfristig zu gewährleisten. Die Entscheidung über die tatsächliche **Stilllegung** von Kraftwerksblöcken behält sich der STEAG-Konzern bis zum letztmöglichen Zeitpunkt vor.

Der STEAG-Konzern ist überdies als Betriebsführer von Kraftwerksanlagen für Dritte bereits etablierter Marktpartner im In- und Ausland. Außerdem stellt der STEAG-Konzern für Dritte erfolgreich Bedienpersonal unterschiedlichster Qualifikation im Kraftwerksbereich und in kraftwerksnahen Branchen zur Verfügung.

Nach der erfolgreichen Inbetriebnahme des Kraftwerks **Walsum 10** bleibt die Begleitung des eingeleiteten Schiedsverfahrens gegen das Generalunternehmerkonsortium, bestehend aus Hitachi Ltd. und Hitachi Power Europe GmbH, eine wichtige Aufgabe. Die geltend gemachten Ansprüche beruhen auf Verzug bei der Fertigstellung des Kraftwerks **Walsum 10**, die vom Generalunternehmerkonsortium zu vertreten sind.

Darüber hinaus verfolgt der STEAG-Konzern für sein **Solarthermieprojekt Arenales** eine Schiedsklage vor dem International Centre for **Settlement of Investment Disputes (ICSID)** gegen den spanischen Staat. Der spanische Staat hat seit Ende 2012 durch königliche Dekrete diverse Änderungen des Vergütungssystems für erneuerbare Energien, darunter auch **Solarthermie**, beschlossen, die die Wirtschaftlichkeit des Projekts nachhaltig beeinträchtigen. Diese gesetzlichen Anpassungen verstoßen nach Ansicht des STEAG-Konzerns gegen den in der Energiecharta festgelegten Grundsatz des „fair and equitable treatment“ und sind ferner als enteignungsgleicher Eingriff zu werten.

Darüber hinaus gilt es mit dem in Betrieb genommenen Windpark Crucea Nord in einem veränderten Marktumfeld in Rumänien zu bestehen und den Windpark Süioglu in der Türkei in kommerziellen Betrieb zu nehmen.

Bei der strategischen Ausrichtung des STEAG-Konzerns wird ein Schwerpunkt des geplanten Wachstums im Bereich der erneuerbaren Energien liegen und zu einer stärkeren Diversifikation des Erzeugungsportfolios im Konzern beitragen. Dies soll sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene erfolgen und bedarf stabiler finanzieller Rahmenbedingungen. Zur Umsetzung der Wachstumsstrategie wird vom STEAG-Konzern insbesondere die Realisierung von Onshore-Windprojekten verfolgt, wobei mit dem Windpark Ullersdorf (Deutschland) und Crucea Nord (Rumänien) bereits 2014 zwei wichtige Projekte in Betrieb genommen wurden. Zudem soll die bestehende Geschäftsaktivität im Bereich **Geothermie** im Ausland ausgebaut werden.

Die strategische Ausrichtung sowie die mögliche Nutzung von Synergien zwischen der STEAG GmbH und der KSBG KG als nun alleiniger Anteilseignerin bzw. den KSBG-Gesellschaftern bieten die Chance eines verbesserten Marktauftritts. Auch in den Geschäftsfeldern Fernwärme und Energy Services erwarten wir positive Impulse aus dieser Zusammenarbeit

### Operatives Ergebnis

Für das Geschäftsjahr 2015 wird für den Konzern im Wesentlichen aufgrund des geplanten Ausbaus der Handelsaktivitäten, höherer **Zukaufsmengen** sowie einer erhöhten Leistung der Verbundkraftwerke (Übernahme des Kraftwerks Bexbach sowie Vermarktung des eigenen Leistungsanteils des Kraftwerks Bergkamen) ein deutlich höherer Umsatz in Höhe von 3,9 Milliarden € erwartet. Die geplante operative Ergebnisgröße **EBIT** für 2015 liegt rund 10 Prozent unterhalb des Wertes des Jahres 2014. Erwartete rückläufige Ergebnisse der inländischen Kraftwerke können nicht in vollem Umfang durch die geplanten Ergebnisbeiträge aus Neuprojekten im Bereich der erneuerbaren Energien kompensiert werden.

Entgegen der Vorjahresprognose hat sich das EBIT leicht rückläufig entwickelt.

Hierbei standen unter anderem ungeplanten, im Wesentlichen witterungsbedingt schlechteren Ergebnissen im Bereich Fernwärme sowie ungeplanten Bewertungseffekten positive Effekte im Bereich der Erneuerbaren Energien und Dezentralen Anlagen gegenüber.

Der Umsatz ist entgegen der Prognose gegenüber dem Budget um rund 14 Prozent gestiegen. Grund hierfür sind vor allem ungeplant höhere Energieabsätze aus gehandelten Strommengen in der inländischen Kraftwirtschaft.

Die künftige Entwicklung des Konzerns wird im Wesentlichen durch die geplanten Investitionen geprägt. Für das Jahr 2015 sind Investitionen von knapp 550 Millionen € vorgesehen. Schwerpunkt der Investitionstätigkeit ist der Ausbau des Neugeschäftes. Für Neubauprojekte sind Investitionen in Höhe von rund 470 Millionen € vorgesehen. Im Bestandsgeschäft soll mit ~~gezielten~~ gezielten Maßnahmen an den Kraftwerksstandorten die Effizienz im Anlagenbetrieb gesteigert werden.

#### Gesamtaussage zur voraussichtlichen Entwicklung

Der STEAG-Konzern geht davon aus, dass die sich aus der strategischen Ausrichtung ergebenden Chancen und insbesondere die geplanten Investitionen in **Wachstumsfeldern** zukünftig dazu beitragen werden, dass der STEAG-Konzern auch in Zukunft seine gute Position im Energiemarkt halten und in wichtigen Segmenten ausbauen wird.

Ausblick zur voraussichtlichen Entwicklung der STEAG GmbH

Das für 2015 geplante operative Ergebnis wird sich gegenüber 2014 unter anderem aufgrund rückläufiger Margen der inländischen Kraftwerke unter Berücksichtigung eines schwierigeren Marktumfeldes voraussichtlich verringern. Größere Revisionen sind lediglich am Standort Herne geplant.


Essen, den 13. März 2015  
STEAG GmbH  
Die Geschäftsführung



Rumstadt



Baumgärtner



Dr. Cieslik



Geißler

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen, die auf den gegenwärtigen Erwartungen, Vermutungen und Prognosen der Geschäftsführung sowie den ihr derzeit verfügbaren Informationen beruhen. Die zukunftsgerichteten Aussagen sind nicht als Garantien der darin genannten zukünftigen Entwicklungen und Ergebnisse zu verstehen. Die zukünftigen Entwicklungen und Ergebnisse sind vielmehr abhängig von einer Vielzahl von Faktoren. Sie beinhalten verschiedene Risiken und Unwägbarkeiten und beruhen auf Annahmen, die sich möglicherweise als nicht zutreffend erweisen.





## Auftragsbedingungen, Haftung und Verwendungsvorbehalt

Wir, die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, haben unsere Prüfung der vorliegenden Rechnungslegung im Auftrag der Gesellschaft vorgenommen. Neben der gesetzlichen Funktion der Offenlegung (§325 HGB) in den Fällen gesetzlicher Abschlussprüfungen richtet sich der Bestätigungsvermerk ausschließlich an die Gesellschaft und wurde zu deren interner Verwendung erteilt, ohne dass er weiteren Zwecken Dritter oder diesen als Entscheidungsgrundlage dienen soll. Das in dem Bestätigungsvermerk zusammengefasste Ergebnis von freiwilligen Abschlussprüfungen ist somit nicht dazu bestimmt, Grundlage von Entscheidungen Dritter zu sein, und nicht für andere als bestimmungsgemäße Zwecke zu verwenden.

Unserer Tätigkeit liegt unser Auftragsbestätigungsschreiben zur Prüfung der vorliegenden Rechnungslegung einschließlich der "Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften" in der vom Institut der Wirtschaftsprüfer herausgegebenen Fassung vom 1. Januar 2002 zugrunde.

Klarstellend weisen wir darauf hin, dass wir Dritten gegenüber keine Verantwortung, Haftung oder anderweitige Pflichten übernehmen, es sei denn, dass wir mit dem Dritten eine anders lautende schriftliche Vereinbarung geschlossen hätten oder ein solcher Haftungsausschluss unwirksam wäre.

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass wir keine Aktualisierung des Bestätigungsvermerks hinsichtlich nach seiner Erteilung eintretender Ereignisse oder Umstände vornehmen, sofern hierzu keine rechtliche Verpflichtung besteht.

Wer auch immer das in vorstehendem Bestätigungsvermerk zusammengefasste Ergebnis unserer Tätigkeit zur Kenntnis nimmt, hat eigenverantwortlich zu entscheiden, ob und in welcher Form er dieses Ergebnis für seine Zwecke nützlich und tauglich erachtet und durch eigene Untersuchungshandlungen erweitert, verifiziert oder aktualisiert.

# Allgemeine Auftragsbedingungen

## für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2002

### 1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für die **Verträge** zwischen **Wirtschaftsprüfern** oder **Wirtschaftsprüfungsgesellschaften** (im nachstehenden zusammenfassend **„Wirtschaftsprüfer“** genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Beratungen und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist

(2) Werden im Einzelfall ausnahmsweise vertragliche Beziehungen auch zwischen dem Wirtschaftsprüfer und anderen Personen als dem Auftraggeber begründet, so gelten auch gegenüber solchen Dritten die Bestimmungen der nachstehenden Nr. 9.

### 2. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Gegenstand des Auftrages ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer ist **berechtigt**, sich zur Durchführung des Auftrages sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die **Berücksichtigung** ausländischen Rechts bedarf - außer bei **betriebswirtschaftlichen** Prüfungen - der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Der Auftrag erstreckt sich, soweit er nicht darauf gerichtet ist, nicht auf die Prüfung der Frage, ob die Vorschriften des **Steuerrechts** oder Sondervorschriften, wie z. B. die Vorschriften des **Preis-, Wettbewerbsbeschränkungs- und Bewirtschaftungsrechts** beachtet sind; das gleiche gilt für die **Feststellung**, ob Subventionen, Zulagen oder sonstige Vergünstigungen in Anspruch genommen werden können. Die Ausführung eines Auftrages umfasst nur dann Prüfungshandlungen, die gezielt auf die Aufdeckung von Buchfälschungen und sonstigen Unregelmäßigkeiten gerichtet sind, wenn sich bei der Durchführung von Prüfungen dazu ein Anlass ergibt oder dies ausdrücklich schriftlich vereinbart ist

(4) **Ändert** sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen **Außerung**, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

### 3. Aufklärungspflicht des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, daß dem Wirtschaftsprüfer auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen **rechtzeitig** vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekanntwerden.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

### 4. Sicherung der Unabhängigkeit

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß alles unterlassen wird, was die **Unabhängigkeit** der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährden könnte. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

### 5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Hat der Wirtschaftsprüfer die Ergebnisse seiner Tätigkeit schriftlich darzustellen, so ist nur die schriftliche Darstellung maßgebend. Bei Prüfungsaufträgen wird der Bericht soweit nichts anderes vereinbart ist, schriftlich erstattet. Mündliche Erklärungen und Auskünfte von Mitarbeitern des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrages sind stets unverbindlich.

### 5. Schutz des geistigen Eigentums des Wirtschaftsprüfers

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß die im Rahmen des Auftrages vom Wirtschaftsprüfer gefertigten Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Aufstellungen und Berechnungen, insbesondere **Massen- und Kostenberechnungen**, nur für seine eigenen Zwecke verwendet werden.

### 7. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Berichte, Gutachten und dgl.) an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des **Wirtschaftsprüfers**, soweit sich nicht bereits aus dem Auftragsinhalt die Einwilligung zur Weitergabe an einen bestimmten Dritten ergibt.

Gegenüber einem Dritten haftet der Wirtschaftsprüfer (im Rahmen von Nr. 9) nur, wenn die Voraussetzungen des Satzes 1 gegeben sind.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Wirtschaftsprüfer zu fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

### 8. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen der Nacherfüllung kann er auch Herabsetzung der Vergütung oder Rückgängigmachung des Vertrages verlangen; ist der Auftrag von einem Kaufmann im Rahmen seines Handelsgewerbes, einer juristischen Person des öffentlichen Rechts oder von einem öffentlich-rechtlichen Sondervermögen erteilt worden, so kann der Auftraggeber die Rückgängigmachung des Vertrages nur verlangen, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muß vom Auftraggeber unverzüglich schriftlich geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z. B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse in Frage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

### 9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Prüfungen gilt die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Haftung bei Fahrlässigkeit, Einzelner Schadensfall

Falls weder Abs. 1 eingreift noch eine Regelung im Einzelfall besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gem. § 54 a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt; dies gilt auch dann, wenn eine Haftung gegenüber einer anderen Person als dem Auftraggeber begründet sein sollte. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfaßt sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der **Mindestversicherungssumme** gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(3) Ausschlussfristen

Ein **Schadensersatzanspruch** kann nur innerhalb einer Ausschlussfrist von einem Jahr geltend gemacht werden, nachdem der Anspruchsberechtigte von dem Schaden und von dem anspruchsbegründenden Ereignis Kenntnis erlangt hat, spätestens aber innerhalb von 5 Jahren nach dem anspruchsbegründenden Ereignis. Der Anspruch erlischt, wenn nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten seit der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde.

Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt. Die Sätze 1 bis 3 gelten auch bei gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen mit gesetzlicher Haftungsbeschränkung.

## 10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Eine nachträgliche Änderung oder Kürzung des durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschlusses oder Lageberichts bedarf, auch wenn eine Veröffentlichung nicht stattfindet, der schriftlichen Einwilligung des Wirtschaftsprüfers. Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

## 11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfaßt nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, daß der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Falle hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, daß dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfaßt die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrages. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z. B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen und
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlung, Verschmelzung, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen.

(6) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzuges wird nicht übernommen.

## 12. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze verpflichtet, über alle Tatsachen, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, gleichviel, ob es sich dabei um den Auftraggeber selbst oder dessen Geschäftsverbindungen handelt, es sei denn, daß der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen.

(3) Der Wirtschaftsprüfer ist befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Auftraggebers zu verarbeiten oder durch Dritte verarbeiten zu lassen.

## 13. Annahmeverzug und unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers

Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Wirtschaftsprüfer angebotenen Leistung in Verzug oder unterläßt der Auftraggeber eine ihm nach Nr. 3 oder sonst wie obliegende Mitwirkung, so ist der Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt. Unberührt bleibt der Anspruch des Wirtschaftsprüfers auf Ersatz der ihm durch den Verzug oder die unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, und zwar auch dann, wenn der Wirtschaftsprüfer von dem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

## 14. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

## 15. Aufbewahrung und Herausgabe von Unterlagen

(1) Der Wirtschaftsprüfer bewahrt die im Zusammenhang mit der Erledigung eines Auftrages ihm übergebenen und von ihm selbst angefertigten Unterlagen sowie den über den Auftrag geführten Schriftwechsel zehn Jahre auf.

(2) Nach Befriedigung seiner Ansprüche aus dem Auftrag hat der Wirtschaftsprüfer auf Verlangen des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlaß seiner Tätigkeit für den Auftrag von diesem oder für diesen erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Wirtschaftsprüfer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die dieser bereits in Urschrift oder Abschrift besitzt. Der Wirtschaftsprüfer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen und zurückbehalten.

## 16. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.